

Lagebericht
zum Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2010

der

SPM Sport-Marketing GmbH
Leverkusen

Die Gesellschaft wurde am 2. Juni 1995 gegründet. Die aktive Tätigkeit wurde jedoch nicht aufgenommen.

Gegenstand der Gesellschaft ist es, den Betriebszweck des Sportpark Leverkusen zu fördern, insbesondere die Übernahme von Marketing- und Betreiberaufgaben. Aufgaben, die diesem Betriebszweck dienen, ergaben sich auch im Wirtschaftsjahr 2010 wiederum nicht.

Der Sportpark Leverkusen, in dessen Vermögen die Gesellschaft weiterhin gehalten wird, wurde mit Beschluss des Rates der Stadt Leverkusen am 14.12.2009 beauftragt, zu prüfen, ob als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung eine Liquidation der Gesellschaft zweckmäßig ist.

Die Prüfung durch den Sportpark Leverkusen hat noch zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt und wird zurzeit von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Dezernates Finanzen und Personal der Stadt Leverkusen fortgesetzt.

Mit Ratsbeschluss vom 12.12.2011 wurde Hans Becker als Geschäftsführer von Georg Boßhammer abgelöst.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Leverkusen, 23. Januar 2012

gez. Georg Boßhammer
Geschäftsführer

WFL - Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH

Bilanz zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht

Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,50	2,50
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.583.740,22	5.797.326,22
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>12.952,48</u>	<u>18.487,98</u>
	5.596.692,70	5.815.814,20
III. Finanzanlagen		
sonstige Ausleihungen	1.136.489,25	1.008.289,38
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Vorratsgrundstücke	537.975,45	642.650,59
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25.178,25	40.343,53
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>584.782,68</u>	<u>931.427,52</u>
	609.960,93	971.771,05
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	370.682,42	160.209,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	14.741,46	16.162,78
	<hr/>	<hr/>
	8.266.543,71	8.614.900,23
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Bilanz zum 31. Dezember 2011

PASSIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	288.000,00	288.000,00
II. Kapitalrücklage	1.918.302,58	2.089.812,97
III. Jahresfehlbetrag	-763.568,82	-886.346,21
	<hr/>	<hr/>
	1.442.733,76	1.491.466,76
B. Sonderposten für Investitionszuwendungen	1.279.504,00	1.333.190,00
C. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	80.100,00	91.100,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.100.000,00	5.100.000,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.300,51	33.488,42
3. sonstige Verbindlichkeiten	346.905,44	541.837,95
	<hr/>	<hr/>
	5.464.205,95	5.675.326,37
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	23.817,10
	<hr/>	<hr/>
	8.266.543,71	8.614.900,23
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	2011 Euro	2010 Euro
1. Umsatzerlöse	943.116,92	880.316,98
2. sonstige betriebliche Erträge	173.101,16	116.709,58
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Vorratsgrundstücke	116.612,92	127.285,19
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>137.825,91</u>	<u>125.401,90</u>
	254.438,83	252.687,09
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	470.967,77	448.593,55
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>144.474,62</u>	<u>142.968,97</u>
	615.442,39	591.562,52
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	221.622,00	223.827,50
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	474.051,69	505.487,30
7. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.640,00	4.420,00
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.920,03	17.543,78
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>273.929,23</u>	<u>274.001,86</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-701.706,03	-828.575,93
11. sonstige Steuern	61.862,79	57.770,28
12. Jahresfehlbetrag	<u><u>-763.568,82</u></u>	<u><u>-886.346,21</u></u>

WfL Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1. Geschäftstätigkeit

Gegenstand der Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH (WfL) ist die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und technischen Infrastruktur der Stadt Leverkusen. Insbesondere wird dabei die Umsetzung der Ziele

- Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur
- Förderung der Weiterentwicklung der technischen und kommunikativen Infrastruktur

durch Maßnahmen in den Handlungsfeldern

- a) Standortmarketing
- b) Akquisition von Unternehmen und überregionalen Institutionen
- c) Förderung von Existenzgründungen, Innovationen und Technologie-Transfer
- d) Förderung der Bestands- und Strukturentwicklung der ortsansässigen Wirtschaft
- e) Erwerb, Entwicklung und Vermarktung von Einzelstandorten und Flächen
- f) Arbeitsmarktpolitik

verfolgt.

78,99%-ige Gesellschafterin der WfL GmbH ist die Stadt Leverkusen. Bei der Beteiligung der Stadt Leverkusen an der WfL GmbH wurde dabei §107 Abs.1 GO-NW beachtet. So besteht für die Wirtschaftsförderung ein öffentliches Interesse und die Betätigung steht nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Leverkusen.

2. Geschäftsverlauf

2.1. Umsatz und Ergebnis

Das Jahresergebnis entwickelte sich mit einem Fehlbetrag von T€ 763,6 um 14,2% positiver als im Wirtschaftsplan 2011 angenommen (T€ 890,2). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr von T€ ./ 828,6 auf T€ ./ 701,7 gesunken.

Ohne auf die Details der Gewinn- und Verlustrechnung 2011 einzugehen, ist auf folgende Besonderheiten hinzuweisen:

Die Umsatzerlöse konnten mit T€ 943,1 im Vergleich zum Vorjahr mit T€ 880,3 wieder gesteigert werden. Die Ursache liegt in dem verbesserten Abverkauf von eigenen Grundstücken mit T€ 168,2 (Vorjahr: T€ 142,3). Die Mieterlöse betragen 2011 im Bioplex T€ 716,0 (Vorjahr T€ 691,9) und konnten somit das gute Vorjahresergebnis nochmals übertreffen.

Die Aufwendungen für Vorratsgrundstücke betragen im Geschäftsjahr T€ 116,6 (Vorjahr: T€ 127,3). Der Personalaufwand erhöhte sich leicht um 4,0% von T€ 591,6 in 2010 auf T€ 615,4 in 2011. Der Aufwand für Zinsen und ähnliche Aufwendungen ist leicht von T€ 274,0 in 2010 auf T€ 273,9 in 2011 gesunken.

2.2. Geschäftsverlauf in den Handlungsfeldern

Die Änderung der Zählsystematik von Aktivitäten der WfL lässt einen Vorjahresvergleich für 2011 in der bisherigen Weise nur teilweise zu. Im Jahr 2011 wurden 727 Kunden durch die WfL beraten. Davon entfielen 183 (Vorjahr: 123) Beratungen auf das **Grundstücks- und Immobilienwesen**, 191 (Vorjahr: 166) Beratungen auf das Handlungsfeld **Gründungsberatung / Coaching**, 192 **Bestandspflegetermine**, 58 Termine zu den **Kompetenzfeldthemen innovative Werkstoffe und Gesundheitswirtschaft**, 44 Termine zu **Standortprägenden Projekten / ISG** und 50 Termine zu Themen wie Fördermittel / Nachwuchs / Fachkräfte.

Die Leverkusener Unternehmen sind weitgehend gut aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen. Dies zeigt sich auch an den Investitionen in neue Standorte und Immobilien. Im Einklang mit dem Projekt „Wirtschaft Leverkusen 2020“ lag auch 2011 ein besonderer Schwerpunkt der WfL Arbeit in der intensiven Betreuung der Bestandskunden. Um das zu erreichen, organisierte die WfL Gespräche zu verschiedenen Themenschwerpunkten mit unterschiedlichen Unternehmergruppen und Branchen.

Mit den Angeboten der WfL wurden 5 (Vorjahr: 4) Unternehmen neu in Leverkusen angesiedelt. Die Aktivitäten der WfL führten zu 225 neu in Leverkusen geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen (Vorjahr: 68).

Im Bereich **Immobilien-Service** wurden in 2011 acht Gewerbeobjekte (Vorjahr: 2) durch die WfL vermittelt. Grund für dieses Ergebnis sind die in 2011 wieder steigenden positiven Aufträge und Aktivitäten von Leverkusener Unternehmen.

Im Handlungsfeld **„Flächenmanagement“** wurden in 2011 im Grundstücksbereich 12 Grundstücke (Vorjahr: 2) mit einer Flächengröße von insgesamt 31.000m² (Vorjahr: 1.781m²) verkauft oder vermittelt. Dabei handelt es sich auch um 3 WfL-eigene Flächen (Vorjahr: 2) im Gewerbegebiet Theodor-Adorno-Straße und im Handwerkerzentrum.

Das Projekt „Handwerkerzentrum“ entwickelte sich in 2011 positiv. Es konnten 2 notarielle Kaufverträge über Grundstücksverkäufe mit insgesamt 1.155m² (Vorjahr 0m²) abgeschlossen werden. Die derzeitige Nachfrage lässt für 2012 ein mindestens vergleichbar gutes Ergebnis erwarten. Die WfL verfügt noch über zwei restliche Gewerbegrundstücke mit einer Gesamtgröße von 2.770m², für die es bereits Interessenten gibt.

Die WfL-eigene **Immobilie Bioplex**“ erfüllte in 2011 die Erwartungen mit einem Vermietungsstand von rund 97%. Für das Geschäftsjahr 2011 wurde ein sehr gutes Ergebnis von T€ 716,0 erzielt. Der Vermietungsstand zum 01.01.2012 beträgt rund 99% und die noch zur Verfügung stehende Vermietungsfläche beläuft sich auf rund 33m².

Aus der Vermittlung von gewerblichen Bestandsimmobilien konnten auf der Grundlage der Makler-Genehmigung nach § 34c GewO **Courtageeinnahmen** in Höhe von T€ 11,3 erzielt werden.

Des Weiteren erhält die WfL seit dem Jahr 2005 **Mieteinnahmen** in Höhe von jährlich T€ 3,8 für ein Grundstück am Ludwig-Erhard-Kreisel, das an das smart center Leverkusen verpachtet wurde.

Die Zahl der **Gründungsberatungen** übertraf mit 105 Kontakten das Niveau des Vorjahres. Dabei bildeten die Bereiche Dienstleistungen und handwerksähnliche Tätigkeiten den Beratungsschwerpunkt. Wie im Vorjahr erfolgte die überwiegende Zahl der Gründungen aus Arbeitslosigkeit.

Die **Coaching- bzw. Festigungsberatung** innerhalb der ersten zwei Jahre nach Gründung wurde in 2011 von 86 (Vorjahr: 77) jungen Unternehmern/Unternehmerinnen verstärkt nachgefragt.

Für die in der Vergangenheit von der WfL vergebenen **Gründungs- und Unternehmensdarlehen** besteht zum 31.12.2011 noch ein Darlehen, welches am 24.02.2012 vereinbarungsgemäß zurückgezahlt wurde.

Das wirtschaftsorientierte **Standortmarketing** beinhaltete 2011 etablierte Veranstaltungen wie den Wirtschaftsempfang, die Unternehmerpreisverleihung, das Business-Frühstück, den Mittelstandsdialog, die Investorentour und die ExpoReal. Neu hinzu kamen die Imagekampagne „Leverkusen - überraschend anders“, die Ernennung von Standortbotschaftern und das Veranstaltungsformat „Wissen 2 go“.

Um den Standort Leverkusen von allen Seiten auf eine ausdrucksstarke Weise zu beleuchten, wurde mit Hilfe vieler Unterstützer aus der Unternehmerschaft 2011 die Kampagne **Imagekampagne: Leverkusen – überraschend anders!** für Leverkusen ins Leben gerufen, die mit den Vorurteilen und Besonderheiten unseres Standortes spielt. Über viele Kanäle, Veranstaltungen, Messen etc. kommuniziert, ist die polarisierende Kampagne bei der Wirtschaft positiv angenommen und mit verbreitet worden.

Die Gewinnung von „**Standortbotschaftern**“ für den Standort Leverkusen konnte als neues Format mit der Ernennung von bisher 72 Standortbotschaftern erfolgreich in 2011 aufgebaut werden. Die Möglichkeiten der Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Leverkusen durch die Standortbotschafter erfolgt individuell durch die Präsentation auf der eigenen Homepage, bei internen und externen Messeauftritten und mit der Auslage von Imagebroschüren.

Das Land NRW fördert die **ISG City Leverkusen** zur Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der City. Nach zwei Jahren der Vorbereitung und Gründung der ISG City Leverkusen durch die City Werbegemeinschaft erhielt die Stadt Leverkusen im Oktober einen Zuwendungsbescheid über 240.000 € von der Bezirksregierung Köln. Mit den Mitteln soll in erster Linie ein Beschilderungskonzept für die City entwickelt und umgesetzt werden, um die Besucher und Kunden durch alle Bereiche der City zu leiten und dadurch den Handel auch in den Lagen abseits der Rathaus-Galerie zu stärken, damit dieser von der Besuchersteigerung in der City durch die Rathaus-Galerie profitiert. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Stärkung der Aufenthaltsqualität in der City umgesetzt.

Im Rahmen des Immobilien- und Zwischennutzungsmanagements für Einzelhandelsflächen will die WfL die einheitliche Gestaltung von Schaufenstern leerstehender Objekte weiterführen und aufwerten. Das **Einzelhandelsflächenkataster** wird von den Akteuren am Markt gut genutzt. 2011 konnten hierüber 14 (Vorjahr: 10) der angebotenen Objekte mittelbar und unmittelbar erfolgreich neu vermietet werden.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass die Gesellschaft im Rahmen ihrer zur Verfügung stehenden Ressourcen den ihr auferlegten öffentlichen Zweck der Wirtschaftsförderung erfolgreich erfüllt hat.

2.3. Personelle Entwicklung

Mit dem Geschäftsführer waren in 2011 durchschnittlich 8,65 Mitarbeiter beschäftigt. Eine Veränderung im Personalbestand gab es in 2011 nicht.

Aufgrund eines überdurchschnittlichen Engagements der WfL Mannschaft konnte das vorliegende gute Ergebnis erzielt werden. Hierfür gebührt den Beschäftigten ein besonderer Dank.

2.4. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahrs

In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 wurden die den anteiligen Jahresfehlbetrag übersteigenden Gesellschafter-Einzahlungen nicht der Kapitalrücklage zugeführt, sondern unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. In 2011 wurde dieser Betrag zu 50% an die Gesellschafter zurückgeführt.

Der Rat der Stadt Leverkusen hat am 06.12.2010 die Verlustabdeckung seitens der Stadt Leverkusen an die WfL auf insgesamt maximal T€ 750,0 für das Jahr 2011 in Abhängigkeit des von der Stadt Leverkusen anteilig zu tragenden Jahresfehlbetrages beschlossen.

Die Kommunalaufsicht hat einer Verlustabdeckung der WfL über T€ 750 bisher zugestimmt. Die Aktivitäten der WfL sind auf diesen zur Verfügung gestellten maximalen Betrag durch die Stadt Leverkusen ausgerichtet. Die Einhaltung dieser Vorgabe kann aber künftig nur erreicht werden, wenn die geplanten Erträge aus den Grundstücksverkäufen und aus der Vermietung des Bioplex erzielt werden.

Ein in Auftrag gegebenes Gutachten bezüglich des Risikos der „Umsatzsteuerbarkeit der Verlustdeckungszahlungen an die WfL GmbH“ kommt zu der Einschätzung, dass auf Basis der derzeitigen Rechtslage das Risiko, dass die jährlichen an die WfL von Ihren Gesellschaftern geleisteten Verlustdeckungszahlungen als umsatzsteuerpflichtig behandelt werden könnten, als sehr gering einzustufen ist.

3. Vermögens- und Finanzlage

Die Anlagenintensität (Anlagevermögen/Gesamtvermögen) beträgt 81,5% gegenüber 79,2% im Vorjahr. Der Bestand an Vorratsgrundstücken hat sich bedingt durch Flächenverkäufe von T€ 642,7 auf T€ 538,0 vermindert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten liegen mit T€ 371 deutlich über dem Niveau des Vorjahrs (T€ 160). Dies liegt begründet in dem vorzeitigen Teilabruf, d.h. vor Feststellung des Jahresabschlusses, der Verlustausgleichszahlung für 2011 bei den Gesellschaftern.

Bei einer um den Sonderposten für Investitionszuwendungen gekürzten Bilanzsumme von T€ 6.987 (Vorjahr: T€ 7.281) errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 20,7% (nach 20,5% im Vorjahr) und eine Fremdkapitalquote von 79,3% (nach 79,5% im Vorjahr). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten blieben mit T€ 5.100 unverändert.

4. Künftige wirtschaftliche Entwicklung der WfL

Der Vermietungsstand per 01.01.2012 beträgt im Bioplex rund 99% und ist als sehr gut zu bezeichnen. Die derzeitige wirtschaftliche Lage spiegelt sich auch in den Anfragen von Büroflächen wieder. Über die noch zur Verfügung stehende Fläche werden zur Zeit Gespräche mit Interessenten geführt. Aufgrund der bestehenden Mietlaufzeiten ist von einer kontinuierlichen Ertragsentwicklung bis 2014 auszugehen.

Derzeit verfügt die WfL noch über einen Grundstücksbestand von 7.661m² (Vorjahr: 9.330m²). Aufgrund der kontinuierlichen Abnahme von WfL-eigenen Grundstücken ist der Ankauf, die Entwicklung und Vermarktung von neuen Grundstücksflächen nach dem Vorbild des ersten Handwerkerzentrums in Leverkusen weiterhin geplant. Die sofortige Verfügbarkeit von

Grundstücken ist in der Akquisition von neuen Unternehmen für den Standort Leverkusen unabdingbar.

Die Entwicklung und Betreuung des Konzeptes der Standortbotschafter für den Standort Leverkusen soll auch in 2012 fortgeführt und entsprechend der Möglichkeiten ausgebaut werden. Hiermit verbunden ist die Weiterentwicklung der Imagekampagne "Leverkusen-überraschend anders!", die in 2011 mit erfreulicher Resonanz gestartet wurde.

Im Bereich Handel wird der Schwerpunkt der Aktivitäten in der Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der Aufenthaltsqualität in der City im Rahmen einer Projektgruppe aus Stadt Leverkusen und ISG im Laufe des Jahres 2012 liegen.

Nach dem Aufbau des Gewerbeflächenkatasters und dem Einzelhandelsflächenkataster soll nun als drittes Instrument ergänzend der Bereich des Büroflächenkatasters aufgebaut werden. Damit steht dann jedem Interessenten ein breiter Informationspool über den Standort Leverkusen zur Verfügung.

ÖKOPROFIT steht für Ökologisches Projekt Für Integrierte UmweltTechnik, wird vom Land NRW gefördert und unterstützt Unternehmen bei der Senkung ihrer Betriebskosten durch Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt zwischen einer Kommune, der örtlichen Wirtschaft und weiteren lokalen, regionalen und überregionalen Partnern. Vertreter von 10 – 15 lokalen Unternehmen nehmen ein Jahr lang an ÖKOPROFIT teil. Das Projekt beinhaltet neben 8 – 10 Workshops zu umweltrelevanten, rechtlichen und organisatorischen Themen auch 3 – 5 einzelbetriebliche Betriebsberatungen, die branchenerfahrene Umweltberater durchführen.

Im Rahmen der Workshops und Vor-Ort-Beratungen wird ein Maßnahmenplan erarbeitet, mit dessen Umsetzung der Betrieb einerseits Geld sparen und andererseits die Umwelt schützen kann. Das Projekt endet nach einem Jahr mit einer öffentlichkeitswirksamen Auszeichnung als „ÖKOPROFIT-Betrieb“. Neben den genannten Vorteilen erfahren die teilnehmenden Betriebe einen Imagegewinn und können sich mit ÖKOPROFIT auf andere Zertifizierungen sehr gut vorbereiten. Die Umsetzung ist in 2012 geplant.

Den vorgenannten Themenfeldern wird sich die WfL in 2012 intensiv annehmen und so ihren Service für die Leverkusener Wirtschaft weiter ausbauen.

Ergänzend zu diesem Lagebericht ist eine Risikoanalyse als Anlage beigefügt worden.

Kommunale Beihilfen vor dem Hintergrund des EU-Rechtes

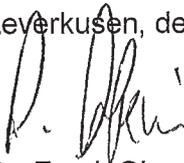
Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung vom 18.07.2011 unter Nr.: 1036/2011 beschlossen, dass die WfL gemäß Art. 4 Entscheidung der Kommission 2005/842/EG vom 28.11.2005 mit der Wahrnehmung von Tätigkeiten im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse durch die Stadt Leverkusen betraut ist.

Der Ratsbeschluss definiert die Tätigkeiten, deren Dauer und den Geografischen Tätigkeitsraum der WfL. Desweiteren wurden die Parameter für die Verlustausgleichszahlung der Stadt Leverkusen zur Deckung des jährlich entstehenden Jahresfehlbetrages der WfL festgelegt und deren Überprüfung sichergestellt. Für die Geschäftsjahre bis 2011 besteht das Risiko eventueller Rückzahlungsverpflichtungen, da die Festlegung der Ausgleichsparameter nicht zurückwirkt.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Leverkusen, den 02. März 2012



Dr. Frank Obermaier
Der Geschäftsführer

WFL-Risikoanalyse (Status 08.02.2012)

Risikoart	Risikobeschreibung	Risikoabdeckung/ Risikosteuerung	Risiko- Bewertung Eintrittswahrscheinlichkeiten	Entwicklung
<u>Finanzen</u>				
Finanzbedarf	Zins- u. Tilgungsrisiko	Zins- u. Tilgungsfest- schreibung auf 10 Jahre mit niedrigem Niveau	2	☺
		Lösung von risikobelasteten Geschäften (Bioplex)	2	☺
Erlöse *	sinkende Erlösentwick- lung	Anpassung des Wirtschaftsplanes unter Verzicht auf Vermarktungserlöse	3	☺
Liquidität	Illiquidität	Verlustabdeckung der Gesellschafter Bedarfsdeckung über Girokonto u. Tagesgeld; Kontokorrentkredit mtl. Liquiditätsplanung	2	☺
Rückzahlungsver- pflichtung Darlehns- empfänger	Insolvenz	Bürgschaftssicherung	1	☺
<u>Personalrisiken</u>				
Personalbestand	Über-/Unterdeckung	regelmäßige Bedarfsprüfung/evtl. Anpassung	2	☺
Personalkosten	kontinuierliche tarifliche Steigerung	siehe oben	2	☺
Personalqualität	anforderungsgerechte Qualifizierung	Deckung über bedarfsorientierte Einstellungspolitik	2	☺
<u>Externe Risiken</u>				
Markt *	mangelnde Nachfrage nach Flächen, Leerstände Bioplex	Anpassung des Wirtschaftsplanes	3	☺
		Inanspruchnahme externer Dienst- leister zusätzl. Vermarktungsaktivitäten Präsenz Immobilienmesse Standortanalyse		
Politik	Beschlüsse von Rat, Auf- sichtsrat u. Gesellschafter- versammlung	regelmäßige Kontakte/ Überzeugung der Mitglieder im Hinblick auf wirtschaft- liche Weiterentwicklung	2	☺
Gesetzgebung	zusätzliche Umsatz-Steuer- belastung, EU-Beihilferecht	steuerentlastende Unter- nehmensentscheidungen; Einholung von Gutachten externer Dienstleister	3	☺
Kommunalaufsicht	aufsichtsrechtliche Ein- wirkung auf Verlustabdeckung	regelmäßige Berichterstattung	3	☺

Anlage zum Lagebericht

<u>Versicherungsrisiken</u>	Feuer-, Wasser-, Sturm-, Vermögens-, Betriebs-schäden	Versicherung in geprüfter max. Höhe	2	☺
<u>Baurisiken</u>				
Erschließungsprojekte	Baumängel, Terminüberschreitungen, Baukostenerhöhungen	Bauverträge mit - Festpreisgarantie - Malusregelungen - 5-jährigem Gewährleistungszeitraum	2	☺

***) auf die veränderte Risikoeinschätzung und Eintrittswahrscheinlichkeit wird im Lagebericht ausdrücklich hingewiesen.**

Agenda zur Risikobewertung

1 = unwahrscheinlich/unbedeutend

2 = wahrscheinlich/gering

3 = sehr wahrscheinlich/mittel

4 = sicher/hoch

TBL - Technische Betriebe Leverkusen

Bilanz zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		9.718,00		469,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- Betriebs- u. anderen Bauten	11.950.292,60		12.195.482,20	
2. Abwassersammlungsanlagen	227.121.263,00		230.463.828,00	
3. Hochwasserschutz	12.472.813,00		12.178.939,00	
4. technische Anlagen und Maschinen	513.702,00		509.203,00	
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaustattung	2.213.691,00		2.495.091,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>2.504.328,25</u>	256.776.089,85	<u>2.857.473,87</u>	260.700.017,07
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte		319.519,49		324.293,68
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	558.019,57		503.500,81	
2. Forderungen an die Stadt -davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 564.440,85 (Vorjahr: EUR 581.550,94)	989.690,53		1.324.184,23	
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>42.698,34</u>	1.590.408,44	<u>295,42</u>	1.827.980,46
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		434,50		725,62
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>15.303,37</u>		<u>14.706,33</u>
		<u>258.711.473,65</u>		<u>262.868.192,16</u>

Passiva

	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		5.000.000,00		5.000.000,00
II. Rücklagen				
1. Allgemeine Rücklagen	22.118.286,14		22.080.903,34	
2. Zweckgebundene Rücklagen	<u>2.269.921,78</u>	24.388.207,92	<u>2.269.921,78</u>	24.350.825,12
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag		54.038,13		8.503,12
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		-591.934,84		45.535,01
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		16.408.466,32		16.938.437,78
C. Empfangene Ertragszuschüsse		35.546.199,26		35.918.581,38
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.748.055,94		1.616.044,49	
2. sonstige Rückstellungen	<u>5.099.845,15</u>	6.847.901,09	<u>6.514.002,49</u>	8.130.046,98
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten -davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: EUR 42.225.390,00 (Vorjahr: EUR 47.987.410,00)	73.966.385,83		60.960.645,70	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.508.782,62		959.055,60	
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	95.346.196,67		110.301.936,39	
4. sonstige Verbindlichkeiten -davon aus Steuern: EUR 51.640,67 (Vorjahr: EUR 60.866,74) -davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	<u>55.330,65</u>	170.876.695,77	<u>62.025,08</u>	172.283.662,77
F. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>181.900,00</u>		<u>192.600,00</u>
		<u>258.711.473,65</u>		<u>262.868.192,16</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011

		2011 EUR	2011 EUR	2010 EUR	2010 EUR
1.	Umsatzerlöse		40.286.420,73		42.899.117,60
2.	andere aktivierte Eigenleistungen		980.160,13		995.755,51
3.	sonstige betriebliche Erträge		5.936.490,15		2.277.324,12
4.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.661.878,52		1.563.391,77	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.927.813,23	18.589.691,75	16.162.596,21	17.725.987,98
5.	Personalaufwand				
	a) Löhne und Gehälter	6.439.992,67		6.669.901,24	
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.829.232,03	8.269.224,70	1.865.701,26	8.535.602,50
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		8.478.885,14		8.356.949,06
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen		5.593.825,87		4.390.623,75
8.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		25.870,48		72,21
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		6.854.223,89		6.787.403,18
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-556.909,86		375.702,97
11.	ausserordentliche Aufwendungen		0,00		293.408,32
12.	sonstige Steuern		35.024,98		36.759,64
13.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		-591.934,84		45.535,01

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011

1 Geschäftsverlauf

1.1 Darstellung des Unternehmens

Mit Ratsbeschluss vom 16.10.2006 wurde der Eigenbetrieb „Technische Betriebe Leverkusen (TBL)“ mit Wirkung zum 01.01.2007 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts „Technische Betriebe der Stadt Leverkusen AöR (TBL)“ umgewandelt und die Gründung und Satzung beschlossen.

Rechtsgrundlage für die Gründung und das Führen der TBL AöR stellt die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) dar. Durch das Erste Modernisierungsgesetz aus 1999 wurde in die GO NRW der § 114 a eingefügt. Danach ist es den Gemeinden u. a. gestattet, Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umzuwandeln.

Mit der Bildung der TBL als AöR sollte in erster Linie eine Schuldenentlastung der Stadt erreicht werden. Durch die Gewährung eines Trägerdarlehens erfolgte die Übertragung von 30 Mio. € Schulden von der Stadt auf die AöR, die die TBL in fünf Jahresraten zu je 6 Mio. € zwischen 2007 und 2011 an die Stadt zurückzahlten.

Hiermit verbunden war eine erforderliche Neubewertung des Anlagevermögens in der Eröffnungsbilanz zum Zeitpunkt der AöR-Gründung. Das Kanalvermögen wurde zum 01.01.2007 auf Basis der Wiederbeschaffungswerte analog der Gebührenkalkulationsgrundlage bewertet und erfuhr dadurch eine Erhöhung von mehr als 30 Mio. €.

1.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Errichtung einer Anstalt ist generell vorgesehen, wenn ein sachlich zusammenhängender öffentlicher Zweck erfüllt werden soll, bestimmte Aufgaben der öffentlichen Verwaltung durch eine selbständige Verwaltungseinheit erfüllen zu lassen. Da die TBL mit den o. g. Aufgaben (insbesondere Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung) nicht wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben und es sich bei den Tätigkeiten um die Daseinsvorsorge der Kommunen handelt, erfüllen die TBL den in den §§ 107 ff. GO NW geforderten öffentlichen Zweck für die Beteiligung einer Gemeinde an einem Wirtschaftsunternehmen.

Die Aufgaben der TBL sind im § 2 der Satzung der Stadt Leverkusen für die Anstalt des öffentlichen Rechts „Technische Betriebe der Stadt Leverkusen“ geregelt. Sie können im Internet unter „www.tbl-leverkusen.de/Antragsformulare Satzungen“ nachgelesen werden.

1.3 Branchensituation

Im Abwasserbereich hält der seit einigen Jahren bestehende Trend zurückgehender Frischwasserverbräuche an. Durch wirksame Einsparmaßnahmen infolge der Umstellung von Produktionsverfahren und Arbeitsabläufen im gewerblichen Sektor und den damit verbundenen geringeren Trinkwasserbezug sowie geringeren Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser privater Haushalte sinkt auch der eingespeiste Schmutzwasserbestand. Der Frischwasserverbrauch ist eine maßgebliche Größe für die Höhe des Schmutzwassergebührensatzes. Daher wird durch dessen Verringerung ein Druck auf die Abwassergebühren aufgebaut, weil ein Rückgang des kalkulierten Verbrauchs einen Anstieg des Gebührensatzes bewirkt.

Wegen der seit Jahren fehlenden finanziellen Mittel von Städten und Gemeinden müssen in vielen Städten Straßenbaumaßnahmen verschoben werden. In Leverkusen sind die Zuständigkeiten für den Straßenneubau und die Straßeninstandsetzung funktional getrennt. So ist der Fachbereich Tiefbau für den Straßenneubau verantwortlich und unterliegt daher den Haushaltsrestriktionen des Nothaushalts, während die TBL die Instandsetzungen eigenständig unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Möglichkeiten ausführen.

Durch die Vereinigung der Zuständigkeit für die Bereiche Kanalbau und Straßenunterhaltung bei den TBL profitieren die TBL von erheblichen Synergieeffekten. So können Unternehmer günstigere Preise anbieten, wenn Ausschreibungen für den Kanalbau und den Straßenbau getrennt in zwei Titeln erfolgen und die Unternehmer beide Lose ausführen wollen. Der Unternehmer spart dabei u. a. an den Kosten für die Baustelleneinrichtung, die nur einmal erforderlich ist.

Ein weiterer Vorteil besteht für den Anlieger darin, dass er bei sukzessivem Abarbeiten der Kanalbau- und Straßenbauarbeiten nur einmalig Behinderungen in Kauf nehmen muss.

Außerdem kann die Maßnahme insgesamt gesehen schneller und qualitativ besser durchgeführt werden. Im Falle späterer Gewährleistungsansprüche ist es beispielsweise besser, wenn beide Gewerke in einer Hand bleiben. Auch die Bauleitung gestaltet sich einfacher, wenn nur ein Ansprechpartner für beide Lose da ist.

1.4 Personalentwicklung

Nach dem Personalkonzept der TBL wird bei Ausscheiden von Beschäftigten geprüft, ob die Leistungen nicht günstiger durch Vergaben und damit durch Aktivierung von Arbeitskräften in der Privatwirtschaft erbracht werden können. Damit bleibt angesichts der Notlage öffentlicher Haushalte die notwendige Flexibilität erhalten.

Diese Einsparungen von Arbeitsplätzen sollen dabei auf natürliche und sozialverträgliche Weise durch altersbedingtes Ausscheiden von Mitarbeitern erfolgen. Darüber hinaus wurde vom Vorstand die Zusage an die Beschäftigten gegeben, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.

Das langfristige Personalkonzept hat zum Ziel, ein ausgewogenes Verhältnis von Vergaben zu Eigenleistungen zu realisieren. Die Leistungen der TBL sollen auf das „Kerngeschäft“ reduziert werden. Dabei werden Notfallbereitschaft in Eigenleistungen und Routineleistungen mit Vergaben abgedeckt.

Aus Sicht des Vorstandes ist das Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnisses nur umsetzbar, wenn auf Neueinstellung weitgehend verzichtet wird und durch Vergabe von Arbeiten alternativ die entsprechenden Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft aktiviert werden. Angesichts der fortschreitenden Notsituation öffentlicher Haushalte ist diese Vorgehensweise von besonderer Bedeutung, da dadurch Leistungen disponibel sind.

Bezüglich des Personalkonzeptes war im Stellenplan zum Wirtschaftsplan 2010 u. a. festgelegt worden, dass man die Überalterung der Beschäftigten im Auge behalten sollte.

Nach einem Personalabbau von nunmehr 69 Beschäftigten und nachdem zehn Jahre niemand im ehemaligen gewerblichen Bereich mehr eingestellt wurde, war absehbar, dass Einstellungen wieder erfolgen müssen. Im Hinblick auf den demographischen Faktor sollen daher verstärkt Auszubildende im Bereich Mechatronik Pumpstationen, Stadtentwässerung, KFZ-Bereich und Straßenbau qualifiziert werden. Die Ausbildung erfolgt auch mit dem Ziel, dass der spätere Einsatz in allen Bereichen der TBL erfolgt. Außerdem wurden bereits im Jahr 2010 im Ingenieurbereich zwei Stellen extern mit Nachwuchsingenieuren neu besetzt. Zusätzlich wurden 2012 fünf Ingenieure für die Bereiche Siedlungswasserwirtschaft, Straßen- und Verkehrswegebau und Baubetrieb neu eingestellt.

1.5 Weitere wichtige Geschäftsverläufe im Berichtsjahr

1.5.1 Übertragung des Hochwasserschutzes von der Stadt auf die AöR

Mit Vorlage VR 118/1. TA wurde am 15.09.2009 im Verwaltungsrat der AöR und mit Vorlage R 1684/16. TA am 05.10.2009 im Rat der Stadt Leverkusen beschlossen, die Zuständigkeit für den Rhein-Hochwasserschutz in Wiesdorf und Hitdorf mit materiell-rechtlicher Wirkung zum 01.01.2010 auf die TBL zu übertragen.

Grundlage ist das in der Ratsvorlage Nr. 1460/16. TA vom 16.2.2009 beschlossene Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2015. Mit der Entscheidung sollen die TBL einen weiteren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Die Ergebnisplanung für den Hochwasserschutzbereich als neues Geschäftsfeld sehen jährliche Verluste von rd. -400 T€ vor. Die Kosten werden von der Stadt nicht erstattet.

Die Zustimmung der Bezirksregierung zur Übertragung der Hochwasserschutzanlage Wiesdorf und der Überleitung des Hochwasserschutzprojektes in Hitdorf von der Stadt Leverkusen auf die TBL erfolgte mit Schreiben vom 11.3.2010.

Der Bau der Hochwasserschutzanlage in Hitdorf wurde im April 2009 begonnen und im Sommer 2011 fertig gestellt. Im Jahr 2011 wurde für den Hochwasserschutz ein Ergebnis von – 433 T € erzielt. Die Baukosten von rd. 11 Mio. € werden zu 60 % vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

1.5.2 Dichtheitsprüfung von privaten Grundstücksentwässerungsleitungen

Zum Schutz des Grundwassers und des Bodens vor undichten Abwasserleitungen schreibt der Gesetzgeber seit 1996 vor, dass die Betreiber der öffentlichen und privaten Abwasserkanäle den Nachweis erbringen müssen, dass ihre bestehenden Leitungen dicht sind.

Am 01.01.2008 erfolgte eine Änderung der Gesetzeslage zur Durchführung von Dichtheitsprüfungen. Im Landeswassergesetz (§ 61a) Nordrhein-Westfalen wird dem Eigentümer von privaten Abwasserleitungen ab 01.01.2008 auferlegt, diese bis Ende 2015 erstmals auf Dichtheit zu überprüfen. Der Betreiber des öffentlichen Abwassernetzes berät den Hauseigentümer zu diesem Themenbereich.

Die TBL haben für bestimmte Straßen, bei denen umfangreiche Kanalsanierungs- und erneuerungsmaßnahmen anstehen, Satzungen erlassen, mit der die Frist zur Dichtheitsprüfung vorgezogen wird.

Die TBL beraten und unterrichteten die Betroffenen Hauseigentümer seitdem umfassend z. B. über Broschüren, monatliche Bürgerinformationsveranstaltungen und Anzeigen in den Tageszeitungen.

Seit Dezember 2011 wurde seitens des Landesumweltministers der Vollzug des Gesetzes ausgesetzt, da eine grundlegende Überarbeitung durch den Gesetzgeber vorgenommen werden wird.

Die Kommunal- und Abwasserberatung NRW empfiehlt, bestehende Satzungen zu § 61a LWG NRW aufrecht zu erhalten, weil dieser Paragraph nach wie vor gültiges Landesrecht ist.

Die Thematik nach § 61a LWG NRW wird von den TBL seit Dezember 2011 restriktiv gehandhabt. Die Satzung zur Staffelung der Untersuchungstermine wurde zunächst nicht in Kraft gesetzt. Die Landtagswahl und die daran anschließende Gesetzesregelung werden abgewartet.

1.5.3 Bestandsaufnahme befestigter Flächen

Seit 1991 erfolgt in Leverkusen die Erhebung der Regen- und Schmutzwassergebühr nach dem so genannten „getrennten Gebührenmaßstab“. Es wird dem Bürger nur die tatsächliche in Anspruch genommene Leistung in Rechnung gestellt. So wird die Regenwassergebühr auf der Grundlage der Flächen, die von den Eigentümern mitgeteilt wurden, abgerechnet. Die Abrechnung nach dem getrennten Gebührenmaßstab ist durch das Urteil des OVG NRW (Dezember 2007) landesweit eingeführt.

Im August 2010 erfolgte die Bestandsaufnahme aller befestigten und bebauten Flächen, die durch Luftbildaufnahmen unterstützt wurde. Mit der Überprüfung der Flächen wird mehr Gebührengerechtigkeit erreicht.

Aufgrund dieser Befliegung wurde eine deutliche Zunahme der angeschlossenen Grundstücksflächen festgestellt. Dieses führte zu der erfreulichen Entwicklung, dass der Gebührensatz um 9,9 % gesenkt werden konnte. Die Erfassung hatte aber auch zur Folge, dass der Anteil der öffentlichen Flächen zunahm. Dadurch entstanden Zusatzbelastungen in Höhe von ca. 750 T € für die TBL.

Neben der Aktualisierung der Grundlage der Regenwassergebühr soll auf der Basis der Flächendigitalisierung die Kanalnetzhydraulik überprüft werden, um möglichst Kanalerneuerungen aus hydraulischen Gründen zu vermeiden und bei Kanalneuplanungen eine bedarfsgerechte Dimensionierung zu gewährleisten. Insbesondere bei den aufgrund des Trennerlasses zu errichtenden Regenwasserbehandlungsanlagen wird ein erheblicher kostenstabilisierender Einfluss erwartet.

Die Luftbilder werden darüber hinaus für ein digitales Geländemodell sowie der digitalen Erfassung von Sinkkästen und Schilderstandorten in einem geographischen Informationssystem (GIS) genutzt.

1.5.4 Erstattung Abwasserabgabe durch den Wupperverband

In 2011 zahlt der Wupperverband einen Betrag von 2,6 Mio. € an die TBL aus, der aus der Verrechnung von getätigten Investitionen der Jahre 2001 und 2002 mit der Abwasserabgabe der Gemeinschaftskläranlage Leverkusen entstanden ist. Diese Erstattung war nicht vorhersehbar, da erst mit Erweiterung des Landeswassergeset-

zes um den neuen § 66 Abs. 11, der zum 31.12.2007 in Kraft trat, eine Lösung für vorher umstrittene Verrechnungsmöglichkeiten erfolgte (siehe auch Kapitel 2.2.1).

Dieser Betrag wurde an die Stadt Leverkusen weitergeleitet, ohne dass die daraus resultierenden positiven Ergebniseffekte für die TBL genutzt wurden.

2 Geschäftslage

2.1 Abgleich im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeitsziele zur Bildung der TBL als AöR

2.1.1 Wirtschaftlichkeit 2011 im Gesamtüberblick

Wesentlicher Ausgangspunkt zur Bildung der TBL als AöR war die Übertragung von 30 Mio. € Schulden von der Stadt auf die AöR und damit verbunden eine Ergebnisprognose der TBL mit einem Jahresverlust von zunächst über 2 Mio. € jährlich auf ca. 1,3 Mio. € jährlich nach ca. 10 Jahren absinkend.

Es bestand dabei die Vorgabe, diese geplanten Verluste durch eine freiere Handlungsweise und mehr Wirtschaftlichkeit zu reduzieren, damit die prognostizierte Reduzierung der Eigenkapitalquote von 32 % auf 20,7 % (gem. Prognoseberechnung des beratenden Wirtschaftsprüfers) nicht eintritt. Ansonsten würde es nur zu einer Schuldenverlagerung und nicht zu einer Schuldenreduzierung kommen.

Im Abgleich zu den bei Gründung vorhergesagten Verlusten, die von 2,1 Mio. € bis 1,3 Mio. € pro Jahr reichen, konnten in den Jahren 2007 bis 2010 trotz der Restriktionen wie z. B. gekürzte städtische Leistungszahlung und Erweiterung des Leistungskataloges um kostenlose Serviceleistungen sowie der Übertragung des Hochwasserschutzes weitgehend ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Das fünfte Geschäftsjahr seit Bestehen der TBL als AöR schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -591.934,84 € ab, der mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren von 54.038,13 € verrechnet wird. Der verbleibende Betrag in Höhe von -537.896,71 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Dennoch befindet sich die Eigenkapitalquote seit AöR-Gründung auf einem konstanten Niveau von rd. 30 % und der bei Gründung prognostizierte Eigenkapitalverzehr ist bisher nicht eingetreten.

In finanzieller Hinsicht und auch in Hinblick auf den Leistungsumfang zur Erhaltung der Infrastruktur kann nach Abschluss der Schuldenübertragung nunmehr die Konstruktion der AöR sowohl für den Tiefbaubereich als auch für die Stadt als voller Erfolg bezeichnet werden.

2.1.2 Kennzahlen im Überblick

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Veränderung der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen des Unternehmens, die größtenteils in den folgenden Kapiteln näher erläutert werden:

Kennzahlen		2011	2010	2009	2008	2007
Bilanzsumme	T €	258.711	262.868	250.879	253.518	256.589
Eigenkapital	T €	28.850	29.405	28.697	27.927	27.525
wirtschaftliches Eigenkapital	T €	80.804	82.262	75.855	74.729	75.437
Eigenkapitalquote	%	31,23	31,29	30,24	29,48	29,40
Investitionen	T €	5.541	21.041	5.890	4.716	7.809
langfristiges Fremdkapital	T €	92.798	107.468	95.093	95.632	92.543
Anlagendeckung	%	67,61	72,78	68,78	67,91	66,01
Umsatzerlöse	T €	40.286	42.899	42.727	43.338	41.979
Personalaufwand	T €	8.269	8.536	8.586	8.519	8.307
Cash-Flow	T €	6.428	6.851	6.474	6.607	6.394
Verhältnis Personalaufwand / Umsatzerlöse	%	20,53	19,90	20,10	19,66	19,79
Mitarbeiter	Anzahl	149,32	152,97	160,41	164,06	169,11

2.2 Ertragslage

In der folgenden Übersicht werden die Abweichungen des Wirtschaftsjahres im Vergleich zur Planung dargestellt.

T €	Plan	Ist	Abweichung
Erträge	44.945	47.229	2.284
Materialaufwand	16.866	18.590	1.724
Personalaufwand	8.830	8.269	-561
Kapitalaufwand	15.525	15.333	-192
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.684	5.594	1.910
Steuern	40	35	-5
Aufwendungen	44.945	47.821	2.876
Überschuss bzw. Fehlbetrag	0	-592	-592

Die Gründe für die Abweichungen und die Ergebnisverbesserung werden in den Kapiteln 2.2.1 ff. näher erläutert.

In der als Anlage beigefügten Gewinn- und Verlustrechnung nach Sparten ist die Verteilung der Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Betriebssparten detailliert dargestellt. Die internen Leistungsverrechnungen innerhalb der Betriebsbereiche sowie die Umlagen werden, je nachdem ob es sich um eine Ent- oder Belastung handelt, den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zugeordnet.

Nachfolgend wird eine Aufgliederung des Jahresergebnisses nach Bereichen vorgenommen, um einen besseren Einblick in die Ertragslage der AöR zu gewährleisten:

Sparten	2011	2010
	T €	T €
Verwaltung	0,0	0,0
Entwässerung inkl. Kanalunterhaltung	5.734,1	5.689,8
Straßenreinigung	-102,8	-69,7
Straßenunterhaltung	-5.440,6	-5.053,7
Straßenbauausführung	6,0	-18,3
Brückenbau	-144,4	-180,2
Hochwasserschutz	-432,9	-220,7
Werkstatt	-211,3	-101,6
Jahresergebnis gesamt	-591,9	45,6

2.2.1 Erträge

Die Entwicklung der Erträge der TBL insgesamt hat sich mit 47.229 T€ und einer Planabweichung von 2.284 T€ im Geschäftsjahr positiv im Vergleich zur Planung (44.945 T€) entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Erträge um 1.057 T€ gestiegen.

Die Umsatzerlöse von 40.286 T€ unterschreiten die Planung (42.092 T€) um 1.806 T€.

Die mit der Stadt vertraglich für fünf Jahre, d. h. von 2007 bis 2011, vereinbarte städtische pauschale Leistungszahlung in Höhe von 6 Mio. € wurde seitens der Stadt für 2009 und 2010 auf 5,5 Mio. € gekürzt.

In 2011 zahlte der Wupperverband einen Betrag von 2,6 Mio. € an die TBL aus, der aus der Verrechnung von getätigten Investitionen der Jahre 2001 und 2002 mit der Abwasserabgabe der Gemeinschaftskläranlage Leverkusen entstanden ist.

Nach Vorgabe der Stadt Leverkusen wurde vereinbart, dass diese außerplanmäßige Einnahme beim städtischen Leistungsentgelt von 5,5 Mio. € in Abzug gebracht wird und daher in 2011 nur ein Leistungsentgelt in Höhe von 2,9 Mio. € zur Auszahlung kommt.

Damit reicht die Zahlung im Wirtschaftsjahr bei Weitem nicht, um den im Rahmen der Gebührennachkalkulation im Jahresabschluss errechneten öffentlichen Anteil in den Gebührenbereichen Entwässerung (5,5 Mio. €) und Straßenreinigung (1,1 Mio. €) abzudecken. Selbst unter Einbeziehung der Zahlung des Wupperverbandes zum Leistungsentgelt ergibt sich ein städtischer Fehlbetrag am öffentlichen Anteil von 1,1 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und aktivierten Eigenleistungen liegen mit 6.917 T€ um 4.064 T€ über Planniveau. Dieser Anstieg beruht im Wesentlichen da-

rauf, dass die o. g. nicht vorhersehbare Zahlung des Wupperverbandes ertragswirksam vereinnahmt wurde und abermals eine Rückzahlung aus dem Jahresüberschuss 2010 des Wupperverbandes in Höhe von 146 T€ erfolgte. Außerdem erfolgten teilweise Befreiungen oder Verrechnungen von der Abwasserabgabe Niederschlagswasser, so dass die hierfür vorsorglich gebildeten Rückstellungen (626 T€) aufgelöst werden konnten.

2.2.2 Aufwendungen

2.2.2.1 Materialaufwand

Im Berichtsjahr liegen die Materialaufwendungen mit 18.590 T€ um 1.724 T€ über den geplanten Aufwendungen. Bei der Umsetzung des Straßeninstandsetzungskonzeptes wurden die vorgesehenen Maßnahmen vorbereitet, indem die Anwohner dazu gebracht wurden, ihre Hausanschlüsse gem. § 61a LWG auf Dichtheit zu prüfen und zu sanieren. Wegen der finanziellen Restriktionen wurden zahlreiche Maßnahmen aus den Vorjahren verschoben. In Anbetracht der Vorleistungen der Anlieger war eine weitere Verschiebung nicht zu verantworten. Insofern mussten die verschobenen Maßnahmen in 2011 beauftragt und durchgeführt werden.

2.2.2.2 Weitere Aufwandsarten

Die Personalaufwendungen sanken im Vorjahresvergleich wegen des Rückgangs der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 156 auf 151 Mitarbeiter um 266 T€.

Die Abschreibungen entfallen zu rd. 90 % auf die Abwassersammlungsanlagen. Sie unterschreiten mit 8.479 T€ die Planung um 217 T€, weil weniger Anlagen aktiviert werden konnten als geplant und Fuhrparkerneuerungen später als geplant oder zu geringeren Anschaffungskosten erfolgten.

Die Fremdkapitalzinsen liegen mit 6.854 T€ in Höhe der Planung (6.829 T€). Der nach BilMoG separat auszuweisende Zinsanteil, der bei der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der Altersteilzeitrückstellung ermittelt wird, ist in dieser Position im Ist enthalten. Die Zinssituation auf dem Kapitalmarkt gestaltete sich weiter positiv, sodass die in 2011 aufgenommenen Darlehen in Höhe von 15,8 Mio. € ebenfalls aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase um ca. 1,5 %-Punkte günstiger als geplant abgeschlossen werden konnten. Außerdem wurden die kurzfristigen Finanzierungslücken durch die Aufnahme von kurzfristigen Tagesgeldern mit der Stadt gedeckt, bei denen der Zinssatz zurzeit erheblich unter dem marktüblichen Zinssatz liegt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 5.594 T€ um 1.910 T€ oberhalb der Planung. Diese Abweichung ist auf die im Rahmen der Nachkalkulation ermittelten Rückstellungen aus Gebührenüberschüssen (1.140 T€) zurückzuführen.

2.3 Vermögenslage

Die Aufnahme eines städtischen Trägerdarlehens in Höhe von 30 Mio. €, das die TBL in 5 Jahresraten zu je 6 Mio. € seit 2007 und letztmals 2011 an die Stadt zurückzahlten, führte zu einer Schuldenentlastung der Stadt in Höhe von 30 Mio. €. Dies konnte durch Neubewertung des Anlagevermögens in der Eröffnungsbilanz zum Zeitpunkt der AöR-Gründung erreicht werden. Das Kanalvermögen wurde zum 01.01.2007 auf Basis der Wiederbeschaffungszeitwerte bewertet.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2011 ist im Vergleich zum Vorjahr um 4.157 T€ von 262.868 T€ auf 258.711 gesunken.

Das Anlagevermögen zum 31.12.2011 liegt mit 256.786 T€ um 3.915 T€ unter dem Wert des Vorjahres.

Insgesamt sind im Jahr 2011 im Anlagenbereich 5.541 T€ investiert worden (Zugänge aus Kauf und Fremdleistungen 4.561 T€, Eigenleistungen 980 T€).

Für den in 2011 fertig gestellten Hochwasserschutz in Hitdorf wurden Investitionen in Höhe von 451 T€ getätigt.

Die höchsten Investitionen in der Stadtentwässerung wurden mit ca. 1.263 T€ für Kanalerneuerungen erforderlich. Die größten Projekte waren hier die Damaschkestraße mit 520 T€ und die Leichlinger- / Sanddornstraße mit 248 T€.

Die Renovierung von Kanälen bildete den zweiten großen Block der Investitionen mit ca. 928 T€, davon allein 330 T€ für Kanäle im Willy-Brandt-Ring.

Der im Vorjahr noch größte Block für Neuerschließungen und Netzergänzungen ist auf nur noch 797 T€ geschrumpft. Nennenswert ist dabei lediglich der Kanalbau im Zuge der Neuen Bahnstadt mit rund 505 T€.

In 2012 werden Kanalerneuerungen und Kanalrenovierungen wiederum die Schwerpunkte der Investitionen sein, um die Funktionsfähigkeit und den Wert des Kanalnetzes zu erhalten. Wichtige Projekte sind die Felix-von-Roll-Straße, Heribert- Peter und Paulstraße, Am Rosenhügel und Böcklerstraße / Am Weiher. Aber auch die Erschließung der Neuen Bahnstadt wird intensiv vorangetrieben.

Der zukünftige gesamte Investitionsbedarf der Stadtentwässerung wird sich mittelfristig in einer Höhe von rund 7.000 T€ pro Jahr bewegen.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten sank um 242 T€.

Die Entwicklung des Eigenkapitals sowie der Rückstellungen sind im Anhang erläutert.

Im Sonderposten für Investitionszuschüsse (16.408 T€) sind alle in der Vergangenheit erhaltenen Landeszuweisungen und Zuschüsse anderer öffentlicher Zuschussgeber ausgewiesen. Der Sonderposten wird analog zu den Abschreibungen über mehrere Jahre aufgelöst. Der ertragswirksame Auflösungsbetrag in Höhe von 2 % der Ursprungssumme beträgt für 2011 530 T€.

Bei den empfangenen Ertragszuschüssen (35.546 T€), die die erhaltenen Kanalschlussbeiträge und alle sonstigen Zuschüsse für Kanalbaumaßnahmen von Dritten beinhalten, betragen die Zugänge 971 T€ und die ertragswirksame Auflösung 1.343 T€ für 2011.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen berücksichtigen die bestehenden Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen. Der Rückgang um fast 109 T€ ist darauf zurückzuführen, dass sich die Mitarbeiter, die Altersteilzeitverträge abgeschlossen haben, nun größtenteils in der Freizeitphase der Altersteilzeit befinden und die Rückstellung dementsprechend in Anspruch genommen wird.

Für die erwarteten Abwasserabgaben an das Landesumweltamt (ab 01.01.07 Aufgabenwahrnehmung durch Bezirksregierung Düsseldorf) und den Wupperverband, das Jahr 2011 betreffend, werden ebenfalls Rückstellungen gebildet.

Die Rückstellung für ausstehende Rechnungen betrifft im Wesentlichen Eingangsrechnungen für Bauleistungen, die noch technisch geprüft werden müssen.

Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung handelt es sich hauptsächlich um die voraussichtlichen Kosten für die Instandhaltung der im Eigentum der TBL befindlichen 10. Etage des City-Turmes sowie die Instandhaltungsarbeiten im Rahmen der Schwarzdeckensanierung, der Sonderbauwerke und für die Schachtsanierung.

Die Verbindlichkeiten insgesamt sind von 172.284 T€ zum 31.12.2010 um 1.407 T€ auf 170.877 T€ zum 31.12.2011 zurückgegangen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen die seit AöR-Gründung neu aufgenommenen Darlehen der TBL. Im Berichtsjahr wurden Darlehen in Höhe von insgesamt 15,8 Mio. € zu Festzinssätzen von 2,93 % für 5 Jahre und 3,49 % bis 3,74 % für 10 Jahre aufgenommen. Die Neuaufnahmen lagen im Rahmen der Kreditermächtigung des Wirtschaftsplanes in Höhe von 15,8 Mio. €. Der restliche Finanzmittelbedarf im Laufe des Geschäftsjahres 2011 wurde mit kurzfristigen Geldaufnahmen, die in den nachfolgenden Verbindlichkeiten mit der Stadt enthalten sind, gedeckt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt beinhalten im Wesentlichen den kompletten Darlehensbestand vor AöR-Gründung (Trägerdarlehen 2) sowie das neue Trägerdarlehen (1) von anfangs 30 Mio. €, das nach fünf jährlichen Tilgungen von 6 Mio. € zum 31.12.2011 zurückgezahlt wurde. Des Weiteren werden in dieser Position die kurzfristigen Geldaufnahmen mit der Stadt über ein Cash-Management-

Konto einbezogen. Insgesamt ging diese Bilanzposition im Jahresverlauf um 15,0 Mio. € zurück.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen um 549 T€ auf 1.509 T€ und die sonstigen Verbindlichkeiten sanken um 7 T€ auf 55 T€.

2.4 Finanzlage

Zur Darstellung der Finanzlage der TBL werden folgende betriebswirtschaftliche Kennzahlen ermittelt:

2.4.1 Cash-Flow

Der Cash-Flow ist eine absolute Kennzahl, die näherungsweise den in einer Rechnungsperiode aus eigener Kraft erwirtschafteten Überschuss der erfolgswirksamen Einnahmen über die erfolgswirksamen Ausgaben anzeigt. Er stellt somit das Innenfinanzierungspotential (kassenwirksamer Überschuss) des Unternehmens dar, das während des Berichtsjahres z. B. für Schuldentilgung und Investitionen zur Verfügung gestanden hat.

T€	2011	2010
Handelsrechtliches Jahresergebnis	-592	46
+ Abschreibungen	8.479	8.357
+ Gewinne/Verluste aus Anlagenabgängen	414	207
- Erträge Auflösung Zuschüsse	-1.873	-1.759
Einfacher Cash-Flow	6.428	6.851

2.4.2 Wirtschaftliches Eigenkapital und Eigenkapitalquote

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse und die empfangenen Ertragszuschüsse stehen dem Betrieb wie Eigenkapital in voller Höhe zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Bei der Ermittlung des wirtschaftlichen Eigenkapitals werden diese Positionen daher mit berücksichtigt.

Nach der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (ÖFA 1/1976 i. d. F. von 1982) ist bei kommunalen Wirtschaftsbetrieben im Regelfall eine Eigenkapitalausstattung zwischen 30 % und 40 % als angemessen anzusehen. Die Eigenkapitalquote (die Berechnung ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen) liegt zum 31.12.2011 mit 31,23 % auf Vorjahresniveau (31,29 %).

Durch die Neubewertung des Anlagevermögens und der damit verbundenen Erhöhung der Bilanzsumme liegt die Eigenkapitalquote seit AöR-Gründung bei einem Wert von ca. 30 %. Der zur AöR-Gründung prognostizierte Rückgang dieser Kennzahl, bedingt durch Verluste, ist bis jetzt noch nicht eingetreten. Dies ist auf die fast ausgeglichen verlaufende Ergebnisentwicklung in den Vorjahren zurückzuführen.

T€	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapital laut Bilanz	28.850	29.405
Sonderposten für Investitionszuschüsse	16.408	16.938
Empfangene Ertragszuschüsse	35.546	35.919
Wirtschaftliches Eigenkapital	80.804	82.262
Bilanzsumme	258.711	262.868
Eigenkapitalquote	31,23%	31,29%

2.4.3 Feststellung gem. § 53 HGrG

Im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG haben sich keine besonderen Feststellungen ergeben, auf die hier einzugehen wäre.

2.4.4 Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB über Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten, über die zu berichten wäre.

3 Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

3.1 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Chancen der Rechtsform AöR bestehen darin, dass im Gegensatz zum einmaligen Effekt des Verkaufs öffentlicher Betriebe die AöR auch nachhaltig und langfristig zur Haushaltssanierung beitragen kann. Sie bietet außerdem die Chance, den Betrieb effektiver zu gestalten. Zudem besteht weiterhin die Möglichkeit für die Stadt, durch Satzung und Verwaltungsrat die Steuerung und die Einflussnahme auf das Unternehmen z. B. durch kostenreduzierende Bündelung von Aufgaben (Synergieeffekte) oder durch Optimierung von Ablaufprozessen flexibel zu regeln. Damit behält die Stadt den notwendigen Einfluss auf die Entwicklung der AöR.

Weitere Vorteile, die sich durch die Gründung der TBL als AöR ergeben und für eine Steigerung der Effizienz der Aufgabenerledigung sorgen, sind folgende:

- Verbesserte zeitnahe Information des Kontrollgremiums
- Verkürzung der Entscheidungswege und –zeiträume
- Bündelung von Verantwortungsbereichen in einer Hand z.B. durch Übertragung der Gebührenhoheit
- Entlastung des Rates der Stadt
- Motivationseffekte in Bezug auf Ergebnisverbesserung
- Betriebsspezifische Ausgestaltung der Personalorganisation mit z.B. einem eigenen Personalrat. Dadurch werden betriebsorientierte Entscheidungen auch der Personalvertretung erwartet.

3.2 Allgemeine Risiken

Bei dem sich im Einsatz befindlichen Risikomanagementsystem bei den TBL wurden die für die TBL definierten Risiken in verschiedene Risikofelder klassifiziert, denen Mittel zur Risikofrüherkennung und –analyse gegenübergestellt werden. Diese Maßnahmen zur Risikoabwehr sind geeignet, entsprechende negative Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, um auf diese entsprechend zu reagieren.

Maßnahmen, die die Wirtschaftlichkeit und damit die Ertragslage verbessern, sind seit Jahren Ziel der Geschäftsleitung. Die Überlegungen reichen von Make or buy-Entscheidungen bis hin zu Möglichkeiten von Produktivitätsverbesserungen. Nach wie vor werden durch restriktive Personalpolitik, durch Vergabe von Leistungen unter Wettbewerb und durch kritische Beleuchtung von Aufgaben Erfolge erzielt.

3.3 Betriebsrisiken

In der Straßenunterhaltung muss weiterhin der nachhaltige Verfall der Straßenoberflächen durch vorbeugende bzw. rechtzeitige Maßnahmen und damit das Anwachsen eines überproportionalen Unterhaltungsnachholbedarfes vermieden werden. Diesbezüglich wurde vom Rat der Stadt mit Vorlage R 1130/15.TA das bis einschließlich 2007 geltende Straßeninstandsetzungskonzept beschlossen. Die Fortschreibung dieses Straßeninstandsetzungskonzeptes für die Jahre 2008 bis 2012 wurde am 03.06.2008 vom Verwaltungsrat und am 23.06.2008 mit Vorlage R 1202/16.TA vom Rat beschlossen und hat zum Ziel, den Investitionsstau vor allem in den Nebenstraßen abzubauen.

3.4 Personalrisiken

Mit der Beschäftigung qualifizierter Mitarbeiter und Führungskräfte soll die Erreichung der Unternehmensziele gewährleistet werden. Hier wird das Risiko durch Fortbildung bzw. die Einbindung und Verstärkung durch externe Fachkräfte minimiert.

Das betriebliche Personalkonzept sieht dabei einen sozialverträglichen Personalabbau ohne betriebsbedingte Kündigungen vor mit dem Ziel, Routineleistungen zu vergeben und das Kerngeschäft in Eigenleistung zu erbringen.

Freiwerdende Stellen werden so weit wie möglich nicht mehr besetzt. Auszubildenden wird, bei Vorliegen der Voraussetzungen, nach Ablauf ihrer Ausbildungszeit eine auf zwei Jahre befristete Weiterbeschäftigung angeboten.

Der demographische Faktor ist bei der Personalpolitik zu beachten.

Daher wurden, um der Überalterung der Belegschaft vorzubeugen, als auch um die Weitergabe des Know-hows sicherzustellen, Neueinstellungen von Ingenieuren sowie die Übernahme von Auszubildenden zunächst überplanmäßig befristet für 2 Jahre vorgenommen.

3.5 Finanz- und Liquiditätsrisiken

Es besteht unverändert das Risiko, dass die Verluste der Anstalt, wie sie in den der Gründungsvorlage zugrunde liegenden Prognoserechnungen des beratenden Wirtschaftsprüfers errechnet wurden, noch eintreten werden, wenn auch in anderer zeitlicher Entwicklung. Die jährlichen Verluste würden ein Absinken der Eigenkapitalquote zur Folge haben. Diesem Risiko soll durch konsequente Einsparungsmaßnahmen begegnet werden.

Um den Liquiditätsrisiken zu entgegnen, werden Maßnahmen ergriffen, das Zinsergebnis zu optimieren. Dies geschieht z. B. dadurch, dass das Risiko steigender Kreditzinsen durch den Abschluss von Forwarddarlehen reduziert wird.

Mit der Gründung der TBL wurde die Zahlung eines städtischen Leistungsentgeltes für die Infrastrukturleistungen der TBL, die nicht durch die Gebühren gedeckt sind, für die Jahre 2007 bis 2011 in Höhe von 6 Mio. € vertraglich festgelegt. Aufgrund der desolaten Haushaltslage der Stadt und der Sparvorgabe der Bezirksregierung wurde diese Zahlung für 2009 und 2010 per Ratsbeschluss um 500 T€ auf 5,5 Mio. € gekürzt. Im Berichtsjahr wurde vertraglich vereinbart, dass die Zahlung des Wupperverbandes an die TBL von 2,6 Mio. € auf das Leistungsentgelt angerechnet wird und daher nur ein Leistungsentgelt in Höhe von 2,9 Mio. € gezahlt wird (siehe Kap. 2.2.1).

Außerdem ist davon auszugehen, dass sich der bisher in der Gebührenkalkulation verwendete kalkulatorische Zinssatz von z. Zt. 6,75 % mittelfristig den rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden muss. Angesichts des andauernd sehr niedrigen Zinsniveaus wird es im Jahr 2012 erforderlich sein, den Zinssatz, der ein langjähriger Durchschnittszinssatz ist, zu senken. Ein Absenken des Zinssatzes würde eine Verringerung der Gebühreneinnahmen bedeuten.

Eine weitere Unsicherheit besteht darin, dass die Stadt in vielen Bereichen für die TBL als Verwaltungshelferin tätig ist. Weil jedoch die städtische Verwaltung aufgefordert worden ist, in den Jahren 2011 bis 2015 170 Stellen einzusparen, besteht das Risiko, dass diese Mitarbeiter von den TBL übernommen werden müssen oder gar Neueinstellungen getätigt werden müssen.

In den Auflagen der Bezirksregierung an die Stadt wurden die Zahlungen an die TBL gedeckelt. Außerdem wurde 2011 per Ratsbeschluss den TBL das Erbringen von jährlichen kostenlosen Serviceleistungen in Höhe von 250 T € aufgebürdet. Hier besteht das Risiko, dass weitere Leistungen abverlangt werden, die nicht bezahlt werden.

Somit besteht auch für die Folgejahre das Risiko, dass trotz vertraglicher Regelung mit der Stadt diese Einnahmeposition in ihrer Höhe dennoch nicht sicher ist.

3.6. Sonstige Risiken

Uns sind keine weiteren, den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bekannt. Es gibt auch keine sonstigen nennenswerten Sachverhalte, über die zu berichten wäre.

4. Zusammenfassung

Nach nahezu ausgeglichenen oder leicht positiven Ergebnissen seit Bestehen der TBL in der Geschäftsform Anstalt öffentlichen Rechts haben die TBL im Wirtschaftsjahr 2011 mit einem Verlust von -592 T€ das Planergebnis (0,00 €) unterschritten.

Diese Unterdeckung ist auf die Vielzahl der finanziellen Restriktionen seit Gründung der TBL zurückzuführen.

Insgesamt hat sich das Modell AöR nicht nur im Hinblick auf die Schuldenentlastung, sondern auch im Hinblick auf eine Leistungsausweitung zur Erhaltung der Infrastruktur (Straßeninstandsetzung) bewährt. Der ursprünglichen Intention der Bezirksregierung aus dem Jahr 2003, durch derartige Maßnahmen wie die Bildung einer AöR Haushaltsverbesserungen zu erreichen, konnte entsprochen werden. Da sich die positive Ergebnisentwicklung im Trend stabilisiert, ist die AöR-Bildung ein voller Erfolg und in der Leverkusener Konstellation sicher ein Modell für andere Städte, in denen die Verhältnisse vergleichbar sind.

5. Schlussbemerkung

Wir versichern, dass nach bestem Wissen im Lagebericht die Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Leverkusen, den 14. Mai 2012

Vorstand

JOB Service Beschäftigungsförderung Leverkusen gGmbH

Bilanz zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	2011	Vergleich 2010
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.265.277,56	7.208.717,50
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	42.922,73
3. Sonstige betriebliche Erträge	716.377,89	1.030.779,36
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-101.762,01	-131.031,35
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-121.817,66	-104.210,29
	-223.579,67	(-235.241,64)
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-4.073.981,96	-5.010.010,14
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 272.858,52 (Vj: EUR 278.086,08)	-1.214.521,82	-1.321.704,55
	-5.288.503,78	(-6.331.714,69)
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-226.909,10	-220.747,02
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.047.653,07	-1.242.048,16
8. Ordentliches Betriebsergebnis (Zwischensumme aus Z. 1 bis 7)	195.009,83	252.668,08
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.418,00	3.654,42
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon Abzinsung von Rückstellungen: EUR: 1.012,00 (Vj: EUR 1.142,00)	6.747,31	6.001,49
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufzinsung von Rückstellungen: EUR: 7.923,00 (Vj: EUR 7.379,00)	-7.923,00	-7.379,00
12. Finanzergebnis (Zwischensumme aus Z. 9 bis 11)	242,31	2.276,91
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	195.252,14	254.944,99
14. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-135.342,00
15. Außerordentliches Ergebnis	0,00	-135.342,00
16. Sonstige Steuern	-5.442,96	-9.350,46
17. Jahresüberschuss	189.809,18	110.252,53

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Auch das Geschäftsjahr 2011 war deutlich geprägt durch gemeinsame, intensive Anstrengungen von Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung, den gravierenden Ausfall zahlreicher Fördermittel durch konsequente Gegensteuerung und Rückzug der JSL auf ein zentrales Kerngeschäft zu kompensieren.

Dabei war im Wirtschaftsplan 2011 nach den sich konkret abzeichnenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunächst von einem voraussichtlich stark defizitären Jahresergebnis in Höhe von -360 T€ auszugehen. Erklärte Ziele aller Beteiligten konnten deshalb nur sein:

- Schadensbegrenzung im Verlauf des Geschäftsjahres
- Kostenreduktion und Ertragsverbesserung in allen Geschäftsbereichen
- Neuorientierung auf ein Kerngeschäft mit nachhaltiger Perspektive.

Das von der Gesellschafterversammlung auf Vorschlag der Geschäftsführung am 11.01.2011 beschlossene **zweite** Restrukturierungsprogramm hat hierzu konkrete Vorgaben gemacht und über die Einstellung des Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetriebes „Opladener Service Center – OSC –, zum 31.03.2011 - bei Verlust von insgesamt rd. 60 Arbeitsplätzen - entschieden.

Aufgrund einer hervorragenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, einer insgesamt sozialverträglichen Schließung des OSC sowie guter Beratungs- und Vermittlungsergebnisse hat das Mitarbeiter-Team der JSL trotz dieser schwierigen, widrigen Geschäftslage mit einem so nicht zu erwartenden Plussaldo von rd. 190 T€ ein außergewöhnlich gutes Jahresergebnis erreicht. Damit wurden nicht nur durchaus berechtigte Befürchtungen ausgeräumt sondern vielmehr alle Hoffnungen und Erwartungen noch übertroffen.

Die von den Gesellschaftern als notwendig erkannten und im Verlauf des Geschäftsjahres 2011 sehr positiv begleiteten strukturellen Änderungen im Geschäftsmodell der JSL gGmbH wurden von der Geschäftsführung aufgenommen und konnten unterjährig sehr ambitioniert bereits weitgehend umgesetzt werden.

Insbesondere der Rahmen eines von der Stadt Leverkusen gewünschten, künftigen Aufgabenportfolio's der JSL sowie Art und Umfang öffentlich geförderter Beschäftigung durch das JOB Center AGL konnten unter Federführung der städtischen Beigeordneten Häusler und Stein mit allen Beteiligten, insbesondere den städt. Fachbereichen und Tochtergesellschaften, verbindlich vereinbart werden.

Die Gesellschafterversammlung der JSL hat in ihrer Sitzung am 20.09.2011 einstimmig die Geschäftsführung beauftragt, das in der Vorlage Nr. 2011/09 beschriebene Geschäftsmodell **künftiger** Tätigkeitsfelder, Organisation und Finanzierung der JSL gGmbH im Laufe des Geschäftsjahres 2012 umzusetzen und der Gesellschafterversammlung zur kommenden Sitzung einen möglichst ausgeglichenen Wirtschaftsplan 2012 vorzulegen.

Stellvertretend für viele andere Aktivitäten möchte ich auf folgende, sehr positive JSL-Geschäftsentwicklungen im Jahr 2011 hinweisen:

- Fortführung verschiedener GANZIL-Maßnahmen der Arbeitsagentur mit jahresdurchschnittlich ca. 300 arbeitslosen Menschen mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen.
- Einführung eines kommunalen Betreuungsprogramms für 15 Leistungsbezieher im SGB II (Teilnehmer am Methadonprogramm der Stadt Leverkusen) ab 01.03.2011.
- Einführung eines kommunalen Programms zur Aktivierung von Leistungsbeziehern aus dem Bereich SGB XII (35 Teilnehmer) und SGB II (40 Teilnehmer) ab 01.01.2011.

- Fortsetzung der Teilprojekte i. R. des Förderprogramms BIWAQ für die Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte „Generationenhilfe“ und „Quartiersverschönerung“ in der Sozialen Stadt Rheindorf.
- Erfolgreiche Betriebsführung von Klettergarten & Bistro Birkenberg, des Bürgerzentrums Villa Wuppermann und der Minigolfanlage im Neulandpark bereits im 2. bzw. 4 oder 5 Betriebsjahr.
- Aufgrund kontinuierlicher Qualitätsarbeit ist der JSL am 18.02.2011 erneut das LQW-Qualitätszertifikat bis zum 07.03.2015 verliehen worden.
- Zuschlag für zwei weitere GANZIL-Vermittlungslose über insgesamt 400 Arbeitslose gemeinsam in Bietergemeinschaft mit der gbb Leverkusen ab 01.10.2011.
- Einleitung eines zusätzlichen Zertifizierungsverfahrens „AZWV“, im Herbst 2011 das der Gesetzgeber ab 01.04.2012 für alle freien Träger verbindlich einfordert, die sich um den Zuschlag von Auftragslosen der Bundesagentur für Arbeit bewerben.
- Organisatorische und konzeptionelle Vorbereitungen zur Aktualisierung des JSL-Datenbanksystems „COMPASS“ mit der ProSozial GmbH und der IVL.

Auftragseingang und Marktstellung

Unverändert ist die JSL auch im gesamten Geschäftsjahr 2011 in einer **vollständigen Wertschöpfungskette** für arbeitslose Leverkusener Bürgerinnen und Bürger tätig gewesen.

Von der Beratung, Begleitung und Betreuung, über die Qualifizierung und Stabilisierung bis zur Beschäftigung und Vermittlung in den zweiten bzw. ersten Arbeitsmarkt sind die Förderprinzipien kommunaler Beschäftigungspolitik erfolgreich umgesetzt worden.

Dabei konnten fast alle Schwerpunkt-Aktivitäten für die Konzernmutter Stadt Leverkusen, als auch für die konzerneigenen Tochtergesellschaften, nahezu unverändert wahrgenommen und zusätzliche Vergabelose der Arbeitsagentur bzw. AGL für das Unternehmen gewonnen werden, was die aktuell bestehende Wettbewerbsfähigkeit der JSL im Markt nachdrücklich belegt.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Die Summe der Betriebserträge ist im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 mit + 6.982 T€ zwar wegen der Schließung des OSC deutlich niedriger, die Summe der Betriebsaufwendungen mit – 6.787 T€ aber vergleichsweise ebenfalls erheblich geringer ausgefallen. Unter Berücksichtigung des aufgrund nochmals reduzierter Zinserträge im Vergleich zu 2010 gegen 0 tendierenden Finanzergebnisse (nur noch + 240 €) aber unter Verzicht auf außerordentliche Aufwendungen zeigt das Jahresergebnis einen Überschuss von + 190 T€ (2010: + 110 T€).

Die JSL erhält ausweislich ihrer Betriebserträge jährlich 150 T€ Komplementärmittel als Ausgleich für die bei umfassender Erschließung vorhandener Bundes- und EU-Fördermittel zur Qualifizierung, Beschäftigung und Vermittlung arbeitsmarktferner Leverkusener Bürgerinnen und Bürger, dort zu leistenden Eigenmittelanteile. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung werden die Verwendungsnachweise für Komplementärmittel und die Bachtung des Verbotes der Überkompensation gemäß § 5 Betrauungsakt zur Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse vom 9. November 2011 geprüft.

Damit nimmt die JSL gGmbH als 100%ige Tochtergesellschaft in diesen klar umrissenen Förderprogrammstrukturen die ihr per Satzung als Betrauungsakt durch die Stadt Leverkusen übertragenen Aufgaben einer kommunalen Beschäftigungsförderung, also Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse, wahr. Sie ist dabei **vollständig** auf lokale Aktivitäten der Qualifizierung, gemeinnütziger Beschäftigung und Vermittlung in den ersten / zweiten Arbeitsmarkt beschränkt und nimmt diesbezüglich nicht an regionalen oder überregionalen Wettbewerben teil. Daher liegen keine Beihilfen im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV vor.

Die Verwendung der zufließenden städtischen Komplementärmittel ist in einem **jährlichen Verwendungsnachweis** quellscharf für jedes in Anspruch genommene Förderprogramm (z.B. ABM der Arbeitsagentur, Bundes-/EU-Programm XENOS, Bundes-/EU-Programm BIWAQ, Integrations- und Sprachkurse des BAMF, ESF-Bundesprogramm Soziale Stadt Rheindorf-Nord etc.) darzustellen, wo und in welcher Höhe öffentlich geförderte Eigenkapitalanteile durch städt. Komplementärmittel ersetzt worden sind. Dabei ist u. a. auch nachzuweisen, dass dieser Ausgleich nicht über das erforderliche Fördermaß hinausgeht und die Mittel entsprechend angemessen und vollständig eingesetzt wurden.

Nach Auffassung der Geschäftsführung sind deshalb die Vorschriften der EU über die Gewährung staatlicher Kleinbeihilfen für die Betriebserträge „städt. Komplementärmittel“ unverändert nicht anzuwenden.

Vermögensplan 2011

Die im Vermögensplan 2011 ausgewiesenen Investitionen in Höhe von 104 T€ sind mit einer Quote von nur rd. 29 % deutlich unterschritten worden. Nach den erheblichen Investitionen im Geschäftsjahr 2010 waren im Geschäftsjahr 2011 lediglich unvermeidbare Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen in Fahrzeuge, Werkzeuge, Büroeinrichtung und Betriebsausstattung in Höhe von insgesamt rd. 30 T€ erforderlich.

Personal- und Sozialbereich

Die qualifizierte Besetzung aller im Stellenplan der JSL gGmbH ausgewiesenen Planstellen ist wesentliche Voraussetzung für eine kontinuierlich gute Aufgabenerfüllung. Aufgrund der im Laufe des Wirtschaftsjahres 2011 eingetretenen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation der JSL gGmbH hat sich der JSL-Stellenplan zum 31.12.2011 wie folgt dargestellt:

JSL-Stellenplan 2011

	Stammpersonal	Klientenpersonal	AGH-Stellen
1. Geschäftsstelle	6,5 Stellen (davon 4 in TZ)	1,00	0
2. Projektmanagement	3 Stellen (davon 2 in TZ)	0,00	91
3. JOB Service Team	12,25 Stellen Projekt- und Fachanleiter (davon 2 in TZ)	34,50	0
4. Minigolfanlage	0 Stellen	1,00	0
5. Villa Wuppermann	0 Stellen	1,60	0
6. JOB Service Agentur / Eingliederungsberatung	7,90 Stellen (davon 2 in TZ)	0,00	0
7. Personalbestellung AGL / Soz. Stadt Rheindorf	55,35 Stellen (davon 5 in TZ)	2,00	0
8. Klettergarten	1,00 Stelle	2,00	8
Gesamtstellen	85,00 Stellen	42,1	99

2. Darstellung der Lage

Die **Vermögenslage** der JSL gGmbH ist in der Bilanz zum Geschäftsjahr 2011 umfassend dargestellt. Wie in Ziffer 1 beschrieben, sind die im Wirtschaftsjahr 2011 vorgesehenen Investitionen mit rd. 29 % deutlich unterschritten worden. Das Anlagevermögen beläuft sich per 31.12.2011 auf 1.830 T€ (- 208 T€) und das Umlaufvermögen auf 2.513 T€ (+ 224 T€), so dass sich die Bilanzsumme zum 31.12.2011 auf insgesamt 4.352 T€ (+ 15 T€) stellt.

Die **Finanzlage** der JSL gGmbH ist im Wirtschaftsjahr 2011 geprägt durch ein positives Jahresergebnis von + 190 T€, angemessene Abschreibungen von 227 T€, aber auch durch relativ geringe Netto-Anlageinvestitionen in Höhe von nur - 30 T€, so dass sich der Finanzmittelbestand zum 31.12.2011 aufgrund des positiven Cashflow auf sehr positive 1.871 T€ entwickelt hat (2010: 1.084 T€).

Die **Ertragslage** der JSL gGmbH ist im Wirtschaftsjahr 2011 erneut **ohne** Zufluss von Zuschüssen der Konzernmutter entwickelt worden. Fast ausschließlich über die im unmittelbaren Leistungsaustausch mit der Stadt Leverkusen, ihren Eigenbetrieben und Tochtergesellschaften sowie als Eingliederungsleistungen für die AGL bzw. die Arbeitsagentur Leverkusen erbrachten Personaldienstleistungen konnten die in der Bilanz ausgewiesenen Erträge erzielt werden, die sich im Wirtschaftsjahr 2011 auf 6.265 T€ (- 944 T€) belaufen. Gestützt wurden diese Erträge **vorrangig** auf die für die AGL / AA erbrachten Eingliederungsleistungen nach dem SGB II in Höhe von 1.690 T€ (- 257 T€), die Umsatzerlöse der JSL-eigenen Beschäftigungsprojekte JST, OSC, Klettergarten, Minigolf und Villa Wuppermann in Höhe von 1.834 T€ (- 864 T€), die Erträge aus Eingliederungsleistungen nach dem SGB XII (147 T€) und die Personalkostenerstattung der AGL für dorthin abgeordnetes JSL-Personal (2.367 T€).

Aufgrund deutlich **gesunkener Betriebsaufwendungen** in Höhe von 6.787 T€ (- 1.253 T€) konnte angesichts relativ positiv entwickelter **Betriebserträge** von 6.982 T€ (- 1.301 T€) unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses und außerordentlicher Aufwendungen dennoch ein **positives Gesamtergebnis von + 190 T€** für das Geschäftsjahr 2011 erzielt werden. Verantwortlich hierfür sind bei den reduzierten Aufwendungen vor allem die um - 1.044 T€ gesunkenen Personalkosten und die ganz beachtliche Reduktion der betrieblichen Sachkosten um - 205 T€. Damit sind die angestrebten Wirkungen des 2. JSL-Restrukturierungsprogramms 2011 in vollem Umfang erreicht worden!!

3. Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Die in der Satzung der JSL gGmbH verankerte zentrale Aufgabenstellung ist und bleibt die Qualifizierung und Beschäftigung arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger in Leverkusen. Hierzu bedarf es geeigneter Qualifizierungsangebote und angemessener, marktnaher Tätigkeitsfelder, die im Idealfall auch nachhaltige Klebeeffekte bei seriösen Arbeitgebern ermöglichen.

Wesentliche Risiken der Gesellschaft sind unverändert die stets wechselnden Förderkulissen und die damit verbundenen **instabilen Fördervoraussetzungen**. Aber auch nachdem die JSL bereits im Geschäftsjahr 2008 die sich bundesweit abzeichnende Reduzierung bewilligter AGH-Stellen von rd. 350 auf dann 200 im Geschäftsjahr 2009 vollzogen und durch ein konsequent umgesetztes JSL-Restrukturierungsprogramm 2009 / 2010 finanziell einigermaßen abgefedert hat (- 399 T€ in 2009), war der Schwerpunkt dieser Negativentwicklung noch nicht erreicht!!

Zum Ende des ansonsten recht kontinuierlich und positiv verlaufenen Geschäftsjahres 2011 musste die AGL aufgrund bundesweit erfolgter, drastischer Kürzungen der Eingliederungsetats für das Geschäftsjahr 2011 auch eine deutliche Reduzierung der bisher öffentlich geförderten Beschäftigung für die JSL vornehmen. Dennoch konnte auch das Geschäftsjahr 2011 nach Umsetzung eines weiteren Restrukturierungsprogramms 2011 mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen und von den Gesellschaftern am 10.01.2012 ein ausgeglichener Wirtschaftsplan 2012 verabschiedet werden. Hierzu sind die bereits beschriebenen Änderungen im Geschäftsmodell der JSL (Rückführung aller Geschäftsaktivitäten auf das JSL-Kerngeschäft) realisiert worden. Der bisherige Verlauf des 1. Quartals 2012 bestätigt diese positive Entwicklung.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Die vom Gesetzgeber ab 01.04.2012 zusätzlich geforderte Zertifizierung freier Träger nach AZWV hat die JSL noch rechtzeitig im Geschäftsjahr 2011 durch Beauftragung der ZERTPUNKT GmbH in 23843 Bad Oldesloe einleiten können.

Im Rahmen des hierzu Anfang 2012 vorgenommenen offiziellen Zertifizierungsverfahrens ist die JSL in zwei Tages-Audits umfassend geprüft und mit Urkunde vom 31.03.2012 als Träger nach AZWV anerkannt worden.

Damit konnte eine wesentliche Voraussetzung für die künftige, uneingeschränkte Wettbewerbsfähigkeit der JSL bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit vollständig erfüllt werden.

5. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung der Gesellschaft

Die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung der JSL gGmbH und die Realisierung ihrer satzungsgemäßen Ziele kann für das Geschäftsjahr 2011 uneingeschränkt nachgewiesen werden.

In ihrer Jahresbilanz 2011 zeigt die JSL gGmbH folgende Geschäftsergebnisse:

- 387 Erstgespräche im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II,
- 126 Beratungsgespräche im Rahmen der von Arbeitsangeboten nach SGB XII,
- 832 TeilnehmerInnen in verschiedenen Qualifizierungsmaßnahmen,
- 89 TeilnehmerInnen jahresdurchschnittlich in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II,
- 199 Vermittlungen in tarifgebundene Arbeitsplätze des ersten oder zweiten Arbeitsmarktes.

Sehr erfreulich sind auch die z. T. herausragenden Vermittlungsquoten von bis zu 35 % des betreuten Personenkreises, womit die qualitativ hochwertige Beratung und Betreuung der größtenteils doch sehr arbeitsmarktfernen Teilnehmerinnen und Teilnehmer nachgewiesen werden kann.

6. Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2011 mit einem positiven Jahresergebnis von + 190 T€ zeigt nach dem bereits guten Ergebnis des Jahres 2010 (+ 110 T€) deutliche Erholungstendenzen und die hervorragende Anpassungsfähigkeit des Unternehmens. Die aufgrund erneuter Leistungskürzungen der öffentlichen Fördermittel notwendigen Anpassungsprozesse über Aufgabenportfolio und veränderter Geschäftspolitik sind durch das Restrukturierungsprogramm 2011 nochmals intensiviert worden. Zudem hat der Gesellschafter Stadt Leverkusen verbindlich entschieden, **welche Aufgaben** er seinem 100%igem Tochterunternehmen nachhaltig übertragen will und welche Rolle Kommunale Beschäftigungsförderung künftig in Kooperation mit dem JOB Center Leverkusen AGL wahrnehmen soll.

Vorrangige Perspektive der JSL auch für das Geschäftsjahr 2012 muss deshalb der **Erhalt angemessener Personal-, Sach- und Finanzmittelressourcen** sein, damit auch künftig im Rahmen des bei der JSL verbleibenden Kerngeschäfts die gewünschten Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote bei der JSL unverändert auch tatsächlich verfügbar sind.

Nach der zwischenzeitlich in 2011 erfolgten Grundsatzentscheidung zugunsten des Modells einer „Gemeinsamen Einrichtung“ in Leverkusen, wonach das Jobcenter Arbeit und Grundsicherung Leverkusen (AGL) in Kooperation zwischen Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Leverkusen „unverändert“ fortgeführt wird, sind die für die JSL erforderlichen strategischen und konzeptionellen Weichenstellungen durch die Gesellschafterversammlung ebenfalls zeitnah erfolgt.

Die gemeinsam mit Gesellschaftern und der Konzernmutter Stadt Leverkusen entwickelte Rückführung auf die **Kernkompetenzen der JSL**

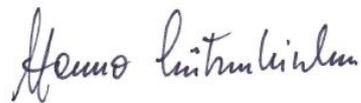
- Beratung und Qualifizierung Langzeitarbeitsloser
- Beschäftigungsangebote für SGB II / SGB XII-TeilnehmerInnen
- Coaching und Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- Dienstleistungsangebote für die Stadt Leverkusen und ihre Tochtergesellschaften

hat zu einem tragfähigen Modell Kommunaler Beschäftigungsförderung geführt, dass die unter Inanspruchnahme von Förderkulissen der Bundesagentur für Arbeit öffentlich in Ausschreibungen gewonnenen Auftragsvolumina zwar als wesentlichen Pfeiler ihres Aufgabenportfolios versteht, aber darüber hinaus auch andere Tätigkeitsfelder erschließt.

Unverändert steht dabei die **Qualität der Geschäftsergebnisse** sowie eine Werte- und Teilnehmerorientierung – entsprechend dem veröffentlichten JSL-Leitbild – im Mittelpunkt der Arbeit. Hierfür sorgt nicht nur die bereits wiederholte Zertifizierung nach LQW und die Anerkennung nach AZWV, sondern auch ein nochmals intensiviertes und dokumentiertes Qualitätsmanagement im gesamten Unternehmen.

Leverkusen, 16.04.2012

JOB Service Beschäftigungsförderung
Leverkusen gGmbH



Hanno Lützenkirchen
Geschäftsführer

KulturStadtLev

Bilanz zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht

Erfolgsplan 2012

Vermögensplan 2012

Bilanz zum 31.12.2011
"KulturStadtLev"

Aktiva	2011	2010	Passiva	2011	2010
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Sachanlagen			I. Stammkapital	2.500.000,00	2.500.000,00
1. Grundstücke mit Geschäfts-, und grundstückgleiche Betriebs- u.a. Bauten	14.481.174,45	15.156.300,83	II. Rücklagen	19.418.256,78	7.593.003,57 *
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	238.938,39	320.245,79	III. Verlust	-9.985.161,25	
3. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	3.065.034,46	3.145.099,54		<u>11.933.095,53</u>	<u>10.093.003,57</u>
4. Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau	0,00	0,00	B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
	<u>17.785.147,30</u>	<u>18.621.646,16</u>	I. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen der öffentlichen Hand	697.998,88	795.983,48
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände			II. Sonderposten aus Zuweisungen Dritter	1879,19	3962,54
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	81.531,86	124.697,10		<u>699.878,07</u>	<u>799.946,02</u>
davon mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr 0,00 €			C. Rückstellung		
2. Forderungen an die Stadt	897.230,14	1.403.426,71	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.040.927,00	2.850.147,00
davon mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr 0,00 €			2. Sonstige Rückstellungen	968.513,30	1.206.833,32
3. Sonstige Vermögensgegenstände	68.153,24	97.986,12		<u>4.009.440,30</u>	<u>4.056.980,32</u>
davon mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr 0,00 €			D. Verbindlichkeiten		
	<u>1.046.915,24</u>	<u>1.626.109,93</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.032,36	960,79
III. Schecks, Kassenbestand, Girokonto, Guthaben bei Kreditinstituten	14.190,58	18.445,98	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	55.793,22	60.107,21	1.032,36 €		
			(im Vorjahr		
			960,79 €)		
			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	214.979,02	309.929,73
			davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
			214.979,02 €		
			(im Vorjahr		
			309.929,73 €)		
			3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	1.666.618,33	4.692.537,20
			davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
			1.666.618,33 €		
			(im Vorjahr		
			2.097.168,13 €)		
			4. Sonstige Verbindlichkeiten	126.884,53	164.536,05
			davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
			126.884,53 €		
			(im Vorjahr		
			164.536,05 €)		
			davon aus Steuern		
			57.507,27 €		
			(im Vorjahr		
			69.550,04 €)		
			davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
			0,00 €		
			(im Vorjahr		
			0,00 €)		
				<u>2.009.514,24</u>	<u>5.167.963,77</u>
			E. Rechnungsabgrenzungsposten	250.118,20	208.415,60
				<u>250.118,20</u>	<u>208.415,60</u>
	18.902.046,34	20.326.309,28		18.902.046,34	20.326.309,28

Anlage 2

* Darstellung Ergebnisverwendung gemäß Ratsbeschluss

**Gewinn- und Verlustrechnung der KulturStadtLev (KSL)
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011**

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	3.060.271,32	3.046.694,41
2. Sonstige betriebliche Erträge davon Auflösung Sonderposten mit Rücklagenanteil 0,00 €	1.590.181,82	3.336.831,07
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	-1.512.858,10	-1.584.827,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.458.654,28	-1.517.925,65
4. Personalaufwand		
a) Löhne, Gehälter und Dienstbezüge	-5.992.967,85	-5.938.101,15
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 447.598,21 € (im Vorjahr nachrichtlich 576.930,53 €)	-1.545.069,46	-1.648.839,83
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB 0,00 € davon nach § 254 HGB 0,00 €	-881.611,39	-909.423,47
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen davon Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil 0,00 €	-3.381.903,02	-5.189.622,97
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen	313.410,07	377.510,85
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-166.417,80	-161.205,17
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9.975.618,69	-10.188.909,88
11. Außerordentlicher Aufwand	0,00	-848.553,00
12. Sonstige Steuern	-9.542,56	-8.101,28
14. Jahresverlust	-9.985.161,25	-11.045.564,16
15. Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	9.985.161,25	11.045.564,16 *
16. Jahresgewinn/Verlust	0,00	0,00

* Darstellung Ergebnisverwendung gemäß Ratsbeschluss

Lagebericht

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf – Vermögens- und Liquiditätsentwicklung

1.1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1.1.1. Allgemeine Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und des Geschäftsverlaufes im Wirtschaftsjahr 2011

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung hat von der Kernverwaltung zur Erledigung ihrer Aufgaben in 2011 einen Zuschuss erhalten, der sich unter Anpassung der gegenseitigen Leistungsverrechnungen auf netto 8.493.250,00 € (wie Vorjahr) belief.

Mit dem Wirtschaftsplan 2011 wurde unter Einbeziehung des Zuschusses, der nicht liquiden Abschreibungen, Personalrückstellungen und der Auflösung von Sonderposten ein handelsrechtliches Defizit in Höhe von 1.614.560,00 € ausgewiesen. Das liquide Defizit wurde in Höhe von 503.610,00 € veranschlagt.

Im Ergebnis haben sich die liquiden Erträge gegenüber der Planung um 463.861,70 € erhöht, die liquiden Aufwendungen haben sich um 364.231,80 € verringert; dies führte insgesamt zu einer Verbesserung von 828.093,50 €. Dieser Verbesserung stand nach Anpassung der zuschussrelevanten Positionen eine um 27.555,86 € geringere Brutto-Zuschusszahlung gegenüber, so dass gegenüber der Planung 800.537,64 € mehr erwirtschaftet wurden; dies führte zu einem liquiden Überschuss von 296.927,64 €.

Die mit Abschluss des Wirtschaftsjahres 2010 erfolgte (nicht liquide) Buchung der Verzinsung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG konnte bei Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2011 noch keine Berücksichtigung finden. Für 2011 waren hierfür 146.738,00 € zu buchen. Erstmals war in 2011 auch für die Mehrarbeitsstunden, Stand 31.12.2011, eine Rückstellung zu bilden, die ebenfalls nicht veranschlagt war, aber in Höhe von 65.348,14 € gebucht wurde. Trotz dieser nicht veranschlagten Mehrbelastungen konnte das geplante handelsrechtliche Defizit von 1.614.560,00 € um 859.282,89 € auf 755.277,11 € gesenkt werden.

Für die durch das Konjunkturprogramm II geförderten Baumaßnahmen im Forum, im Schloss Morsbroich und in der Musikschule sind 2011 liquide Buchungen in Höhe von 207.508,56 € erfolgt, durch die sich die Gesamterträge und -aufwendungen erhöht haben, die aber für die KSL zu keiner Belastung geführt haben.

Erträge

Gegenüber 2010 sind die Erträge um 1.797.173,12 € zurückgegangen, u.a. durch den Wegfall folgender Maßnahmen

- Sanierungskosten Flachdach Forum; Erträge aus Weiterbelastungen 1.687.615,40 € (nicht liquide Buchung bei Erträgen und Aufwändungen)
- Kälte- und Klimaanlage Forum; (KP II Maßnahme in 2010) liquide Erträge aus der Auflösung von Sonderposten 232.481,49 €
- Dauerausstellung „Zeiträume Leverkusen“ in der Villa Römer ; Beitrag des Landes 55.000,00 €

sowie durch sonstige Wenigereinnahmen

- Umsatzerlöse der VHS 41.877,01 €
- Veranstaltungen der Musikschule 22.734,50 €
- Raumanmietungen für Einzelveranstaltungen im Forum – KSL intern 23.650,00 €
- Pachterlöse Restaurant Forum 16.146,25 €
- Projekterträge LevEvent 18.657,16 €
- Erlös aus dem Verkauf eines Flügels 32.500,00 € (in 2010)
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen Forum 13.854,35 €

Diesen Wenigereinnahmen stehen im Vergleich zu 2010 folgende größere Mehreinnahmen gegenüber:

- Erstattung der vorfinanzierten Zahlungen für die KP II - Maßnahmen „Dachsanierung Musikschule“ (81.518,39 €) und „Erneuerung Heizungsanlage Schloss-Remisen“ (81.960,47 €)
- Entgelte Bibliothek 21.974,40 €
- Zuwendungen des Landes für die VHS 41.435,64 €
- Zuweisungen des Landschaftsverbandes für die VHS 21.000,00 €
- Einnahmen aus der Vermietung der Forum-Räume 57.591,62 €

Aufwändungen

Die im Vergleich zum Vorjahr um 2.857.576,03 € geringeren Aufwändungen sind insbesondere entstanden durch Wegfall der

- in 2010 durchgeführten (nicht liquiden) Nachbuchung für Pensionsrückstellungen in Höhe von 848.553,00 € lt. BilMoG
- Sanierungskosten Flachdach Forum in Höhe von 1.684.800,00 € (nicht liquide Buchung bei Aufwändungen und Erträgen, s.o.)
- KP II Sanierungsmaßnahme „Kälte- und Klimaanlage Forum“ 224.762,32 €
- Weiterleitung Fördermittel für die Ausstellung „Zeiträume Leverkusen“ in der Villa Römer 55.000,00 €

- Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des FB 65 in Höhe von 55.568,17 € (aufgrund fehlender Rechnungsstellung in 2011)

sowie durch sonstige Einsparungen

- Mietzahlungen für Raumanmietungen für Einzelveranstaltungen im Forum – KSL intern 23.650,00 €
- Geringere Honorarkosten in der VHS 32.331,50 €
- Aufwändungen eigene Veranstaltungen Forum 31.445,34 €
- EDV-Kosten 17.728,81 €
- Energiekosten in Höhe von rd. 51.165,80 €
- Abschreibungen (nicht liquide) 71.383,61 €

Dagegen sind folgende Mehrausgaben entstanden:

- Fertigstellung der in 2010 begonnenen KP II-Maßnahmen „Dachsanierung Gebäude Musikschule“ 81.518,39 € und „Heizungserneuerung Schloss-Remisen“ 81.960,47 €
- Instandhaltungsmaßnahmen (u.a. Gefahrenabsicherung) Künstlerbunker 12.896,85 €
- Honorarkosten Musikschule 18.949,17 €
- Aufwändungen für Teileigentümergeinschaft Forum 14.502,97 €

Für das Jahresergebnis 2011 waren folgende Geschäftsvorfälle und Betriebsergebnisse von zentraler Bedeutung:

Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die Gebühren, Entgelte und sonstigen Erträge in den Teilbetrieben entwickelten sich **gegenüber der Planung** wie folgt:

- Entgelte Theater; Planung 445.000,00 €, Ergebnis 432.825,35 €

Die Zahl der eigenen Theater- und Konzertaufführungen ist gegenüber 2010 von 93 auf 96 gestiegen. Die Besucherzahlen fielen von 31.163 um 1.267 auf 29.896, weil mehr Veranstaltungen in kleineren Räumen stattfanden; es konnten Mehreinnahmen gegenüber 2010 von 6.852,85 € erzielt werden bei Wenigerausgaben von rd. 75.000,00 €. Die Auslastung gegenüber dem Vorjahr stieg um 3 Prozentpunkte von rd. 74 % auf rd. 77 %.

- Entgelte Jugendkunstgruppen; Planung 28.000,00 €, Ergebnis 34.314,00 €

Als Maßnahme zur Konsolidierung des Betriebsergebnisses wurde festgelegt, die Zahl der Kurse zu reduzieren. Ab 2012 sollen statt bisher 65 Jahreskursen nur noch 54 Jahreskurse angeboten werden. Die Reduzierung der Anzahl der Jahreskurse begann ab Herbst 2011. Um weiterhin Kosten zu sparen, jedoch gleichzeitig zu vermeiden, dass zudem Gebühren erhöht werden müssen, werden die Kurseinheiten von 38 auf 35 Jahrestermine reduziert.

Gegenüber 2010 sind die Gebühreneinnahmen um 1.666,50 € gestiegen. Der geplante Ansatz 2011 wurde um 6.314,00 € überschritten, u.a. weil durch ein Zirkusprojekt in den Sommerferien zusätzliche Gebühreneinnahmen erzielt werden konnten.

Der Zuschuss des Landes aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans NRW ist gegenüber dem Vorjahr von 16.297,82 € um 2.371,73 € auf 18.669,55 € gestiegen, der geplante Ansatz 2011 wurde um 2.719,55 € überschritten; diese Mehreinnahmen wurden für Kursleiter-Honorarverträge eingesetzt.

Im Studienjahr 2010/2011 wurden 51 Kurse (Vorjahr 61 Kurse) sowie 7 Seminare und Workshops (Vorjahr 6 Workshops) durchgeführt, die Zahl der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer verringerte sich um 17 auf 579.

- Entgelte Bibliothek, Planung 175.000,00 €, Ergebnis 124.850,02 €

Die in 2011 aufgrund der Ratsvorlage 600/2010 festgeschriebene Mehreinnahme in Höhe von 45.000 € konnte nicht erreicht werden. Die Entgelte sind nach Erhöhung zum 01.01.2011 gegenüber 2010 zwar um 21.974,40 € gestiegen, der Ansatz des Wirtschaftsplanes wurde aber um 50.149,98 € unterschritten.

Die Anzahl der Gesamt-Entleihungen hat sich gegenüber 2010 von 368.674 um 12.410 auf 381.084 erhöht. Die Hauptstelle war in 2010 aufgrund der Eröffnung der Rathaus-Galerie 2 Monate geschlossen, die Zweigstelle Steinbüchel hatte während der Verlagerung in die Montanus-Realschule eine Schließzeit von 1 Monat.

Die Zahl der aktiven Entleiherinnen und Entleiher ist von 9.011 um 300 auf 9.311 gestiegen.

- Entgelte Museum, Planung 35.000,00 €, Ergebnis 26.080,50 €

Die Entgelte sind um 8.919,50 € unter dem geplanten Ansatz geblieben. Das Ergebnis ist um 4.562,00 € unter dem des Vorjahres geblieben.

Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher, die Eintritt bezahlt haben, verringerte sich gegenüber 2010 um 883 auf 4.682. Bei freiem Eintritt sahen 5.450 (Vorjahr 7.797) Kunstinteressierte und 578 (Vorjahr 731) Schülerinnen und Schüler die Ausstellungen.

- Sonstige Erlöse Museum, Planung 24.000,00 €, Ergebnis 35.338,00 €

Dieser Ansatz beinhaltet Einnahmen aus

- Katalogverkauf
- Ausleihe von Kunstbesitz
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für Trauungen.

Eine Ausleihe von Arbeiten aus dem städt. Kunstbesitz wurde verlängert und die Mietein-

nahmen vom Standesamt sowie die Katalogeinnahmen waren höher als geschätzt; dies führte zu einer Verbesserung von 47,2 %.

- Entgelte Volkshochschule aus Veranstaltungen, Planung 604.000,00 €, Ergebnis 731.064,11 €
- Honorare Volkshochschule für Veranstaltungen, Planung 430.000,00 €, Ergebnis 545.209,53 €

Insgesamt führte die VHS 874 (Vorjahr 893) Veranstaltungen mit 11.234 (Vorjahr 11.931) Teilnehmenden durch. Die Anzahl der Unterrichtsstunden verringerte sich um 2.898 von 30.982 auf 28.084.

Der Rückgang der Unterrichtseinheiten ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass 2011 kein Montessori Lehrgang durchgeführt werden konnte (296 Unterrichtsstunden weniger) und die in Kooperation mit dem Fachbereich Kinder und Jugend durchgeführte Sprachförderung im Kindergartenbereich (2.400 – 2.800 Stunden) nach Streichung der Landesförderung nicht mehr angeboten wurde.

- Entgelte Archiv, Planung 6.000,00 €, Ergebnis 4.715,95 €

Aufgrund eines Rückgangs der genealogischen Anfragen konnte der geplante Ansatz nicht erreicht werden.

Im Berichtsjahr hatte das Archiv 1.121 persönliche Benutzerinnen und Benutzer, hinzu kamen zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen. Die Fallzahl im Ausleihverfahren betrug 4.171 gegenüber 4.435 im Vorjahr; darüber hinaus nahm das Archiv seine Beratungs- und Informationsfunktion für Öffentlichkeit, Presse und Verwaltung wahr.

Es wurden 17.961 (Vorjahr 18.441) Fristakten und 2.827 (Vorjahr 5.066) Dauerakten bearbeitet. Die Fristakten müssen aus rechtlichen Gründen z.T. über einen Zeitraum von bis zu 30 Jahren aufbewahrt werden, bevor über eine endgültige Übernahme ins Archiv entschieden wird.

- Entgelte Musikschule (Musikschulgebühren einschl. Miete für Instrumente und Entgelte aus Musikfreizeiten), Planung 963.500,00 €, Ergebnis 893.366,08 €

Im Elementarunterricht der Musikschule konnten die Zielzahlen für Musikalische Früherziehung, Musikalische Grundausbildung, Fit for Music und Piepmätze trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden. Seitens der Musikschule gewünschte Kooperationen mit Kindertagesstätten konnten nicht geschlossen werden, auch hierdurch konnten Gebühren nicht im geplanten Umfang erzielt werden.

Des Weiteren ist die Anzahl der Familien, die einen Antrag auf Sozialermäßigung gestellt haben (überwiegend Bezug von ALGII, Wohngeldbezug), in den letzten 4 Jahren sprunghaft von 60 Familien pro Jahr auf über 100 Familien angestiegen. Auch dies führt

zu Mindereinnahmen. Durch die neuen Gutscheine „Bildung und Teilhabe“ konnte ein Teil der Gebührenmindereinnahmen (7.595,00 €) ersetzt werden.

Obwohl 2011 254 Schülerinnen und Schüler mehr unterrichtet wurden als 2010, wurden aus den genannten Gründen 70.133,92 € weniger an Musikschulgebühren eingenommen als geplant.

Erlöse aus Vermietungen und Verpachtungen

Durch die Vermietung von Räumen im Forum an Dritte wurden 309.337,66 € eingenommen, 34.337,66 € mehr als geplant und 57.591,62 € mehr als im Vorjahr. Die Erhöhung der Nutzungsentgelte und der Nebenkosten zum 01.01.2010 haben sich aufgrund der langen Vorlaufzeiten erst ab 2011 positiv ausgewirkt. Zusätzlich wurde in 2011 vermehrt der Große Saal mit den damit verbundenen hohen personellen und technischen Aufwänden angemietet, die jeweils den Mietern in Rechnung gestellt wurden. Vielfach sind auch Vermietungen für mehrtägige Veranstaltungen erfolgt.

Die Anzahl der Raumanmietungen hat sich gegenüber 2010 um 83 von 1.902 auf 1.819 verringert, wobei insbesondere die Anmietungen Terrassensaal, Agamsaal, die Clubräume und das Foyer zurückgegangen sind. Der Große Saal und der Vortragssaal wurden dagegen vermehrt angemietet.

Die Pachterlöse aus dem Gastronomiebetrieb im Forum sind gegenüber dem Vorjahr um 16.146,25 € gesunken, der Ansatz 2011 wurde um 8.627,71 € unterschritten. Die gastronomische Versorgung der Forum-Gäste seitens der Bayer Gastronomie wurde zum 30. Juni 2011 durch den Caterer gekündigt. Ab 01.10.2011 hat die IN VIA Köln gGmbH Pacht- und Nebenkostenvorauszahlungen geleistet.

Die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und Räumen im Musikschulgebäude enthalten auch die Abrechnungen der Nebenkosten. In 2010 hat es aufgrund von Mieterwechseln Leerstände gegeben, außerdem wurde in 2011 nach Neuvermietung eine Kaution vereinnahmt und Nebenkosten mussten nachgefordert werden. Dieses führte zu Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 6.773,53 €, der Ansatz 2011 wurde um 5.860,03 € überschritten.

Die Vermietungseinnahmen Gartensaal in den Remisen Schloss Morsbroich sind gegenüber 2010 um 1.764,72 € gestiegen; trotzdem wurde der Ansatz 2011 um 794,38 € nicht erreicht.

Durch die Verpachtung des Schloss-Restaurants wurden 44.994,07 € eingenommen, hierin enthalten sind auch Einnahmen aus der Abrechnung der Nebenkosten. Der Ansatz des Wirtschaftsplanes wurde um 2.305,93 € unterschritten, gegenüber 2010 wurden aufgrund von Nebenkostenanpassungen 4.342,50 € weniger eingenommen.

Einnahmen aus Sponsoring

Insgesamt wurden 37.566,50 € Sponsorengelder vereinnahmt.

Das Kulturbüro hat 2011 35.150,00 € für Veranstaltungen des K1, für die Durchführung der Leverkusener Kunstmusiknacht, des Filmfestivals „Nahaufnahme“ und den Morsbroicher Sommer erhalten, die Bibliothek 2.416,50 € für Lev liest.

Erträge aus Weiterbelastungen

Im Wirtschaftsplan 2011 waren insgesamt 58.300,00 € veranschlagt. Im Laufe des Jahres sind hierzu nicht planbare Mehreinnahmen von 13.630,43 € entstanden. Bei diesen Erträgen handelt es sich u.a. um Personalkosten- und Betriebskostenerstattungen, Erstattung Telefonkosten von Dritten, Versicherungserstattungen, die Beteiligung Dritter am Saisonprospekt FORUM und Erstattungen für Stellplatzkosten Tiefgarage Forum.

Sonstige Erträge

KSL-interne Anmietungen von Büro- und Veranstaltungsräumen und die in Anspruch genommenen Leistungen der Handwerker des Büros Betriebsleitung werden sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwändungen der jeweiligen Teilbetriebe veranschlagt und verbucht.

Aufwändungen

Veranstaltungskosten

2011 hat die KSL 877.614,21 € für Veranstaltungen ausgegeben, 35.290,42 € weniger als 2010.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung waren es 59.335,79 € weniger, u.a. weil eine geplante Veranstaltung nicht stattgefunden hat, günstigere Einnahmeteilungen ausgehandelt bzw. lediglich Garantiegagen ausgezahlt wurden und für die Durchführung eines Musiktheaterkooperationsprojektes keine Honorarkosten angefallen sind.

Diese Einsparungen konnten erreicht werden, obwohl der Veranstaltungsetat des Kulturbüros durch nicht eingeplante Sponsorengelder und projektbezogene Mittel um 10.008,27 € aufgestockt wurde.

Gebäude

In 2011 sind noch Restarbeiten für die KP-II Maßnahmen „Heizungsanlage Remisen Schloss“ und „Dachdämmungsarbeiten Gebäude Musikschule“ in Höhe von 207.508,56 € erfolgt.

Bereinigt um diese Ausgaben war der Instandhaltungsaufwand für die Gebäude einschließlich der technischen Anlagen und Maschinen um 166.773,50 € geringer als geplant. Bereits zum Lagebericht 2010 wurde ausführlich berichtet, dass der „3. Bauabschnitt Betonsanierung Künstlerbunker“ aufgrund der nicht übertragbaren Mittel aus 2010 in 2011 nicht durchgeführt werden konnte. Hier wurden vorläufig lediglich sicherheitsrelevante Maßnahmen (Anbringung eines Schutznetzes) im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht durchgeführt, insgesamt wurden 72.201,07 € eingespart.

Außerdem sind weniger Mittel als geplant (- 63.689,32 €) für Reparaturen der techn. Anlagen und Maschinen im Forum erforderlich geworden.

Energiekosten

Die Energiekosten 2011 waren 85.998,43 € geringer als geplant; gegenüber 2010 sind sie um 51.165,80 € gesunken.

Personalkosten

Die in Höhe von 8.010.350,00 € veranschlagten Personalkosten enthielten die bereits beschlossenen tariflichen Erhöhungen für die Beschäftigten von 0,6 % ab Januar 2011 und weitere 0,5 % ab August 2011, zusätzlich eine Einmalzahlung von 240 € im Januar 2011 und für den Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung eine Steigerung von 1,25 % auf 1,50 %.

Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten wurden nicht eingeplant, weil ein Beschluss bei der Wirtschaftsplanung noch nicht vorlag, tatsächlich wurde eine Erhöhung von 1,5 % beschlossen.

- Liquide Personalkosten

Die liquiden Personalkosten wurden 2011 mit 7.753.850,00 € veranschlagt, tatsächlich wurden 7.516.317,49 € verausgabt, so dass 237.532,51 € eingespart wurden.

Im Laufe des Jahres hat für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund längerer Krankheitszeiten die Lohnfortzahlung geendet oder es wurden befristete Verrentungen vorgenommen, neue Altersteilzeitarbeitsverträge wurden abgeschlossen, Elternzeiten angetreten und Stellen vorübergehend nicht besetzt. Daneben wurden Beurlaubungen sowie Verringerungen der Arbeitszeit beantragt und genehmigt und 1 Mitarbeiterin hat im 2. Halbjahr das Arbeitsverhältnis gekündigt.

Der Einsparung bei den Personalkosten sind höhere Fremdreinigungs- und Honorarkosten in der Musikschule in Höhe von 37.471,16 € gegen zu rechnen.

Für die in 2011 gem. § 18 TVöD festgesetzten und erreichten Ziele für die Beschäftigten wird die Prämie (Erhöhung der Berechnungsgrundlage von 1,25 % auf 1,50 %) erst in 2012 ausbezahlt. Es wurden hierfür 80.476,83 € als Rückstellung in das Jahr 2012 übertragen. Für die Beamtinnen und Beamten wurden erneut keine Prämien gezahlt.

- **Nicht liquide Personalkosten**

Die nicht liquiden Personalkosten wurden 2011 mit 256.500,00 € veranschlagt, tatsächlich wurden 276.494,90 € verbucht, 19.994,90 € mehr als vorgesehen.

An nicht liquiden Rückstellungen für Urlaub, Altersteilzeitarbeit und Pensionen wurden im Wirtschaftsplan 2011 (angepasst an das Ergebnis 2009) 256.500,00 € veranschlagt, es mussten aber nur 64.408,76 € verbucht werden, 192.091,24 € weniger als geplant.

Dem gegenüber konnte bei der Planung 2011 für die Verzinsung der Pensionsrückstellungen noch kein Ansatz vorgesehen werden, tatsächlich wurden 146.738,00 € verbucht, und erstmalig war für Mehrarbeitsstunden (Stand 31.12.2011) eine Rückstellung gefordert, die in Höhe von 65.348,14 € ermittelt wurde und für die ebenfalls kein Ansatz bestanden hatte.

EDV-Kosten

Die Planzahlen 2011 konnten um 85.335,44 € unterschritten werden, u.a. weil in 2011 eine Erstattung der ivl aus 2010 in Höhe von 17.224,39 € erfolgt ist, die nicht eingeplant war. Außerdem waren die Kosten nach Einführung des RFID-Verfahrens in der Stadtbibliothek geringer als angenommen. Gegenüber dem Vorjahr wurden 17.728,81 € weniger ausgegeben.

Ergebnis 2011

Das Jahresergebnis wird mit dem Zuschuss der Stadt Leverkusen verglichen, wobei der Jahresverlust nach GuV bereits um die nicht liquiditätswirksamen Zahlungen, Aufwändun- gen und Erträge, die auch im liquiden Ergebnis des Wirtschaftsplanes nicht eingerechnet waren, gekürzt wurde:

Bereinigtes Ergebnis KulturStadtLev		
	€	€
Jahresverlust gemäß GuV		-9.985.161,25
Abschreibungen auf Alt- und Neuanlagen	881.611,39	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-105.901,51	
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	44.042,00	
Zuführungen zu Urlaubsrückstellungen	-23.955,27	
Anpassung zu Altersteilzeitrückstellungen	44.322,00	
Anpassung Rückstellung Mehrarbeitsstunden	65.348,14	
Aufwand aus Verzinsung Rückstellungen	146.738,00	
Jahresverlust nach den Bereinigungen		-8.932.956,50
Zuschuss Stadt Leverkusen		9.229.884,14
Liquider Überschuss nach Zuschuss		296.927,64
Liquides Defizit lt. Wirtschaftsplan		- 503.610,00
Differenz zwischen geplantem liquiden Defizit und tatsächlichem liquiden Defizit		800.537,64

In Neuanlagen wurde nach den Vorgaben des Wirtschaftsplans 2011 der KulturStadtLev (Vermögensplan) investiert. Das Investitionsvolumen einschl. des übertragenen Restbetrages aus dem Vermögensplan 2010 belief sich auf 220.900,00 €, verausgabt wurden 54.103,58 €.

1.1.2. Gebäude

In den Gebäuden der KSL wurden in 2011 neben den laufenden Bauunterhaltungs- und Wartungsarbeiten folgende größere Erhaltungsmaßnahmen sowie Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten, teilweise durch KSL-eigene Handwerker des Büros Betriebsleitung, durchgeführt:

Forum

- Flachdachsanierung 3. Bauabschnitt
- Teilerneuerung Gehweg-Platten Vorplatz
- Teilsanierung Granitplatten
- Teilerneuerung Abluftanlagen Restaurant 1. BA

- Entkernung der Pächterwohnung Restaurant
- Anstrich Teilbereiche Außenfassade
- Teilsanierung Innenjalousien Terrassensaal
- Einrichtung Rollstuhlfahrerplätze im Großen Saal

Künstlerbunker

- Montage von Absperrpfosten Parkplatz
- Umzäunung Grünfläche Ostseite
- Reparaturen Dach
- Fassadensicherung durch Anbringen eines Schutznetzes

Bibliothek

- Herstellung und Einbau Theke Stadtteilbibliothek Steinbüchel
- Beschilderung Bibliothek Hauptstelle

Schloss Morsbroich

- Erneuerung der Heizungsanlagen, Kaminsanierung in den Remisen
- Anpassung der DDC-Anlagen Remisen
- Teilerneuerung der Dachrinnen Remisen
- Überarbeitung des Natursteinpflasters im Eingangsbereich
- Renovierung Gartensaal
- Teilsanierung Schmutzwasserpumpenanlage
- Erneuerung Kettenzug in den Remisen
- Erneuerung Kleinkälteanlagen Theke Restaurant

Stadtarchiv

- Baubegleitendes Einrichten einer Dauerausstellung in der Villa Römer
- Erneuerung der Überwachungsanlage Landrat-Trimborn-Platz

Musikschule

- Dachboden; Dämmung der Wand-, Boden- und Dachsparrenflächen
- Sanierung Fassade 2. BA
- Sanierung Kellerdeckenbereich
- Ausbesserung Tragwerk Dachstuhl
- Installation von Sitzbänken in den Fluren
- Abdichtung der Fensteranlagen

Ausblick:

Die im Weißbuch 2010 – 2014 für 2011 vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen wur-

den 2010 im Rahmen der 99-Punkte Sparliste um folgende Maßnahmen gekürzt:

- Forum; Umbau Schaltschrank Brandschutzklappen	5.950,00 €
- Schloss Morsbroich; Erneuerung Telefonanlage	15.470,00 €
- Schloss Morsbroich; Putz- und Stuckarbeiten innen	22.015,00 €
- Künstlerbunker; Überprüfung und Beseitigung Risssschäden	2.975,00 €

1.1.3. Anlagen im Bau

Jahresübergreifend befanden sich keine Anlagen im Bau.

1.1.4. Personalentwicklung

In 2002 lag die Zahl der Beschäftigten bei Gründung der KSL bei 243, am Ende des Jahres 2011 bei 178 (./ 27,05%).

1.2. Vermögens- und Liquiditätsentwicklung

Entwicklung des Eigenkapitals

Zum 31.12.2011 betrug das Eigenkapital 11.933.095,53 € (Vorjahr 10.093.003,57 €). Das Eigenkapital hat sich folgendermaßen entwickelt:

	Stammkapital	Kapitalrücklage
Stand 01.01.2011	2.500.000,00 €	7.593.003,57 €
Zuführungen aus Verzicht Forderung Stadt gegen KSL		2.595.369,07 €
Zuführung zur Verlustabdeckung		9.229.884,14 €
Jahresverlust/Entnahme		- 9.985.161,25 €
Stand 31.12.2011	2.500.000,00 €	9.433.095,53 €

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.840.091,96 € erhöht. (Im Vorjahr hatte es sich um 5.009.175,84 € gegenüber 2009 erhöht).

Die Entwicklung des Vermögens und der Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

	Sachanlagen	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Leverkusen
01.01.2011	18.621.646,16 €	4.692.537,20 €
31.12.2011	17.785.147,30 €	1.666.618,33 €

Liquiditätsentwicklung

Die Liquidität war durch den vom Rat der Stadt Leverkusen beschlossenen Wirtschaftsplan 2011 für die KulturStadtLev jederzeit gewährleistet.

Rückstellungen

Zum 31.12.2011 betragen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen 3.040.927,00 € (Vorjahr 2.850.147,00 €) sowie für **sonstige Rückstellungen** 968.513,30 € (Vorjahr 1.206.833,32 €).

Die Bildung der Rückstellung für Pensionen erfolgt analog den Vorschriften des § 6a EStG i.V.m. Abschnitt 41 EStR. Die Berechnung erfolgt als Teilwert der Verpflichtungen und basiert auf dem versicherungsmathematischen Barwert der künftigen Versorgungsleistungen. Der Rückstellung liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zugrunde, welches nach den Bestimmungen des BilMoG erstellt wurde. In der Rückstellung sind auch die Verpflichtungen aus der Zeit vor Gründung des Eigenbetriebs erfasst. In gleicher Höhe besteht hierfür eine Forderung gegenüber der Stadt Leverkusen.

2. Zukünftige Chancen, Entwicklungen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Rat hat am 17.10.2011 mit Vorlage 1000/2011/1 beschlossen, den Netto-Zuschuss 2012 an die KSL um 837.970,00 € gegenüber 2011 zu kürzen, ebenso schon eine weitere Kürzung für 2013 um 324.980,00 €.

Danach wird der Zuschuss 2014 um 999.080,00 € und für weitere 4 Jahre um jeweils 1 Mio. € gegenüber 2011 gekürzt werden.

Einzelheiten regelt die mit der als Anlage zur Vorlage beschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Bezirksregierung Köln und der Stadt Leverkusen, die wiederum in Anlage 1 die Positionen aufführt, die nach Zuschusskürzung im Wirtschaftsplan der KSL in gleicher Höhe verringert bzw. wegfallen werden, nämlich:

Maßnahmen – Kürzung gegenüber Ansatz 2011	Kürzung 2012	Kürzung 2013
Honoraraufwand Musikschule	120.000 €	120.000 €
Veranstaltungsaufwand Musikschule	10.350 €	10.350 €
Veranstaltungsaufwand FORUM (1. Hälfte Spielzeit 2012/2013)	250.000 €	603.000 €
Sanierung Fassade Künstlerbunker (III. BA)	80.920 €	0 €
Parkett Villa Römer	7.100 €	0 €
Reduzierung EDV-Aufwand	0 €	25.000 €
Ausstellungsaufwand Museum Morsbroich	50.000 €	50.000 €
Medienanschaffungen Stadtbibliothek	70.000 €	70.000 €
Veranstaltungsaufwand Stadtbibliothek	3.000 €	3.000 €
Veranstaltungsaufwand Kulturbüro	71.000 €	71.000 €
Veranstaltungen im Stadtgebiet	45.000 €	45.000 €
Zuschuss Leverkusener Jazztage	55.600 €	55.600 €
Zuschuss Westdeutsche Sinfonia Leverkusen	10.000 €	10.000 €
Werbe- und Druckkosten Gesamt-KSL	40.000 €	40.000 €
Reinigungsaufwand durch Fremdfirmen Gesamt-KSL	25.000 €	60.000 €
Gesamt	837.970 €	1.162.950 €

Im Wirtschaftsplan 2012 sind die betroffenen Maßnahmen mit „XX“ gekennzeichnet. Die KSL ist berechtigt, diese im Rahmen der Bewirtschaftung des Wirtschaftsplanes 2012 unterjährig insoweit zu erhöhen, wie Erträge aus Unterstützungsleistungen Dritter im Laufe des Jahres 2012 kassenwirksam vereinnahmt werden. Gleiches Verfahren ist für 2013 geplant.

Da die Planungen für die Spielzeiten des Teilbetriebes **FORUM** 2012/2013 ff unter dem Vorbehalt der Akquise von Drittmitteln stehen, wurde das Theater- und Konzertprogramm zwar im gleichen Umfang wie 2011/2012 geplant, es wurden aber, solange diese Spenden und Sponsoringgelder nicht zur Verfügung stehen, für die zweite Spielzeithälfte gegenüber den Gastspielpartnern lediglich Optionen ausgesprochen und noch keine Verträge geschlossen.

Mit dem Beitritt der Stadt Leverkusen zum Kultursekretariat NRW Gütersloh konnte ein Ziel des Kulturentwicklungsplanes für Leverkusen verwirklicht werden.

Durch den Beitritt der Stadt Leverkusen zum Kultursekretariat NRW Gütersloh, welches ein Ziel des Kulturentwicklungsplanes für Leverkusen war, partizipiert die KSL ab 2012 an Förderprogrammen für besondere kulturelle Projekte und Veranstaltungsreihen, die die Mitgliedsgemeinden auf den Weg bringen. Der „Gewinn“ aus Fördermitteln übersteigt den Mitgliedsbeitrag; die interkommunale Kooperation schafft Synergieeffekte nicht nur finanzieller, sondern vor allem auch ideeller Art. Der Teilbetrieb FORUM wird für sein Theater- und Konzertprogramm, insbesondere für das Kinder- und Jugendtheaterangebot, großen Nutzen aus der Mitgliedschaft ziehen.

Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Eintrittspreise zur Spielzeit 2011/2012 und der positiven Kartenvorverkaufstatistik kann 2012 mit einer Mehreinnahme bei den Entgelten für Theater von rd. 37.000,00 € gegenüber dem Ergebnis 2011 gerechnet werden.

Für die Gebäudeunterhaltung und die Instandhaltung der technischen Anlagen sowie Maschinen einschließlich der Wartung ist nach dem Verschieben von Maßnahmen im Rahmen des HSK in Höhe von 114.240,00 € 2012 eine Gesamtsumme von lediglich 185.800,00 € vorgesehen.

Ziel des **Kulturbüros** ist es, in den Folgejahren die hohe Qualität und Nachfrage der angebotenen Veranstaltungen und Programme möglichst zu halten.

Die Realisierung aller Angebote ist nur möglich, wenn entsprechende Drittmittel zur Verfügung stehen. Die Förderung von Veranstaltungen der freien Szene in den Stadtteilen ist 2012 davon nicht abhängig, weil das Budget von 45.000,00 € bereits in 2011 veranschlagt war und für 2012 eine Rückstellung gebildet wurde. Ab 2013 steht die Förderung ebenfalls unter dem Vorbehalt eingehender Drittmittel.

Die Galerie im Forum wird aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen und Raumkapazitäten nur noch eingeschränkt betrieben.

Für den Morsbroicher Sommer werden nach Möglichkeit neue Veranstaltungsideen umgesetzt. Es wird verstärkt versucht, durch Kooperationspartner sowie durch die Teilhabe an Programmformaten des Kultursekretariats NRW Gütersloh die Qualität der Veranstaltungen weiter zu stärken.

Für die Kooperation mit lokalen Anbietern von Betreuung im Rahmen des offenen Ganztags an Schulen haben **die Jugendkunstgruppen** (JKG) Vorschläge für Projekte erarbeitet, die mit einer kürzeren Dauer und damit weniger Kosten als die üblichen Regelkurse angeboten werden. In den Sommerferien 2011 konnte so erfolgreich ein Zirkusprojekt realisiert werden, das die JKG als „Dienstleister“ voll kostendeckend für eine OGS durchführte. Daneben gibt es Gespräche zu Kooperationen mit Schulen, die den „gebundenen Ganztag“ anstreben und eventuell Kursleiterinnen und Kursleiter und Angebote der JKG in ihr Konzept integrieren möchten.

Die Angebote für Kinder im Vorschulalter konnten wegen der großen Nachfrage noch mehr ausgeweitet werden. Für die älteren Jugendlichen funktionieren die Angebote am Abend und späten Nachmittag sowie an den Wochenenden besonders gut, da die frühen Kurse wegen der langen Schulzeiten nicht wahrgenommen werden können.

Die Zuweisung des Landschaftsverbandes für die JKG war 2011 um 2.371,73 € höher als im Vorjahr, 2012 wird mit einer gleich hohen Zuweisung gerechnet, es sind 18.650,00 € eingeplant.

Die **Stadtbibliothek** plant, den um 70.000,00 € reduzierten Medienetat möglichst zu Jahresbeginn mit Drittmitteln auf die Höhe der Vorjahre aufzustocken und damit kontinuierlich Medien zur Bestandspflege und zum Bestandsaufbau zu erwerben.

Die Gründung eines Fördervereins oder Freundeskreises der Bibliothek wird angestrebt. Laufende Projekte der Stadtbibliothek werden im Jahr 2012 weitergeführt, sofern Drittmittel für ihre Finanzierung zur Verfügung stehen.

In 2012 plant das **Museum** wieder vier große Wechsellausstellungen, in der Grafiketage werden zwei weitere Ausstellungen gezeigt. Die Entgeltordnung des Museums Morsbroich wurde am 12.12.2011 vom Rat der Stadt Leverkusen für 2012 neu geregelt.

Es wird derzeit davon ausgegangen, dass der um 50.000,00 € reduzierte Ausstellungsetat mit Drittmitteln auf die Höhe der Vorjahre aufgestockt werden kann.

2012 ist die Restaurierung des Hohlspiegelobjekts „Integration“ von Adolf Luther geplant, in dem schadhafte Spiegel ausgetauscht und die Kunststoffoberflächen gereinigt werden müssen.

Die Erneuerung der Kälteanlage und der elektrischen Anlagen des Restaurants sowie die Sanierung der Kellerwände des Hauptgebäudes sind als Maßnahmen aus dem Bereich der Gebäudeunterhaltung vorgesehen, ebenso die im Vorjahr geplante, aber nicht umgesetzte Maßnahme „Sanierung Terrasse“.

Zum 16. April 2012 hat die Leiterin der Volkshochschule (VHS) die Freizeitphase ihrer Altersteilzeitarbeit angetreten, ihr bisheriger Stellvertreter wurde befristet bis zur Wiederbesetzung der Stelle zum kommissarischen Leiter bestellt. Die Kontinuität der Arbeit in die-

sem Teilbetrieb ist damit gesichert.

Die VHS hat mit der Stadtverwaltung Leverkusen eine vertragliche Vereinbarung getroffen, die umfangreiche Schulungen für die städtischen Bediensteten im EDV-Bereich vorsieht. Die Schulungsmaßnahmen haben in der 2. Hälfte 2011 begonnen und werden bis Ende 2012 durchgeführt. Ziel ist eine reibungslose, qualitativ hochwertige und für alle Beteiligten erfolgreiche, Durchführung dieses umfangreichen Maßnahmenpakets. In einem nächsten Schritt ist geplant, das Fortbildungsangebot auch auf die städtischen Töchter auszuweiten.

Die VHS hat auch weiterhin das Ziel, die Einnahmen auf dem hohen Niveau -in Einklang mit den bildungspolitischen Zielsetzungen öffentlich verantworteter Weiterbildung- zu stabilisieren.

Das **Archiv** legt seinen Schwerpunkt 2012 auf folgende Bereiche:

- Umsetzung präventiver Maßnahmen im Bereich Bestandserhaltung (Sicherungsverfilmung, sukzessive Ersatz älterer Kartonagen durch normgerechte Archivkartons)
- Wiederaufnahme des Projekts Filmrestaurierung
- praktischer Einstieg in die systematische Digitalisierung im Bildbereich
- Analyse der in der Stadtverwaltung verwendeten Systeme digitaler Aktenführung im Hinblick auf ihre dauerhafte Archivierung
- Abschluss einer Bildungspartnerschaft mit mindestens einer Leverkusener Schule.

Hauptziel der **Musikschule** ist die Sicherung der musikpädagogischen Arbeit im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Schulzeiten der allgemein bildenden Schulen in den Nachmittag. Priorität hat daher weiterhin die Gestaltung von gemeinsamen Angeboten mit den allgemein bildenden Schulen.

Gemäß Haushalts sicherungskonzept (Vorlage 600/2010) sind die Gebühren zum 01.01.12 um durchschnittlich 3,9% erhöht worden. Es entfällt die Mehrfächerermäßigung.

Die Berechnung der Gebühreneinnahmen für 2012 wurde an die Entwicklungen der letzten Jahre angepasst und entsprechend in den Wirtschaftsplan eingearbeitet.

Bei Planung der **Personalkosten** wurden für 2012 die bereits beschlossenen Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten von 1,9 % ab Januar 2012 berücksichtigt, ebenso die beschlossene Steigerung für den Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung für die Beschäftigten um 0,25 % von 1,50 % auf 1,75 %. Aufgrund der bei Erstellung des Wirtschaftsplanes noch fehlenden Vorgaben für die Tarifbeschäftigten wurden auch für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur 1,9 % höhere Personalkosten vorgesehen.

Tatsächlich wurden am 31.03.2012 zwischen den Tarifparteien folgende lineare Erhöhungen in 3 Stufen beschlossen:

01.03.2012 + 3,5 %

01.01.2013 + 1,4 %

01.08.2013 + 1,4 %

Für 2012 bedeutet dies eine nicht eingeplante Mehrbelastung von rd. 100.000,00 €, die sich aber erst in den nächsten Quartalen auswirken wird.

Für die Jahre der Finanzplanung bis 2016 wurden neben weiterem Stellenabbau Steigerungsraten von jährlich 1,5 % eingeplant, 1,0 % aufgrund der Vorgaben der Orientierungsdaten des Landes (Runderlass vom 09. September 2011) und 0,5 % für strukturelle Verbesserungen.

Für die Energiekosten stehen 2012 knapp 11.000,00 € mehr zur Verfügung als in 2011 tatsächlich angefallen sind. Aufgrund der durchgeführten energetischen Sanierungen (Forum, Musikschule und Schloss Morsbroich) wird trotz steigender Energiepreise nur mit geringen Mehrkosten gerechnet.

Die **Dienstleistungen** in den kulturellen Einrichtungen der KulturStadtLev werden auch weiterhin zu den vom Rat der Stadt Leverkusen beschlossenen, nicht kostendeckenden, Preisen angeboten. Die Kulturarbeit ist auch bei guter Resonanz und damit verbundenen Erträgen nicht kostendeckend zu leisten, sondern ist auf Dauer auf einen Zuschuss angewiesen.

Zur Steigerung der Einnahmen werden auch zukünftig moderate Entgelt- und Eintrittspreiserhöhungen unvermeidbar sein. Konkret wird 2014 lt. beschlossener HSK eine weitere geringe Erhöhung der Musikschulgebühren erfolgen. Darüber hinaus sind für 2013 Änderungen der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek sowie eine Erhöhung der Nutzungsentgelte Forum vorgesehen.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind:

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind:

Aufgrund personeller Engpässe im Bereich der KSL-Buchhaltung, die durch den FB Finanzen der Stadt Leverkusen erledigt wird, konnte die Erstellung des Abschlusses 2011 erst zum 15.06.2012 erfolgen.

4. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Nach der Beurteilung des Abschlussprüfers wurden die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und der Betriebssatzung geführt.

Leverkusen, den 15.06.2012

Marion Grundmann
Betriebsleiterin

KulturStadtLev - Erfolgsplan 2012

	Büro BL	FORUM	Kulturbüro	Bibliothek	Museum	VHS	Archiv	Musikschule	Gesamt
Umsatzerlöse	0,00	802.000,00	67.250,00	130.000,00	65.300,00	640.000,00	5.100,00	930.200,00	2.639.850,00
Sonstige betriebliche Erträge	223.250,00	381.200,00	53.150,00	117.450,00	168.550,00	577.700,00	303.700,00	149.650,00	1.974.650,00
Gesamtsumme der Erträge	223.250,00	1.183.200,00	120.400,00	247.450,00	233.850,00	1.217.700,00	308.800,00	1.079.850,00	4.614.500,00
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	800,00	771.950,00	42.900,00	65.250,00	145.700,00	53.100,00	35.750,00	139.100,00	1.254.550,00
Aufwendungen für bezogene Leistungen	226.000,00	258.700,00	96.000,00	60.250,00	134.800,00	498.000,00	16.450,00	127.150,00	1.417.350,00
Personalaufwand	688.250,00	1.345.550,00	302.450,00	1.243.250,00	615.700,00	1.020.800,00	516.950,00	2.237.800,00	7.970.750,00
Abschreibungen auf Alt- und Neuanlagen	5.000,00	570.000,00	14.200,00	42.000,00	174.000,00	41.650,00	18.850,00	67.200,00	932.900,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	167.700,00	691.250,00	171.280,00	585.250,00	166.150,00	521.050,00	318.850,00	128.500,00	2.750.030,00
Zinsen	22.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.000,00
Gesamtsumme Aufwand	1.109.750,00	3.637.450,00	626.830,00	1.996.000,00	1.236.350,00	2.134.600,00	906.850,00	2.699.750,00	14.347.580,00
Ergebnis	-886.500,00	-2.454.250,00	-506.430,00	-1.748.550,00	-1.002.500,00	-916.900,00	-598.050,00	-1.619.900,00	-9.733.080,00
Kulturförderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Tilgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
vorläufiger Verlust vor Zuschuss Kernverwaltung	886.500,00	2.454.250,00	506.430,00	1.748.550,00	1.002.500,00	916.900,00	598.050,00	1.619.900,00	9.733.080,00
								Zuschuss der Kernverwaltung	8.389.520,00
								Defizit	1.343.560,00
								./. der nicht liquiden Abschreibungen auf Neuanlagen	198.000,00
								./. der nicht liquiden Abschreibungen auf Altanlagen	734.900,00
								+ Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten	110.400,00
								./. Zuführung Rückstellung Urlaub, Altersteilzeitarbeit und Pensionen, Verzinsung Pensionsrückstellung	242.950,00
								liquides Defizit	278.110,00

Zusammenstellung der Maßnahmen im Vermögensplan 2012:

Betrieb	Maßnahme	Ausgabe €	Abschreibung €/Jahr
FORUM	Ersatz- und Neuanschaffung, Geschäftsausstattung	10.000	2.000
FORUM	Mikrofon-Funkanlage	50.000	5.556
FORUM	Drahtlose Intercom-Anlage	10.000	1.111
FORUM	Mobile Dimmer für die Bühne	14.000	1.556
FORUM	Orchesterbeleuchtung – Ersatz der Pultbeleuchtung	6.000	600
Kulturbüro	Ersatz- und Neuanschaffung, Geschäftsausstattung	2.000	400
Kulturbüro	Beschaffung von 100 Stühlen für Veranstaltungen im Schlosspark	2.700	2.700
Bibliothek	Ersatz- und Neuanschaffung, Geschäftsausstattung	4.000	800
Bibliothek	Ersatz für einen Internet-PC und einen netzwerkfähigen Drucker für die Internetplätze	1.500	500
Bibliothek	Neuanschaffung von Stufentrögen für Konsolenspiele	2.800	2.800
Museum	Ersatz- und Neuanschaffung, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.000	800
Museum	Ersatzbeschaffung Luftbe- und Luftentfeuchter	11.000	2.200
Museum	Ersatzbeschaffung Mobiliar Gartensaal	5.000	5.000
Museum	Ausstattung Museums-Café	9.000	3.000
VHS	Ersatz- und Neuanschaffung, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.000	2.000
VHS	Ersatzbeschaffungen Computerstudio	5.000	1.666
VHS	Erneuerung defekter Medien	2.000	2.000
Archiv	Ersatz- und Neuanschaffung, Geschäftsausstattung	2.000	400
Musikschule	Ersatz- und Neuanschaffung von Instrumenten u. sonst. Geschäftsausstattung	20.000	4.000
BBL	Unvorhergesehenes für den Gesamtbetrieb	36.000	4.500
Summe		207.000	43.589

neue bahnstadt opladen GmbH

Bilanz zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht

neue bahnhof opladen GmbH,
Leverkusen

Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

	31.12.2011	31.12.2010
€	€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
Software	1.585,13	1.896,08
II. <u>Sachanlagen</u>		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.153,14	13.068,77
	<u>12.738,27</u>	<u>14.964,85</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.309,00	0,00
2. Forderungen gegenüber der Stadt Leverkusen	89.181,02	125.308,79
3. Sonstige Vermögensgegenstände	6.840,15	3.530,69
	97.330,17	128.839,48
II. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	13.587,29	30.477,14
	<u>110.917,46</u>	<u>159.316,62</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	7.995,69	4.501,10
	<u>131.651,42</u>	<u>178.782,57</u>
TREUHANDVERMÖGEN:		
Treuhandkonto für die Stadt Leverkusen	106.646,82	262.026,90
Treuhandkonto Festgeld für die Stadt Leverkusen	<u>2.679.587,38</u>	<u>3.518.980,84</u>
	<u>2.786.234,20</u>	<u>3.781.007,74</u>

PASSIVA

	31.12.2011	31.12.2010
€	€	€
A. EIGENKAPITAL		
I. <u>Stammkapital</u>	25.000,00	25.000,00
II. <u>Rücklagen</u>	100,00	100,00
III. <u>Gewinnvortrag</u>	6.001,09	6.810,46
IV. <u>Jahresfehlbetrag</u>	-561,64	-809,37
	<u>30.539,45</u>	<u>31.101,09</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. <u>Steuerrückstellungen</u>	3.890,00	3.460,00
2. <u>Sonstige Rückstellungen</u>	72.945,72	92.328,01
	<u>76.835,72</u>	<u>95.788,01</u>
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	92,00	10.993,39
2. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	24.184,25	40.900,08
davon aus Steuern: € 24.184,25 (Vorjahr: € 40.700,08)		
	<u>24.276,25</u>	<u>51.893,47</u>
	<u>131.651,42</u>	<u>178.782,57</u>
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN:		
Treuhandkonto für die Stadt Leverkusen	106.646,82	262.026,90
Treuhandkonto Festgeld für die Stadt Leverkusen	<u>2.679.587,38</u>	<u>3.518.980,84</u>
	<u>2.786.234,20</u>	<u>3.781.007,74</u>

**neue bahnstadt opladen GmbH,
Leverkusen**

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	€	<u>2011</u> €	<u>2010</u> €
1. Umsatzerlöse		964.793,53	1.015.980,49
2. Sonstige betriebliche Erträge		1,08	0,00
3. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen		-11.576,77	-81.060,85
4. Personalaufwand			
a) Gehälter	-436.043,22		-451.816,68
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-202.845,99		-208.976,94
- davon für Altersversorgung:			
€ 62.054,56			
(Vorjahr: € 71.626,69)			
	<hr/>	-638.889,21	<hr/> -660.793,62
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-4.106,68	-4.319,49
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Betriebsaufwendungen	-110.132,00		-114.866,46
b) Verwaltungsaufwendungen	-85.752,50		-103.649,92
c) Vertriebsaufwendungen	-110.286,01		-42.388,22
	<hr/>	-306.170,51	<hr/> -260.904,60
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<hr/> -72,32	<hr/> -78,20
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.979,12	8.823,73
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-4.540,76	-9.633,10
10. Jahresfehlbetrag		<hr/> <hr/> -561,64	<hr/> <hr/> -809,37

neue bahnstadt opladen - Lagebericht zum Jahresabschluss 2011

Rechtliche Grundlagen:

Die Gesellschaft neue bahnstadt opladen GmbH (im Folgenden auch „nbso“ oder „Gesellschaft“) wurde am 28.02.2008 als in Gründung befindlich beurkundet und nahm mit der Eintragung im Handelsregister am 14.03.2008 ihre Tätigkeit auf. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Geländes der neuen bahnstadt opladen.

Der Stand der Entwicklungsmaßnahme wird nachfolgend detailliert erläutert.

Die Stadt Leverkusen ist mit einem Startkapital in Höhe von 25.000 € an der Gesellschaft beteiligt.

Geschäftsverlauf:

Die Geschäfte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 verliefen planmäßig.

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -1.000,00 €. Die Gesellschaft erhält für ihre Tätigkeit ein Geschäftsbesorgungsentgelt, das auf Grundlage der Selbstkosten zuzüglich eines Gewinnanteiles berechnet wird.

Erläuterungen zum Stand der Entwicklungsmaßnahme und Vorschau auf das Geschäftsjahr 2012

Gesamtprojektbeschreibung:

Die neue bahnstadt opladen befasst sich als städtebauliches Schwerpunktprojekt der Stadt Leverkusen im Rahmen der Regionale 2010 mit der Entwicklung einer unter Berücksichtigung der Variante 4 für die Gütergleisverlegung nunmehr rd. 62 ha großen, für den Betrieb nicht mehr benötigten Bahnfläche. Das Areal liegt zentral im Stadtgebiet und umfasst im Osten die Flächen des ehemaligen Ausbesserungswerkes Opladen und des Gleisbauhofes. Weitere Entwicklungsflächen liegen westlich der Bahnstrecke Köln-Wuppertal.

Ziel der Stadt Leverkusen und der von ihr beauftragten Gesellschaft neue bahnstadt opladen GmbH und der Deutschen Bahn AG als Kooperationspartner ist es, die neue bahnstadt opladen langfristig zu einem attraktiven und stark durchgrünten Stadtteil mit Wohnen, Gewerbe, Dienstleistungen und einer Fachhochschule auf den östlichen Entwicklungsflächen sowie zentrumsergänzende Nutzungen im westlichen Bereich zu entwickeln. Das Projekt geht mit umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen einher. So sind die Verlegung der Gütergleisstrecke im Westen sowie die Schaffung einer neuen Bahnallee und mehrerer Brückenschläge über die Bahntrasse als Verbindung zwischen der neuen bahnstadt opladen und den angrenzenden Stadtteilen geplant. Der Erhalt und eine wirtschaftlich tragfähige Umnutzung Identifikation stiftender alter Bausubstanz (Kesselhaus, Wasserturm, Magazin) und vorhandener Grünstrukturen stellen weitere wichtige Planungsziele dar.

Gütergleisverlegung:

Ein wichtiger Bestandteil für die Gesamtentwicklung des Geländes der neuen bahnstadt opladen ist die Verlegung der Gütergleise parallel zur Personenstrecke. Grundlage dieser Gütergleisverlegung ist der Abschluss des Finanzierungsvertrages zwischen der DB AG und der Stadt Leverkusen. Dieser Vertrag wurde per Ratsbeschluss am 25.08.2008 seitens der Stadt Leverkusen beschlossen.

Zur Konkretisierung der Synergieeffekte, die durch das gemeinsame Vorhaben Bau eines elektronischen Stellwerkes (ESTW) durch die DB AG und Verlegung der Güterzugstrecke im Bahnhof Opladen und Verfügbarmachung für eine nord-südlich verlaufende neue Bahnallee und Bereitstellung weiterer baulich nutzbarer Flächen erwartet werden können, wurde das Gutachten „Harmonisierung mit der Vorplanung ESTW Solingen, 1. Baustufe“ in Auftrag gegeben. Die Kosten für dieses Gutachten, erstellt von DB Projektbau, wurden in 2008 finanziert.

Im Rahmen der konkreten Untersuchung für den Verlauf der Gütergleise wurde eine gutachterliche Stellungnahme durch das Büro Prof. Dr.-Ing. H. Dülmann in Auftrag gegeben. In diesem Gutachten erfolgt die detaillierte Betrachtung und Überprüfung des Baugrundes zur Führung der Gütergleisstrasse auf dem Gelände der ehemaligen Depone südlich der Fixheider Straße. Gleichzeitig erfolgte die Betrachtung der Altlastensituation. Dieses Gutachten war ein wesentlicher Bestandteil des Ratsbeschlusses für den Finanzierungsvertrag.

Auf Grundlage der bahntechnischen Voruntersuchungen aus dem Jahr 2001 wurde vom Büro DEC im Jahr 2005 im Auftrag der Stadt Leverkusen und der Deutschen Bahn AG eine Vorplanung für die Umlegung der Güterzugstrecke auf Grundlage der vorhandenen Leit- und Sicherungstechnik (LST) in Alttechnik durchgeführt. Hierauf aufbauend erfolgt im Jahr 2010 durch die DB Netz AG, im Auftrag der Stadt Leverkusen die Aktualisierung der Vorplanung und anschließend die Erstellung der Entwurfsplanung für die Variante 3 der Gütergleisverlegung.

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) hat der Stadt Leverkusen ergänzend empfohlen, vor einer abschließenden Förderentscheidung das Verhältnis von Kosten und Nutzen der kostenträchtigen Gütergleisverlegung einer aktuellen Prüfung zu unterziehen. Die Stadt erstellte in Abstimmung mit dem MWEBWV und der Bezirksregierung Köln eine Kosten-Nutzen-Analyse, die den gesamtstädtischen Nutzen durch verschiedene Varianten der Bahnallee mit und ohne Gütergleisverlegung betrachtete. Parallel dazu wurden die erforderlichen Gutachten (Verkehr, Schall) erstellt. Das Untersuchungsergebnis sprach sich infolge eines besseren Kosten-Nutzen-Verhältnisses für die nunmehr so genannte neue Variante 4 aus. Der Finanzausschuss sowie der Rat der Stadt Leverkusen fassten Ende des Jahres 2010 den Beschluss, die neue Variante 4 weiter zu verfolgen und die weiteren Planungsschritte zur Umsetzung der Variante 4 unter Berücksichtigung der technischen Machbarkeit und in Abstimmung mit der DB Netz AG vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund beauftragte die neue bahnstadt opladen die DB International, die DB Kommunikationstechnik sowie die DB Projektbau für die gemeinsame Erarbeitung der Vorplanung der neuen Variante 4.

Mit Stand 22.07.2011 reichte DB International die mit der DB AG abgestimmte Vorplanung ein. Der Rat der Stadt Leverkusen beschloss in seiner Sitzung am 17.10.2011 die Vorplanung als Grundlage für die weitere Planung. Weiterhin beschloss der Rat in dieser Sitzung den angepassten Finanzierungsvertrag für die Gütergleisverlegung. Grundlage hierfür ist die Vereinbarung der Stadt Leverkusen mit der Bezirksregierung Köln zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils vom 07.10.2011.

Mit Datum vom 25.11.2011 legte DB International ergänzend die eingegangenen Stellungnahmen der Fachbereiche der Stadt Leverkusen zur Vorplanung vor.

Parallel hierzu realisiert die DB Netz AG den Bau des elektronischen Stellwerks (ESTW) Solingen 1. Baustufe.

Wettbewerb, Planung und Bau der Brücken Nord und Mitte (Campusbrücke):

Zur Vorbereitung des Wettbewerbes für die Neuplanung der Brücken erfolgte eine detaillierte Betrachtung der Rahmenbedingungen zur Führung der Brücken. Dieser Auftrag wurde von der Planungsgruppe MWM (Aachen) bearbeitet.

Im November 2008 lobte die neue bahnstadt opladen GmbH den Wettbewerb für die Brücken Nord und Mitte als begrenzten Wettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren aus. Der Auslobung lagen die Regeln für die Auslobung von Wettbewerben (RAW 2004) zugrunde. Die Übereinstimmung ist unter der Registrier-Nummer W64/08 vom 24.11.2008 festgestellt worden. Das Büro Drey + Riemer Städtebau, Köln, führte die Voruntersuchung für den Gestaltungswettbewerb Brücken durch und begleitete und moderierte das Wettbewerbsverfahren. Die Durchführung des Wettbewerbes erfolgte in Kooperation mit der Regionale 2010 Agentur. Zur Prüfung der fachlichen Eignung und gestalterischen Qualität wurde ein von der Ausloberin berufenes Auswahlgremium gebildet, das am 24.11.2008 tagte. Die Vorprüfung der Wettbewerbsunterlagen erfolgte durch das Büro Drey + Riemer. In diesem Zusammenhang fand auch die bahntechnische Prüfung statt, um die Funktionsfähigkeit der Brücken unter Berücksichtigung des Bahnverkehrs sicherzustellen.

Das Preisgericht tagte am 27.02.2009. Das Preisgericht wählte aus den eingereichten Arbeiten das Büro Knight Architects, High Wycombe, GB, mit Knippers Helbig, Stuttgart, für den ersten Preis aus. Das Büro Knippers Helbig mit Knight Architects erhielt das Preisgeld für den ersten Preis in Höhe von 18.000 €. Das Büro Werner Sobock, Stuttgart, erhielt das Preisgeld für den zweiten Preis in Höhe von 10.000 € (das Preisgeld für den dritten Preis in Höhe von 8.000 € ist unter „Übrige“ im Einzelwert unter 10.000 € gelistet).

Das Büro Knippers Helbig GmbH, Stuttgart, als erster Preisträger wurde mit der Tragwerksplanung für die Brücken Nord und Mitte beauftragt.

In 2010 wurde die weitere Planung für die Brücke Mitte vorgenommen und die Ausschreibung für das Widerlager für die Brücke Mitte vorbereitet.

Campusbrücke:

Nach durchgeführtem Bürgeraufruf mit anschließender Juryentscheidung wird die Brücke Mitte zu „Campusbrücke“ umbenannt.

In 2011 erfolgen der Bau der Einfassung der Rampe Ost mit Widerlagern und Gabionen sowie die Ausschreibung der Ausführungsplanung mit den Baumaßnahmen.

Brücke Nord:

Für die Brücke Nord wird die Planung mit der DB AG, Station und Service, abgesprochen und mit den Maßnahmen gemäß der Modernisierungsoffensive (MOF), die in Trägerschaft der DB AG, Station und Service, durchgeführt wird, abgestimmt. Die Kreuzungsvereinbarung wird schlussverhandelt.

Für beide Brücken sind die TBL mit der fachlichen Begleitung der Planung und Erstellung der Brücken beauftragt. Die Projektsteuerung durch das Büro Zerna umfasst ebenfalls Planung und Bau der Brücken.

ÖPNV-Maßnahmen Ost:

Im Rahmen der Planung und Vorbereitung des Baus der Brücken wurde die Untersuchung der ÖPNV-Beziehungen (Bus und Bahn) erforderlich. Diese Bestandsanalyse und eine vergleichende Betrachtung von Planungsvarianten wurden von der Planungsgruppe MWM erbracht. Diese Maßnahmen fließen ebenso in die Vorbereitung des Wettbewerbs ein.

Zur Vorbereitung des Brückenwettbewerbes erfolgten weitere Untersuchungen im Umfeld des bestehenden Bahnhofsbereiches Opladen. Darüber hinaus wurden gutachterliche Stellungnahmen zur geplanten Gütergleisverlegung erforderlich, um für die zukünftige Stellung der Stützen für die Brücken verlässliche Grundlagen zu erhalten.

Städtebauliche Maßnahmen Ost:

Zur Realisierung der städtebaulichen Maßnahmen ist es erforderlich, den Rahmenplan des Wettbewerbsgewinners der ARGE B.A.S. Kopperschmidt + Moczala (Weimar), Werkgemeinschaft Freiraum (Nürnberg), Ingenieurbüro Kühnert, Verkehrsplanung (Bergkamen) zu überarbeiten und fortzuentwickeln.

In 2009 erbrachte die ARGE B.A.S. Planungsleistungen für die Verkehrsanlagen im östlichen Bereich der neuen Bahnstadt Opladen, führte städtebauliche Beratungen durch und erstellte den Vorentwurf für die Freianlagen.

Ein wesentlicher Bestandteil für die Fortentwicklung ist die Erstellung der Entwässerungsstudie, die in 2008 zu großen Teilen erstellt wurde.

Zur genauen Erfassung und Vorbereitung des Sanierungsplanes wurden die bestehenden umwelttechnischen Untersuchungen auch für den Bereich Ost-West-Grünzug durch das Büro Tauw GmbH (Moers) vorgenommen.

In 2009 legte das Büro Tauw die Detailuntersuchung, die Vorarbeiten für den Sanierungsplan und die Ergebnisse des Sanierungsplanes für das Gebiet östliche Bahnstadt vor. Die Verbindlichkeitserklärung erfolgte am 13.11.2009.

Weiterhin wurden durch das Büro GEO-id (Hattingen) Gebäudeuntersuchungen im Umfeld des Kesselhauses vorgenommen.

In 2009 erbrachte das Büro Ingenieur- und Planungsleistungen zum Gebäuderückbau für den ersten Bauabschnitt.

Die vorgetätigten Planungsmaßnahmen bildeten eine wesentliche Grundlage für die Kaufverhandlungen für den Kaufvertrag über die Flächen im Umfeld des ehemaligen Ausbesserungswerkes („Ostfläche“). Dieser Grundstückskaufvertrag wurde am 19.12.2008 notariell beurkundet. Am 09.12.2009 erfolgte die notarielle Beurkundung des Kaufvertrages „Grüne Mitte“. Der Kaufpreis wurde mit einer Restzahlung für den Kaufvertrag Ost im Februar 2010 an die DB AG überwiesen.

Zur Umsetzung der mit dem Kaufvertrag verbundenen Auflagen erfolgte die notwendige Medientrennung (Auftrag DB Services West GmbH) und die erforderlichen Änderungen an den Versorgungsleitungen mit Wasser. Weiterhin wurden zur Herrichtung des Geländes und zur Vorbereitung der Endwidmung Gleisbauarbeiten (Herausnahme eines Gleises) durchgeführt.

Zur Vorbereitung weiterer Grundstückserwerbe wurde das Institut für Bodenmanagement, Dortmund, mit der Verkehrswertermittlung der noch zu erwerbenden Grundstücksflächen auf dem östlichen Gelände der neuen bahnstadt opladen beauftragt.

In 2009 erfolgte der erste Abschnitt der Industriemontage und des Abbruchs der nicht mehr benötigten aufstehenden Gebäude. Nach Durchführung eines EU-weiten Verfahrens wurde damit die Firma F & R Industriemontage und -abbruch GmbH, Neuenkirchen, beauftragt. Der Auftrag wurde in 2009 durchgeführt. Wesentliche Voraussetzung für den weiteren Abbruch waren in 2010 Rodungsarbeiten und die Freiräumung des Gebäudes der DB Netz AG im Umfeld des Wasserturms. Die Finanzierung der Rodungsarbeiten, der Abbruchmaßnahmen sowie der kaufvertraglichen Auflage zur Räumung des Gebäudes durch die DB Netz AG erfolgte in 2010.

Parallel dazu erfolgten die Vorarbeiten und die Beauftragungen für die Erstellung der Bebauungspläne. Das Büro ASS aus Düsseldorf wurde nach vorgeschaltetem Auswahlverfahren mit der Erstellung der Bauleitplanung und der Projektsteuerung für die Bebauungspläne im Bereich Ost beauftragt. Das Büro Sven Peuker, Landschaftsarchitekt, wurde mit der Erstellung der Grundlagen, Gutachten und Kartierungen zu Artenschutz/Biototypen beauftragt. Die ersten Abschnitte wurden in 2009 vorgelegt und abgerechnet. Für die Aufstellung des Bebauungsplanes Quartier am Campus erfolgte 2009 die Beauftragung des Büros AGES GmbH, Münster, zur Erstellung eines Konzeptes für die zukünftige Energieversorgung auf dem Gelände der neuen bahnstadt opladen Ost, als Grundlage für die Erstellung des Bebauungsplanes.

In 2010 erfolgten die Restarbeiten für die Aufstellung des Bebauungsplanes „Grüne Mitte“ und für die Aufstellung des Bebauungsplanes „Quartier am Campus“ durch das Büro ASS sowie die Erstellung der notwendigen Gutachten (Accon, Peuker).

In 2010 erfolgte die Umsetzung des 1. Bauabschnittes für die Durchführung der Boden-sanierung. Dafür wurde die fachgutachterliche Begleitung beauftragt.

Weiterhin wurden die städtebaulichen Planungen für die Freianlagen, die Straßenerschließung und die städtebauliche Konzeption im Umfeld des Campus Leverkusen beauftragt.

An den Bestandsgebäuden wurden 2010 Maßnahmen zur Gebäudesicherung erforderlich. In 2010 wurden vorbereitende Maßnahmen zur Veräußerung der Bestandsgebäude Magazin, Wasserturm, Hallen Torstraße vorgenommen.

Bodensanierung 2011:

Die Maßnahmen gemäß Sanierungsplanung wurden für den 2. Bauabschnitt mit Ausnahme des Brückenwiderlagers abgeschlossen. Der Planungsauftrag für den 3. Bauabschnitt wurde erteilt.

Erschließung und Freianlagen 2011:

In 2011 erfolgt die weitere Beauftragung für die Ausführungsplanung für die Erschließung und die Freianlagen an die ARGE B.A.S. Kopperschmidt und Moczala, Werkgemeinschaft Freiraum und Ingenieurbüro Kühnert. Bereits im Mai 2011 erfolgt der Beginn der Baustraße für die Bahnstadtchaussee, die als Baustraße Ende des Jahres 2011 fertig gestellt wird. Die Planungen für den Ost-West-Grünzug für das Baulos 1 wurden in 2011 abgeschlossen. In 2011 konnte auch die Ausführung des Ost-West-Grünzuges, Baulos 1, abgeschlossen werden.

Die weiteren Beauftragungen für die Planung beziehen sich auf die Lose 2 und 3 der Grünen Mitte.

In 2011 erfolgt die 2. Auslegung für den Bebauungsplan 172 a/II nbso - Grüne Mitte.

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt in seiner Sitzung am 17.10.2011 über die während der Offenlage zum B-Plan Nr. 172 c/II nbso - Quartier am Campus eingegangenen Stellungnahmen.

Weiterer Grunderwerb:

Mit Beschluss des Rates vom 11.04.2011 erwirbt die Stadt Leverkusen von der Deutschen Bahn AG weitere 30.083 m² als so genannte Umgriffsflächen um den Campus Leverkusen.

Vermarktung 2011:

Die neue Bahnstadt Opladen ist durch Dienstleistungsvertrag beauftragt, die Vermarktung der städtischen Grundstücke auf dem Gelände der neuen Bahnstadt Opladen durchzuführen. Die Vereinnahmung der Verkaufserlöse erfolgt direkt bei der Stadt Leverkusen als Grundstückseigentümerin. Nach den Vorgaben der Rahmenplanung und auf der Grundlage der im Aufstellungsverfahren befindlichen Bebauungspläne (B-Plan Nr. 172/II nbso - Grüne Mitte, Auslegungsbeschluss vom 01.03.2010, sowie B-Plan Nr. 172/II nbso - Quartier am Campus, Auslegungsbeschluss vom 17.11.2010) entstehen Baugrundstücke mit einer Gesamtfläche von insgesamt 38.828 m².

Wohngrundstücke:

Für alle Wohnbaugrundstücke im B-Plan Grüne Mitte und Quartier am Campus wurde ein Gesamtverkehrswert von 10,8 Mio. € ermittelt. Für die Vermarktung hat die neue

bahnstadt opladen in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 20 ein Vermarktungskonzept entwickelt, das der Rat der Stadt Leverkusen am 11.04.2011 beschlossen hat.

Zur Umsetzung der Vermarktung führte die neue bahnstadt opladen eine Mehrfachbeauftragung von Architekten in Absprache mit der Architektenkammer NRW durch, um beispielhafte Architektur für verschiedene Haustypen zu erhalten. Im Februar 2011 wurden hierfür 13 Architekten ausgewählt und durch Werkvertrag mit einer Planung beauftragt. Das Ergebnis wurde der Öffentlichkeit am 07. und 08.05.2011 während der Baubörse präsentiert.

Infolge der Vermarktungsaktivitäten konnten in 2011 Grundstücke im Wert von 2.456.776,00 € veräußert werden. Hierunter befinden sich auch das Grundstück für das Kölner Studentenwerk zur Erstellung von studentischen Apartments, das denkmalgeschützte Magazin, der Wasserturm sowie der Handwerkerhof im gewerblichen Bereich.

Vermarktungskonzept für die Gewerbegrundstücke:

In der Sitzung vom 17.10.2011 entscheidet der Rat über das von der neuen bahnstadt opladen vorgelegte Vermarktungskonzept für die Veräußerung der Gewerbegrundstücke auf dem Gelände der neuen bahnstadt opladen. Dabei handelt es sich um Gewerbegrundstücke mit einer Gesamtgröße von 73.000 m² zu einem sich ergebenden Gesamtkaufpreis von insgesamt mindestens 9.350.000 €.

Campus Leverkusen - übergeordnete Planungskosten:

Im Hinblick auf den erfolgten Zuschlag für die Ansiedlung eines Campus Leverkusen der Fachhochschule Köln auf dem Gelände der neuen bahnstadt opladen erfolgten zusätzliche Planungsleistungen durch die ARGE in Bezug auf Anpassungen im Bereich des Grünen Kreuz und Werkstättenstraße. Mit der Fachhochschule wird ein wichtiger Impuls für die weitere Entwicklung des Geländes der neuen bahnstadt opladen gesetzt.

In 2010 lobte der BLB als Bauherr für die Fachhochschule den Generalplanerwettbewerb in enger Kooperation mit der Stadt Leverkusen, der nbso und der Regionale 2010 aus. Die Regionale Agentur hatte erfolgreich die Förderung des Wettbewerbs durch Stadterneuerungsmittel erreicht. Die Fördermittel wurden über das Treuhandvermögen der nbso bereitgestellt. Der Eigenanteil wurde durch die Stadt Leverkusen bereitgestellt. Weiterhin bewilligte der RP Köln die Mittel für die Wettbewerbsbetreuung durch das Büro Scheuven und Wachten.

In 2011 wurde das Büro augustinundfrankarchitekten, Berlin, als Preisträger mit der Vorplanung für den Campus Leverkusen durch den BLB beauftragt. Die neue bahnstadt opladen begleitet die Planung und führt die Verhandlungen mit BLB und DB AG über die notwendigen Erschließungsmaßnahmen.

Öffentlichkeitsarbeit:

In 2010 wurden der Projekttag, der Tag der Architektur und zahlreiche Führungen auf dem Gelände der neuen bahnstadt opladen durchgeführt. Dadurch wurde die Finanzierung von Werbematerial, Agenturkosten mit vorlaufendem Wettbewerb, Veranstaltungs- und Durchführungskosten erforderlich.

In 2011 wurden erfolgreich Baubörsen zur Vermarktung der Flächen sowie Projektstage durchgeführt. Weiterhin beteiligt sich die neue bahnstadt opladen an der Expo-Real.

Projektsteuerung:

In 2010 und 2011 wurde das Projekt neue bahnstadt opladen durch das Büro Zerna mit der Projektsteuerung begleitet.

Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2011 T€ 131.

Das Anlagevermögen beträgt zum Bilanzstichtag T€ 13; Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von T€ 2 stehen Abschreibungen in Höhe von T€ 4 gegenüber. Die Investitionen betreffen insbesondere Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die zum 31.12.2011 bestehenden Forderungen gegenüber der Stadt Leverkusen von T€ 89 betreffen laufende Verrechnungen. Die Weiterberechnungen von Personal- und Sachkosten an die Stadt Leverkusen ist in den §§ 6 und 11 des Dienstleistungsvertrags zwischen der Stadt Leverkusen und der Gesellschaft geregelt.

Zum Abschlussstichtag waren liquide Mittel von T€ 13 auf den Geschäftskonten der Gesellschaft vorhanden.

Das Eigenkapital betrug zum Jahresende T€ 30 (22,9 % der Bilanzsumme). Die kurzfristigen Fremdmittel betragen zum Bilanzstichtag T€ 101 und enthalten Steuer- und sonstige Rückstellungen (T€ 77) und kurzfristige Verbindlichkeiten (T€ 24).

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich zum 31.12.2011 wie folgt zusammen:

	T€
<u>Personalbezogene Rückstellungen:</u>	
Urlaubsrückstände	26
Mehrarbeitsüberhänge	11
Leistungszulagen	8
<u>Sonstige Rückstellungen:</u>	
ausstehende Rechnungen	3
Jahresabschlusskosten	12
Archivierungskosten	6
Mieten	3
Beiträge Künstlersozialkasse	4
	73

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2011 T€ 0. Die kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten betragen zum 31.12.2011 28T€ und betreffen insbesondere Umsatzsteuerverbindlichkeiten (T€ 15), abzuführende Lohn-

und Kirchensteuern aus Dezember 2011 (T€ 9) und ausstehende Gewerbesteuerzahlungen (T€ 1), Körperschaftsteuer (T€ 3)

Finanzlage:

Unter Hinzurechnung der Abschreibungen (T€ 4) zum Jahresergebnis (-T€ 1) ergibt sich ein Cashflow von T€ 3. Der Mittelabfluss aus der Abnahme kurzfristiger Forderungen und der Mittelabfluss aus der Abnahme der kurzfristigen Verbindlichkeiten gleichen sich nahezu aus, so dass sich insbesondere durch die Verminderung der kurzfristigen Rückstellungen ein Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von T€ 15 ergibt. Anschaffungen von Software und von Betriebsausstattung führten zu einem Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von T€ 2. Die Mittelabflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Investitionen führen zu einer Verminderung des Finanzmittelbestands um T€ 17 auf T€ 13 am 31. Dezember 2011 (Vorjahr: T€ 30).

Ertragslage:

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt die folgende Darstellung:

	Plan	Ist
	2011	2011
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.084	914
Sponsoring	5	51
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1	-12
Personalaufwand	-768	-639
Abschreibungen	-3	-4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-310	-306
Zinsaufwendungen	-2	0
Ertragsteuern	0	-5
Jahresüberschuss	5	-1

Die Gesellschaft erzielte in 2011 Umsatzerlöse mit der Stadt Leverkusen aus der Weiterberechnung von Sach- und Personalkosten gemäß den Regelungen des Dienstleistungsvertrags zur Vorbereitung und Durchführung der Stadtumbaumaßnahme „neue bahnstadt opladen“ zwischen der Gesellschaft und der Stadt Leverkusen.

Die Gesellschaft hat in 2011 außerdem Sponsoringserlöse von der Sparkasse Leverkusen für die Durchführung der Imagekampagne „Wir sind Leverkusen“ von T€ 40 erhalten. Darüber hinaus erzielte die Gesellschaft Erlöse aus der Durchführung von Veranstaltungen.

Den Umsatzerlösen stehen betriebliche Aufwendungen von T€ 961 gegenüber. Davon entfallen auf den Personalaufwand T€ 639, auf die Abschreibungen T€ 4, auf die sonstigen Aufwendungen T€ 306 und auf bezogene Leistungen T€ 12. Im Personalaufwand sind Zuführungen zu personalbezogenen Rückstellungen enthalten. Die Gesellschaft beschäftigte in 2011 zehn Mitarbeiter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich in 2011 wie folgt zusammen:

	<u>2011</u> T€
Betriebsaufwendungen	110
Verwaltungsaufwendungen	86
Vertriebsaufwendungen	<u>110</u>
	<u><u>306</u></u>

Das Betriebsergebnis beträgt in 2011 T€ 4. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresfehlbetrag von - T€ 1 ab.

Ausblick 2012

Gütergleisverlegung:

In 2012 wird die Unterzeichnung des Finanzierungsvertrages durch die Holding der DB AG erwartet. Diese bildet die Grundlage, um im Mai 2012 mit der Erarbeitung der Leistungsphase 3 für die Gütergleisverlegung, Variante 4, zu beginnen.

Planung Brücken Nord und Mitte (Campusbrücke):

Campusbrücke

In 2012 erfolgt der Beginn der Brückenarbeiten über die Gleise. Hierfür sind eine enge Abstimmung mit der DB AG und die Beantragung von Sperrpausen erforderlich.

Brücke Nord

In 2012 erfolgen die Vorbereitung zur Vergabe der Sicherungsleistungen und die Vergabe zum Bau der Brücken. Die Kreuzungsvereinbarung soll spätestens 2012 von den Beteiligten unterschrieben werden. Die wesentliche Aufgabe für 2012 wird neben den Vorbereitungen zur Umsetzung der baulichen Maßnahmen die Abstimmung mit der DB AG über die MOF-Maßnahmen sein.

Städtebauliche Entwicklung West:

Mit der Verlegung der Gütergleise wird die städtebauliche Entwicklung auf der Westseite vorbereitet. Hierfür wird in 2012 der Kaufvertrag zum Erwerb der Flächen endverhandelt und abgeschlossen. Gleichzeitig wird die planerische Entwicklung der Westseite in Abstimmung mit den Ergebnissen aus dem beauftragten Stadtteilentwicklungskonzept vorbereitet. In 2012 ist die Ausschreibung für die Beauftragung eines Büros zur Erstellung des städtebaulichen Konzeptes und des Bebauungsplanes für die Westseite beabsichtigt. Parallel dazu erfolgt die Vorplanung für die Bahnallee.

Städtebauliche Maßnahmen Ost:

Bodensanierung:

Zur Vorbereitung der Erstellung der Grünanlagen im Bereich der Umgriffsflächen erfolgt die Beauftragung zur Durchführung der Bodensanierung im Abschnitt 3 und im Bereich des Brückenwiderlagers Ost.

Fertigstellung der Erschließung und der Freianlagen:

In 2012 erfolgt die Fertigstellung der Lose 2 und 3 der Grünen Mitte. Weiterhin erfolgt die Planung für die so genannten Umgriffsflächen um den Campus Leverkusen.

In 2012 wird die Erschließung des städtischen Wohngebietes „Quartier am Campus“ durch sechs Straßenabschnitte realisiert.

Campus Leverkusen:

Zur Realisierung des Campus Leverkusen werden die Verhandlungen mit dem BLB und der DB AG zwecks Ankaufs der Erschließungsflächen auf dem Areal des Campus Leverkusen durch die Stadt Leverkusen geführt. Grundlage hierfür ist das vorliegende Ergebnis des Wettbewerbes Campus Leverkusen und die Vorplanung durch das Büro augustinundfrankarchitekten, Berlin.

Vermarktung:

In 2012 erfolgt die gesamte Vermarktung der Wohnungsgrundstücke durch die neuen bahnstadt opladen in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 20 im Quartier am Campus sowie im Bereich der Grünen Mitte. Weiterhin werden die Gewerbegrundstücke im Bereich des B-Planes Campus Leverkusen und Gewerbe in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 20 und der WFL fortgeführt.

gez.
Vera Rottes

Anlage
gem. § 56 Abs. 3 Satz 2 GO NRW

Anlage gem. § 56 Abs. 3 Satz 2 GO NRW

Erstattung des Aufwandes der Fraktionen

- I. Die Fraktionen im Rat der Stadt Leverkusen erhalten gem. § 56 Abs. 3 GO NRW zur Unterstützung ihrer Arbeit folgende Zuwendungen der Stadt:
 - 1 Geldleistungen
 - 1.1 Die Stadt Leverkusen gewährt zur Abgeltung der Personal-, Sach- und Geschäftskosten einer Fraktion mit 3 Mitgliedern einen pauschalen Betrag in Höhe von 4.250,00 € pro Monat.
 - 1.2 Zur Abgeltung der durch eine steigende Mitgliederzahl erhöhten Personal-, Sach- und Geschäftskosten wird eine monatliche Pauschale von 500,00 € je zusätzlichem Mitglied gewährt.
 - 1.3 Fraktions- und gruppenlose Einzelmitglieder des Rates erhalten die maximal mögliche finanzielle Zuwendungen nach § 56 Abs. 3 Satz 5 GO NRW.
 - 2 Geldwerte Leistungen
Die Stadt Leverkusen stellt den Fraktionen im Rahmen vorhandener Kapazitäten Sitzungsräume innerhalb von städtischen Gebäuden zur Verfügung.
 - 3 Die Regelung tritt mit Wirkung vom 01.01.2012 in Kraft.

- II. Die Fraktionen in den Bezirksvertretungen der Stadt Leverkusen erhalten gem. § 56 Abs. 3 GO NRW zur Unterstützung ihrer Arbeit folgende Zuwendungen der Stadt:
 - 1 Geldleistungen
 - 1.1 Die Stadt Leverkusen gewährt zur Abgeltung der Personal-, Sach- und Geschäftskosten einer Bezirksfraktion mit 2 Mitgliedern einen pauschalen Betrag in Höhe von 100,00 € pro Monat.
 - 1.2 Zur Abgeltung der durch eine steigende Mitgliederzahl erhöhten Personal-, Sach- und Geschäftskosten wird eine monatliche Pauschale von 30,00 € je zusätzlichem Mitglied gewährt.
 - 2 Die Zuwendungen an die Bezirksfraktionen werden strukturellen Haushaltskürzungen nicht unterworfen.
 - 3 Die Regelung tritt rückwirkend zum 01.01.10 in Kraft.

Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen sowie Mitglieder des Rates

Geldleistungen

Nr.	Bezeichnung der Haushaltsstelle	Haushaltsansatz		Ergebnis der Jahresrechnung	Erläuterungen ⁴⁾
		2013 ¹⁾ EURO	2012 ²⁾ EURO	2011 ³⁾ EURO	
1	2	3	4	5	6
	Auslagenanteil Fraktionen: 810001050105 549200				zu 1-10: Die Zuwendungen erfolgen aufgrund eines Ratsbeschlusses vom 13.12.04, der in der Ratssitzung am 26.10.09 bestätigt und in der Ratssitzung am 30.05.11 geändert wurde.
1	CDU-Fraktion (22 Mitglieder)	165.000,00	165.000,00	173.943,84	
2	SPD-Fraktion (16 Mitglieder)	129.000,00	129.000,00	138.482,04	
3	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	75.000,00	75.000,00	87.101,26	
4	(7 Mitglieder)				
	Fraktion BÜRGERLISTE (7 Mitglieder)	75.000,00	75.000,00	85.672,32	
5	FDP-Fraktion (5 Mitglieder)	63.000,00	63.000,00	54.751,74	
6	Fraktion Freie Wähler (3 Mitglieder)	51.000,00	51.000,00	54.088,61	
	Fraktion Die Unabhängigen [ab 12.09.12]				
7	Fraktion pro NRW (3 Mitglieder)	51.000,00	51.000,00	59.487,71	
8	OP-Fraktion (3 Mitglieder)		51.000,00	59.607,44	
	Gruppe OP (2 Mitglieder) [ab 11.09.12]	34.000,00			
9	Rf. Tietz (DIE LINKE)	17.000,00	17.000,00	21.918,00	
10	Rh. Lindlar (Die PARTEI)	17.000,00	17.000,00	2.615,51	
11	Rh. Dr. Becker (fraktionslos) [ab 11.09.12]	17.000,00			

Fußnoten:

¹⁾ Haushaltsjahr

²⁾ Vorjahr

³⁾ Vorvorjahr

⁴⁾ Spalte 6 kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

Die Unterschiede bei den Haushaltsansätzen ergeben sich aus den unterschiedlichen Mitgliederzahlen.

Zuwendungen an die Fraktionen der Bezirksvertretungen

Geldleistungen

Nr.	Bezeichnung der Haushaltsstelle	Haushaltsansatz		Ergebnis der Jahresrechnung	Erläuterungen ⁴⁾
		2013 ¹⁾ EURO	2012 ²⁾ EURO	2011 ³⁾ EURO	
1	2	3	4	5	6
	Auslagenanteil Fraktionen: 810001050104 549200				zu 1-4: Die Zuwendungen erfolgen aufgrund eines Ratsbeschlusses vom 04.10.10 zur Vorlage Nr. 0687/2010.
1	Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I: SPD-Fraktion (3 Mitglieder)		1.560,00	1.560,00	
2	SPD-Fraktion (4 Mitglieder) [ab 01.10.12]	1.920,00			
3	Fraktion BÜRGERLISTE (3 Mitglieder)	1.560,00	1.560,00	1.560,00	
4	Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II: SPD-Fraktion (3 Mitglieder)	1.560,00	1.560,00	1.560,00	
5	Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III: SPD-Fraktion (4 Mitglieder)	1.920,00	1.920,00	1.920,00	

Die restlichen in Fraktionsstärke in den Bezirksvertretungen vertretenden Parteien (mind. 2 Mitglieder) haben ihr Recht auf Bildung einer Fraktion gem. § 56 GO NRW nicht beansprucht.

Fußnoten:

¹⁾ Haushaltsjahr

²⁾ Vorjahr

³⁾ Vorvorjahr

⁴⁾ Spalte 6 kann entfallen, wenn die Erläuterungen an anderer Stelle stehen

Die Unterschiede bei den Haushaltsansätzen ergeben sich aus den unterschiedlichen Mitgliederzahlen.

Vermerke

VERMERKE ERGEBNISPLAN UND FINANZPLAN

BESTIMMUNGEN FÜR DIE AUSFÜHRUNGEN DES HAUSHALTSPLANES

1. Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 20 GemHVO)

Soweit nichts anderes bestimmt ist, dienen

- die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen,
- die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit,
- die Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit sowie die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für die Investitionstätigkeit.

2. Bildung von Budgets (§ 21 Absatz I GemHVO)

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung können Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets ist die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen.

Die Budgetierung bezieht sich auf die Produktgruppen der jeweiligen Fachbereiche, die in den Teilergebnis- und Teilfinanzplänen dargestellt sind.

2.1 Das Personalaufwand- bzw. Personalauszahlungsbudget (Sachkonten 50XXXX bzw. Finanzpositionen 70XXXX) der einzelnen Produktgruppen ist produktbereichsübergreifend deckungsfähig. Darüber hinaus sind die Aufwendungen/Auszahlungen der Sachkonten 50XXXX bzw. Finanzpositionen 70XXXX mit den Aufwendungen/Auszahlungen der Sachkonten 51XXXX bzw. Finanzpositionen 71XXXX gegenseitig deckungsfähig.

2.2 Die Budgets der

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Sachkontengruppe 52) bzw. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 72);
- Transferaufwendungen (Sachkontengruppe 53) bzw. Transferauszahlungen (Kontengruppe 73);

- Sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Sachkontengruppe 54) bzw. sonstigen Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Kontengruppe 74) und
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Sachkontengruppe 55) bzw. Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Kontengruppe 75) sind nicht nur innerhalb einer Produktgruppe gegenseitig deckungsfähig, sondern auch innerhalb verschiedener Produktgruppen, wenn sie demselben Fachbereich zugeordnet sind.

Soll im Bereich der vorgenannten Kontengruppen eine Deckung durch eine Produktgruppe eines anderen Fachbereiches des gleichen Dezernates erfolgen, so ist dies mit vorheriger Zustimmung des Beigeordneten möglich.

2.3 Innerhalb der Dezernate und Fachbereiche sind die Finanzpositionen 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €) und 782700 (Erwerb bewegliches Vermögen unter 410 €) gegenseitig deckungsfähig.

2.4 Bei den EDV-Entgelten sind die Aufwendungen/Auszahlungen der Sachkonten 542206 (EDV-Entgelte /VoIP) sowie 542216 (Schulung Standardsoftware durch KSL), Finanzpositionen 742206, 742216 fachbereichsübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Aufwendungen/Auszahlungen der EDV-Entgelte sind deckungsfähig für die Maßnahme „Gutachten Ifo-Kommission“ (veranschlagt in der Produktgruppe 0145 – Finanzmanagement und Rechnungswesen)

2.5 Nicht zahlungswirksame Aufwendungen (bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen, Rückstellungen, Pauschal- und Einzelwertberichtigungen) sind fachbereichsübergreifend gegenseitig deckungsfähig jedoch nicht zu Gunsten von zahlungswirksamen Aufwendungen.

2.6 Unterjährige Zuführungen aus dem Aufwand zum entsprechenden Rückstellungssachkonto sind in unbegrenzter Höhe zulässig und einseitig deckungsfähig.

2.7 Innerhalb aller Produktgruppen sind die Erstattungen an KSL gegenseitig deckungsfähig. Dies gilt auch für die Erstattungen an TBL (AöR).

2.8 Die Aufwendungen/Auszahlungen der Sachkonten 541229 – Fortbildung extern (Finanzposition 741229), 541309 - Dienstreisen und Kilometerentschädigungen (Finanzposition 741309), 543109 – Büromaterial (Finanzposition 743109) und 543119 – Portokosten (Finanzposition 743119) sind fachbereichsübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für folgende Aufwendungen/Auszahlungen:

Sachkonto 542909 (Finanzposition 742909) – Zentral sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten,
Sachkonto 542129 (Finanzposition 742129) – Zentral Miete Parkraum und
Sachkonto 526109 (Finanzposition 726109) – Zentral Dienstleistungen

Band 1 Zeilen 27 und 28 in den Teilergebnisplänen:

Die Ausweisung der Internen Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Produkten/Produktgruppen wird aktualisiert. Diese Aktualisierung dient der verursachungsgerechten Abrechnung der Serviceprodukte bzw. der Outputprodukte mit Serviceanteil sowie der Abbildung des Vermieter-Mieter-Modells. Basis hierfür ist das Zahlenmaterial, das sich aufgrund der vorhergehenden Jahresabschlüsse sowie der künftigen Entwicklungen ergibt.

2.9 Fachbereichsbezogene Vermerke:

Vermerk Dez. III:

Aufwandspositionen des Projektes eea (european energy award) sind gegenseitig deckungsfähig.

Vermerk FB 01:

Die Aufwendungen/Auszahlungen der Finanzstelle PN0105 (Politische Gremien), Sachkonto 523200 (Aufwand Unterhaltung Infrastruktur)/Finanzposition 720000 sind gegenseitig deckungsfähig mit Positionen, aus denen Aufwendungen/Auszahlungen für kleine Maßnahmen in den Stadtbezirken finanziert werden (fachbereichsübergreifend).

Die Auszahlungen der Finanzstelle 81040105012000 (Kleine Investitionen in den Stadtbezirken), Finanzpositionen 782600 und 782700 (Auszahlungen für beweglichen Sachen des Anlagevermögens – über und unter 410 €)) sind gegenseitig deckungsfähig mit Positionen, aus denen Auszahlungen für diesen Zweck finanziert werden (fachbereichsübergreifend).

Vermerk Büro 03:

Die Aufwendungen/Auszahlungen bei der Finanzstelle PN0115 (Gleichstellung von Frau und Mann), Sachkonten 501900 (Aufwendungen für sonstige Beschäftigte), 541200 (Aufwendungen für Aus- und Fortbildung) und 543120 (Sachausgaben, Literaturbeschaffung) bzw. Finanzpositionen 700000 und 740000 sind gegenseitig deckungsfähig.

Vermerk FB 20/ZFD

Alle Finanzstellen des Fachbereiches 20 mit der Finanzposition 782200 (Auszahlungen für den Erwerb von unbebauten Grundstücken) sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Finanzpositionen 781000 (Zuweisung an Bund) und 781100 (Zuweisung an Land) der Finanzstelle 97001605022005 (Rückzahlung Investitionszuweisungen) sind gegenseitig deckungsfähig.

Vermerk FB 30:

Die Aufwendungen/Auszahlungen bei der Finanzstelle PN0160 (Rechts- und Versicherungsangelegenheiten), Sachkonto 549900 (Andere sonstige ordentliche Aufwendungen)/Finanzposition 740000 sind gegenseitig deckungsfähig mit Positionen, aus denen Aufwendungen/Auszahlungen für die Behebung von Versicherungsschäden finanziert werden (fachbereichsübergreifend).

Die Finanzstelle 30000160022000 (Versicherungsleistungen), Finanzpositionen 782600 und 782700 (Erwerb bewegliches Vermögen über/unter 410 €) ist gegenseitig deckungsfähig mit Positionen, aus denen Auszahlungen für die Behebung von Versicherungsschäden finanziert werden (fachbereichsübergreifend).

Vermerk FB 32:

Die Finanzstellen 32000926012000 (Überwachung nbs:o) bis 32001405012000 (Geräte Umweltverträglichkeit) sind gegenseitig deckungsfähig.

Vermerk FB 33:

Aufwendungen/Auszahlungen bei der Finanzstelle PN0106 (Durchführung des Sitzungsdienstes und Geschäftsführung für die Geschäftsstelle des Integrationsrates), Sachkonto 549900 (Andere sonstige ordentliche Aufwendungen)/Finanzposition 740000:
Sperrvermerk über 5.000 € – Freigabe durch den Bürger- und Umweltausschuss.

Vermerk FB 37:

Finanzstelle 37000265012003 (Feuerwehr - Anschaffung von Fahrzeugen), Finanzposition 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €):
Sperrvermerk – Freigabe je nach Sachverhalt durch den zuständigen Fachausschuss und/oder den Finanzausschuss.

Vermerk FB 40:

Alle investiven Finanzstellen der Produktgruppe 0305 (Bereitstellung schulischer Einrichtungen), Finanzpositionen 782100 (Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände), 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €), 782700 (Erwerb bewegliches Vermögen unter 410 €) sowie 783300 (Auszahlungen Grün und Freizeit) des FB 40 sind gegenseitig deckungsfähig.

Vermerk FB 51:

Im Rahmen des U-3 Ausbauprogramms incl. Sonderausbauprogramm sind die veranschlagten Mittel für die Investitionen im Zusammenhang mit der U-3-Betreuung gegenseitig deckungsfähig.

Vermerk FB 65:

Alle investiven Finanzstellen der Produktgruppe 0170 (Gebäudemanagement), Finanzpositionen 783100 (Ausgaben für Hochbaumaßnahmen) sowie die Finanzpositionen 783100 mit 782700 (Erwerb bewegliches Vermögen unter 410 €), 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €) und 781100 (Rückzahlung Landesmittel) innerhalb der Finanzstellen des FB 65 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die veranschlagten Mittel für die Investitionen im Zusammenhang mit der U-3-Betreuung sind gegenseitig deckungsfähig (sh. auch genereller Deckungsvermerk für den FB 65)

Vermerke FB 66:

Alle investiven Finanzstellen der Produktgruppe 1205 (öffentliche Verkehrsfläche) und 1315 (Hochwasserschutz), Finanzpositionen 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €) sowie 783200 (Ausgaben für Tiefbaumaßnahmen) des FB 66 sind gegenseitig deckungsfähig.

Vermerke FB 67:

Alle investiven Finanzstellen der Produktgruppe 1305 (öffentl. Grün und Landschaftsbau) und 1310 (Friedhofs- und Bestattungswesen), Finanzpositionen 783300 (Auszahlung Grün und Freizeit) 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €) sowie 782700 (Erwerb bewegliches Vermögen unter 410 €) des FB 67 sind gegenseitig deckungsfähig.

2.10 Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach den vorstehenden Haushaltsvermerken (Ziffern 2.1 bis 2.9) erfolgt im Haushaltsvollzug durch die Übertragung veranschlagter Haushaltsmittel (sogenannte „Sollübertragung“). Die Übertragung kann auch auf Sachkonten und Finanzpositionen eines Fachbereiches oder Dezernates erfolgen, auf denen kein Ansatz geplant ist. Sollübertragungen sind in unbegrenzter Höhe zulässig.

Die echte Deckungsfähigkeit muss vor Inanspruchnahme von den Fachbereichen beim Fachbereich Finanzen beantragt werden.

2.11 Niederschlagungen von Forderungen bedingen von der Buchungslogik her eine entsprechende Aufwandsbuchung. Eine Budgetplanung im Rahmen der Haushaltsplanung ist hierfür nicht erforderlich, so dass diese Buchungen auch ohne Bereitstellung eines Haushaltsansatzes durchgeführt werden dürfen.

2.12 Die Zuführungen zu den Rückstellungen des Fachbereiches 11 (z.B. für Pensionen, Beihilfe) sind alle gegenseitig deckungsfähig.

2.13 Die Aufwendungen/Auszahlungen für die Rückzahlung zuviel erhaltener Zuweisungen von allen Fachbereichen (siehe z. B. Finanzstelle PN1605 (Allg. Finanzwirtschaft) / Sachkonto 546910, Finanzposition 740000) sind gegenseitig deckungsfähig.

3. Zweckbindung (§ 21 Absatz II GemHVO)

Soweit durch einen Haushaltsvermerk eine Zweckbindung ausgewiesen ist, berechtigen Mehrerträge in den Teilergebnisplänen zu Mehraufwendungen.

Das Gleiche gilt für Einzahlungen und Auszahlungen analog.

Allgemeiner Vermerk:

Mehrerträge/Mehreinzahlungen aus Zuweisungen, Spenden und Sponsorengeldern berechtigen zur Aufstockung eines vom begünstigten Fachbereich zu benennenden Kontierungsobjektes oder zur Einrichtung neuer (bisher noch nicht im Haushaltsplan enthaltenen) Kontierungsobjekte zur zweckentsprechenden Verwendung der Zuweisung, Spende/des Sponsorengeldes.

Mehrerträge aus der Auflösung/Herabsetzung von Rückstellungen, Einzelwert- und Pauschalwertberichtigungen etc. (Sachkonto 458XXX) berechtigen zu Mehraufwendungen bei den entsprechenden Aufwendungspositionen.

Vermerk FB 01:

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0105 (Politische Gremien), Sachkonto 442700 (Erstattungen von privaten Unternehmen) bzw. Finanzposition 642700 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN9981 (Produktgruppenübergreifende Finanzstelle FB 01), Sachkonto 549900 (andere sonstige ordentliche Aufwendungen) bzw. Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0255 (Statistik), Sachkonto 442700 (Erstattungen von privaten Unternehmen) bzw. Finanzposition 642700 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0255, Sachkonto 526100 (sonstige Aufwendungen/Dienstleistungen) bzw. Finanzposition 720000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0135 (Presse und Öffentlichkeitsarbeit), Sachkonto 459100 (andere sonstige ordentliche Erträge) bzw. Finanzposition 659100 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0135, Sachkonto 526100 (sonstige Aufwendungen/Dienstleistungen) bzw. Finanzposition 720000.

Vermerk Büro 03:

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0115 (Gleichstellung von Frau und Mann), Sachkonto 441100 (Erträge aus Verkauf) / Finanzposition 641100 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0115, Sachkonten 501900 (Aufwendungen für sonstige Beschäftigte) und 543120 (Sachausgaben, Literaturbeschaffung) bzw. Finanzpositionen 700000 und 740000.

Vermerk FB 11

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0130 (Zentrale Dienste FB 11), Sachkonto 414200 (Zuweisungen von Gemeinden und Verbänden) / Finanzposition 614200 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN9911 (Produktübergreifende Finanzstelle FB 11), Sachkonto 523609 (Zentrale Aufwendungen Betriebs- und Geschäftsausstattung)/ Finanzposition 723609.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0130 (Zentrale Dienste FB 11), Sachkonto 442530 (Erstattungen von Beteiligungen AöR) / Finanzposition 642530, 442510 (Erstattungen von Beteiligungen KSL) / Finanzposition 642510 und 442800 (Erstattungen von übrigen Bereichen) / Finanzposition 642800 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0130, Sachkonto 526100 (sonstige Aufwendungen, Dienstleistungen)/ Finanzposition 720000 und 528110 (Aufwand für Druckmaterial) / Finanzposition 720000.

Vermerke FB 20 / Zentrales Finanzdepot:

Mehreinzahlungen bei Finanzstelle 97001605023000 (Verkauf städt. Übergangsheime), Finanzposition 682100 (Verkauf Grundstücke/Gebäude) berechtigen zu Mehrauszahlungen bei Finanzstelle 97001605023000, Finanzposition 781100 (Zuweisung an Land).

Mehreinzahlungen bei Finanzstelle 20000165012500 (Grundstückserlöse), Finanzposition 682100 (Verkauf Grundstücke/Gebäude) berechtigen zu Mehrauszahlungen bei den Finanzstellen 20000165012001 (Grunderwerb), 20000165012002 (Notarkosten), 20000165012003 (Vermessungskosten), 20000165012004 (Grunderwerbsteuer) und 20000165012005 (Erschließungskosten) - alle Finanzposition 782200 (Ausz. für den Erwerb von unbebauten Grundstücken).

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1110 (Abfallwirtschaft), Sachkonto 469175 (Erträge aus Gewinnanteilen AVEA)/Finanzposition 679375 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1110, Sachkonto 548175 (Ertragsteuern AVEA)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0145 (Finanzmanagement und Rechnungswesen), Sachkonto 431140 (Vollstreckungsgebühren)/Finanzposition 631140 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0145, Sachkonten 549910 (Mahngebühren) und 526100 (sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen)/ Finanzpositionen 740000 und 720000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0810 (Sportförderung), Sachkonto 469120 (Rückzuführung von SPL)/Finanzposition 679320 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0810, Sachkonto 548120 (Ertragsteuern SPL)/Finanzstelle 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1211 (ÖPNV), Sachkonto 491100 (außerordentliche Erträge)/Finanzposition 679200 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1211, Sachkonto 542930 (Aufwendungen ÖPNV)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1211 (ÖPNV), Sachkonto 442200 (Erstattungen von Gemeinden/GV)/Finanzposition 642200 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1211, Sachkonto 542930 (Aufwendungen ÖPNV)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1211 (ÖPNV), Sachkonto 469191 (Ausschüttung KWS)/Finanzposition 679391 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1211, Sachkonten 531200 (Aufwendungen für Zuweisungen an Gemeinden/GV) und 548191 (Ertragsteuern KWS) bzw. Finanzstellen 730000 und 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1515 (Wirtschaft und Tourismus, Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen), Sachkonto 469182 (Erträge aus Gewinnanteilen Radio Leverkusen)/Finanzposition 679382 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1515, Sachkonto 548182 (Ertragsteuern Radio Leverkusen)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1515 (Wirtschaft und Tourismus , Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen), Sachkonto 469195 (Erträge aus Gewinnanteilen LPG)/Finanzposition 679395 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1515, Sachkonto 548195 (Ertragsteuern LPG)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1515 (Wirtschaft und Tourismus , Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen), Sachkonto 469100 (Erträge aus Gewinnanteilen Beteiligungen)/Finanzposition 679310 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1515, Sachkonto 548100 (Ertragsteuern)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1605 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Sachkonto 401300 (Gewerbsteuer)/Finanzposition 601300 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1605, Sachkonten 534100 (Gewerbsteuerumlage) und 534200 (Finanzierungsbeitrag am Fonds dt. Einheit) bzw. Finanzpositionen 734100 und 734200.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1605 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Sachkonto 411100 (Schlüsselzuweisungen)/Finanzposition 611100 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1605, Sachkonto 537200 (Umlage Landschaftsverband) /Finanzposition 737200.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1605 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Sachkonto 452500 (Erträge aus Verzinsung gem. AO)/Finanzposition 652500 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1605, Sachkonto 559110 (Aufwendungen für Verzinsung AO)/Finanzposition 750000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN1605 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Sachkonto 461700 (Zinserträge Kreditinstitute)/Finanzposition 671700 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN1605, Sachkonto 551700 (Zinsen für Darlehen vom Kreditmarkt)/Finanzposition 751700 und Sachkonto 551710 (Zinsen für Kassenkredite)/Finanzposition 751710.

Mehrerträge hinsichtlich der „Pauschalwertberichtigung“ (Innenauftrag 970016050102, Sachkonto 458350) berechtigen zu Mehraufwendungen bei der entsprechenden Aufwandsposition (Innenauftrag 970016050102, Sachkonto 544950).

Zu Finanzstelle 20000165012500 / Finanzposition 682100 – Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken:

Die in der Investitionsplanung 2013 enthaltenen Veräußerungserlöse (2,0 Mio. €) werden nicht für die Rückführung von Verbindlichkeiten sondern als Deckungsmittel für folgende Maßnahmen 2013 eingesetzt:

400.000 € für Neubau einer Kita Masurenstr.; Optimierung Kita-Schulstandorte Rheindorf Nord

300.000 € für Erweiterung und Umbau GS Im Steinfeld; Optimierung Kita-Schulstandorte Rheindorf Nord

1.300.000 € für RS Am Stadtpark, Turnhalle; Energetische Sanierung inkl. Brandschutz

Vermerke FB 32:

Mehreinzahlungen bei Finanzstelle 3200140502 (Bodenschutz), Finanzposition 614100 (Zuweisung vom Land) berechtigen zu Mehrauszahlungen bei den Rückstellungen für die Altlastensanierungen im Bereich des Bodenschutzes (Finanzposition 726110).

Vermerk FB 33:

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0240 (Pass- und Ausweisangelegenheiten), Sachkonto 431100 (Verwaltungsgebühren), Finanzposition 631100 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0240 und , Sachkonten 526100 (Aufwand Dienstleistungen) Finanzpositionen 720000. und bei Finanzstelle PN9933, Sachkonto.

Vermerke FB 40:

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Benutzungsgebühren (Elternbeiträge offene Ganztagschule/Förderkurse) berechtigen zur Aufstockung der entsprechenden Aufwands- und Auszahlungspositionen.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Erstattungen (für Essensgelder) berechtigen zur Aufstockung der entsprechenden Aufwands- und Auszahlungspositionen.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Zuschüssen der Bürgerstiftung („Kein Kind ohne Mahlzeit“) berechtigen zur Aufstockung der entsprechenden Aufwands- und Auszahlungspositionen.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Erstattung von Versicherung und Regressforderungen berechtigen zur Aufstockung der entsprechenden Aufwands- und Auszahlungspositionen.

Mehreinzahlungen bei Finanzstelle 40000305002500 (Rückflüsse von Schulgirokonten), Finanzposition 682200 (Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen) berechtigen zu Mehrauszahlungen bei den Finanzstellen Einrichtungsgegenstände/Lehrmitteln sowie Ersatzbeschaffung Schulgestühl der Produkte 03 bis 09 der Finanzpositionen 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €) sowie 782700. (Erwerb bewegliches Vermögen unter 410 €).

Mehreinzahlungen bei Finanzstelle 40000305002501 (Erstattung von Versicherungen), Finanzposition 682300 (Erlöse bewegliches Vermögen über 410 €) berechtigen zu Mehrauszahlungen bei den Finanzstellen Einrichtungsgegenstände/Lehrmitteln sowie Ersatzbeschaffung Schulge-

stühl der Produkte 03 bis 09 der Finanzpositionen 782600 (Erwerb bewegliches Vermögen über 410 €) sowie 782700 (Erwerb bewegliches Vermögen unter 410 €).

Mehreinzahlungen bei Finanzstelle 40000305002504 (Investitionszuweisungen Gemeindeverbände), Finanzposition 681200 (Investitionszuweisungen von Gemeinden) berechtigen zu Mehrauszahlungen bei den Finanzstellen 40040305002041 (Allgemeine Schulverwaltung Inklusion – über 410€) und 40000305002042 (Allgemeine Schulverwaltung Inklusion – unter 410 €) bei den Finanzpositionen 782600 (Erwerb bewegl. Vermögen über 410 €) und 782700 (Erwerb bewegl. Vermögen unter 410 €).

Vermerk FB 50:

Die beim FB 50 bewirtschafteten Mittel der Ausgleichsabgabe können anderen Fachbereichen, die diesbezügliche Aufwendungen/Auszahlungen tätigen, sowohl im konsumtiven als auch im investiven Haushalt zur Verfügung gestellt werden (§ 21 Abs. 1 und 2 GemHVO).

Vermerke FB 51:

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0605 (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen), Sachkonto 442800 (Erstattung vom übrigen Bereich)/Finanzposition 642800 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0605, Sachkonto 546910 (Rückzahlung zuviel erhaltener Zuweisungen)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0610 (Kinder- und Jugendarbeit), Sachkonto 421100 (Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz) /Finanzposition 621100 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0610, Sachkonto 526100 (Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen)/Finanzposition 720000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0610 (Kinder- und Jugendarbeit), Sachkonto 441200 (Mieten und Pachten)/Finanzposition 641200 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0610, Sachkonto 523100 (Aufwendungen f. d. Unterhaltung von Grundstücken u. Gebäuden) und 523600 (Aufwendungen für Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung)/Finanzposition 720000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0610 (Kinder- und Jugendarbeit), Sachkonto 441900 (Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte)/Finanzposition 641900 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0610, Sachkonto 523600

(Aufwendungen für Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzposition 720000 und Sachkonto 549900 (Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen)/Finanzposition 740000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0610 (Kinder- und Jugendarbeit), Sachkonto 442100 (Erstattungen vom Land)/Finanzposition 642100 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0610, Sachkonto 524900 (sonstige Aufwendungen für Sachleistungen)/Finanzposition 720000.

Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Finanzstelle PN0615 (Sonstige Hilfen für junge Menschen und ihre Familien), Sachkonto 441200 ((Mieten und Pachten)/Finanzposition 641200 berechtigen zu Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen bei Finanzstelle PN0615, Sachkonto 523600 (Aufwendungen für Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung)/Finanzposition 720000.

Vermerk FB 62:

Mehrerträge bei Finanzstelle PN0915 (Grundstücksneuordnung), Sachkonto 459100 (andere sonst. öffentl. Erträge) berechtigen zu Mehraufwendungen bei Finanzstelle PN0915, Sachkonto 549900 (andere sonst. öffentl. Aufwendungen).

Interne Leistungsbeziehungen:

Die Ausweisung der internen Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Produkten/Produktgruppen wird laufend aktualisiert.

Allgemein:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Vorbereitung und Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses die erforderlichen Abschlussbuchungen nach den im Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses vorliegenden Erkenntnisse auszuwerten und ggf. aufzunehmen. Hierzu gehören insbesondere die zum Jahresabschluss zwingend vorzunehmenden Buchungen zu Abschreibungen und Rückstellungen (wie z. B. für Instandhaltungen, Pensionen, Beihilfe, Urlaub, etc.).

Innerhalb des durch die Vorgaben des Innenministeriums NRW bestehenden Handlungsrahmens einschließlich der diesbezüglich bestehenden internen Dienstanweisung wird die Verwaltung ermächtigt, Geschäftsabschlüsse im Bereich des Zins- und Schuldenmanagement - insbesondere zum Zwecke der Absicherung offener im Risiko unbegrenzter Zinspositionen - auszuführen. Zu diesem Zwecke dürfen die Finanzpositionen Zinsen für Darlehen vom Kreditmarkt (751700) und Zinsen für Liquiditätskredite (751710) erhöht werden, wenn aufgrund der zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle Erträge realisiert werden. Unter Gegenrechnung dieser Erträge darf die Haushaltsbelastung maximal die Ansätze der o. g. Finanzpositionen erreichen.

Zur Finanzierung von Baumaßnahmen der Neuen-Bahn-Stadt-Opladen (nbs:o) wird die Verwaltung ermächtigt, die diesem Projekt zuzuordnenden Mehreinzahlungen zur Deckung der diesem Projekt zuzuordnenden Mehrauszahlungen zu verwenden. Soweit die für die Finanzierung der nbs:o eingesetzten Einzahlungen die tatsächlichen Auszahlungen übersteigen, wird die Verwaltung ermächtigt, den übersteigenden Betrag auf das Treuhandkonto der nbs.o GmbH zu überweisen. Voraussetzung ist, dass die Gesellschaft diese Beträge ausschließlich für Maßnahmen verwendet, die mit dem Projekt nbs:o im unmittelbaren kausalen Zusammenhang stehen und Bestandteil der vom Rat der Stadt beschlossenen Kosten- und Finanzierungsübersicht des nbs:o Projektes sind.